

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis: vierteljährlich 3.50 M., monatlich 1.10 M., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Vollabonnement: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 Mark, für das übrige Ausland 4 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1894.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die festgesetzte Rollenzeit aber deren Raum 10 Pf. für politische und gewerkschaftliche Erklärungen und Bekanntmachungen 20 Pf. Kleine Anzeigen, das festgesetzte Wort 20 Pf. (zweiwöchige 2 festgesetzte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Einmalige Anzeigen und Schlußzeilen zeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 10 Buchstaben zählen für zwei Worte. Anträge für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegraphen-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1983.

Mittwoch, den 11. März 1914.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 1984.

## Mobilmachung der Reserven!

Das Bild einer modernen Riesenschlacht: Viele Kilometer weit sind die Gefechtslinien hüben und drüben auseinandergezogen. In hartnäckigem Distanzgefecht haben sich die Gegner in Entscheidungsnähe herangekämpft. In zähen Ringen hat der Angreifer nach und nach Terrain gewonnen und steht jetzt vor der Aufgabe, den Gegner aus seiner durch Natur und kriegstechnische Hilfsmittel geschützten Verteidigungsstellung in kraftvollem, entscheidendem Ansturm herauszuwerfen. Alles ist auf beiden Seiten für das letzte Ringen gerüstet. Die schwere Artillerie steht in günstigen Positionen, in trefflicherer, wirksamer Feuerstellung sind überall die Feldbatterien aufgezogen, jede Terrainfalte, jede Höhe ist von dichten Schützenlinien besetzt, deren Feuer von geschickt eingeschobenen Maschinengewehrabteilungen zu vernichtender Wirkung gesteigert werden kann. Alle Mittel der Aufklärung: Kavallerie, Luftschiffe, Aeroplane, Feldtelefon, Funken- und Feldtelegraphie sind in Tätigkeit. Alles deutet auf eine den Ausgang des Krieges bestimmende Entscheidungsschlacht hin. Und doch kann der Angreifer trotz aller bisherigen Erfolge, trotz aller taktischen und strategischen Vorteile das letzte Entscheidungsringen nicht wagen. Er hat die Machtverhältnisse auf seiner Seite und auf der Seite des Gegners abgewogen und muß sich sagen, daß trotz der Stärke und Zahl seiner vordersten Gefechtslinie seine Nachmittellinie noch zu schwach sind, daß es ihm an genügenden Reserven fehlt, die dem Ansturm und den Umklammerungsversuchen der ersten Gefechtslinie als starke, nachrückende Sturmsäulen unwiderstehlichen Nachdruck verleihen. Solange diese Reserven nicht herangeholt sind, wäre der Sturm gegen die feindlichen Positionen und die Umklammerung des Gegners ein tollkühnes Unterfangen. Der Angreifer ist deshalb noch lange nicht genötigt, den Rückzug anzutreten, er ist aber gezwungen, den Kampf hinauszuzögern, um Zeit zu gewinnen, bis die Verstärkungen herangeholt und gefechtsbereit sind.

Warum wir dieses kriegerische Bild hier aufzeichnen? Weil es ein treffendes Gleichnis bildet für die gegenwärtige Lage des proletarischen Klassenkampfes. In einem fünf Jahrzehnte währenden zähen Ringen ist die organisierte Kerntruppe der Arbeiterklasse bald in raschem Anlauf, bald in langsamem, hartnäckigem Ringen der kapitalistischen Klassen-gesellschaft immer näher an den Leib gerückt. Wichtige Positionen im Reichstag, in den Landtagen, in den Kommunen usw. sind von ihr erobert worden, jederzeit sind jetzt hier ihre Vertreter, kampfbereiten Kanonieren vergleichbar, am Werk, die Geschosse sozialistischer Kritik und sozialistischer Forderungen in den Feind zu schleudern. Überall stehen in geschlossenen Kampfreihen die Mitglieder der Arbeiterorganisationen bereit, im wirtschaftlichen und im politischen Kampf ihre Aufgabe zu erfüllen. Aber auch der Gegner ist nicht müde gewesen. Er hat seine Nachmittellinie ständig vermehrt und gestärkt, und jetzt, da ihm sein Todfeind in bedrohliche Nähe gekommen ist, greift er zu verschärften Verteidigungsmahnahmen. Die Verleumdung der Sabelherrschaft als Schlüßergebnis der Zaberger Affäre, die Allgewalt der Polizei, wie sie sich in einem Jagow und einem Dallwitz verkörpert, die harte Justiz gegen Angehörige des Proletariats und die milden Urteile gegen Streikbrecher und andere Sympathisanten des politischen Schlachtfeldes, die Hetze gegen das Koalitionsrecht, die widerlichen Sittlichkeitsaktionen, die Hartnäckigkeit gegen sozialpolitische Forderungen der Arbeiterklasse — das alles und noch manches andere beweist für den, der das Schlachtfeld des Klassenkampfes in seinem Zusammenhange zu überblicken vermag, daß der Klassenstaat und die hinter ihm stehenden bürgerlichen Schichten der vordringenden Arbeiterklasse den letzten, äußersten Widerstand entgegenzusetzen wollen. Wir sind hart, wir sind zu einer impotanten Macht geworden, überall haben wir Terrain gewonnen, aber gerade dadurch haben wir den vermehrten Widerstand des Gegners herausgefordert. Schwere, entscheidende Kämpfe stehen uns noch bevor. An diese können wir erst herangehen, wenn wir unsere Schlachtlinien an allen Punkten durch Reserven verstärkt haben, die die Kraft unserer gegenwärtigen Kampfreihen noch vermehren. Dazu brauchen wir Truppen, die nicht nur zu irgendeiner Wahlaktion mit dem roten Stimmzettel in der Hand antreten und sich dann wieder verlaufen, sondern die ständig in Reih und Glied stehen und zu jeder Zeit als zuverlässige Kampftruppe verwendet werden können. Solche Reserven zu schaffen, unsere Kampfeinheiten zu vermehren, soll die Aufgabe der Roten Woche sein. Die

Stärkung unserer Organisation ist eine Vorbedingung für weitere und durchgreifende Erfolge der Sozialdemokratie und der gesamten Arbeiterklasse.

Organisieren und agitieren ist stets eine Grundforderung unserer Partei gewesen und wird es auch in Zukunft sein. In dieser Woche soll aber eine allgemeine Agitationsmobilmachung in ganz Deutschland durchgeführt werden. Eine Maßnahme, die schon durch ihre Großzügigkeit die Gemüter aufrütteln und die uns noch fernstehenden proletarischen Elemente auf die Sozialdemokratie aufmerksam machen muß. Mit allem Nachdruck muß bei dieser Werbeaktion darauf hingewiesen werden, daß nur durch eine gegen heute verdoppelte und verdreifachte Organisation all' das erkämpft werden kann, was die Arbeiterklasse zu ihrem Aufstieg und endlichem Siege braucht; menschenwürdige Lebensbedingungen, politische Rechte und Freiheiten, Anteil an allen Kulturgütern, kurz all' das, was der Arbeiterklasse das Leben erst lebenswert machen kann, wird nicht allein in den Parlamenten erkämpft. Auch die Massen müssen jederzeit aktionsfähig sein, der parlamentarischen Betätigung als Rückendeckung und Hilfs-truppe zu dienen. Aktionsfähig sein kann aber nur eine starke, festgefügte Organisation, die immer neue Kämpfer wirbt und die in Reih und Glied Stehenden schult. Wenn unsere politische Organisation ständig vermehrt wird, wenn zu der Million unserer heutigen Mitglieder zwei, drei andere Millionen treten, dann können wir jeder Entscheidung im politischen und wirtschaftlichen Kampfe mit Aussicht auf durchgreifenden Erfolg entgegentreten. Dann mag es in den Parlamenten hart auf hart kommen, unsere starke Organisation gibt uns die Gewißheit, daß wir allen Zufälligkeiten, wie Reichstagsauflösungen, Wahlkämpfen usw. gerüstet entgegengehen. Eine gegen heute verdoppelte und verdreifachte Organisation gibt uns auch die Gewähr, daß im gegebenen Moment alles das, was wir unter dem Begriff Massena-ktionen verstehen, erfolgversprechend durchgeführt werden kann.

Es handelt sich also nicht um eine willkürliche Maßnahme, wenn in dieser Woche alle die Genossen und Genossinnen, die es ernst mit unserer Sache nehmen, zu einer eifrigen Werbetätigkeit mobil gemacht werden, wenn sie veranlaßt werden, auch noch den Rest dieser Roten Woche zur Gewinnung neuer Mitglieder auszunutzen. Jedes neugewonnene Parteimitglied bedeutet eine Schwächung der Position unserer Gegner. Diese wissen ganz genau, daß bei den Mitgliedern der sozialdemokratischen Partei alle nationalen, religiösen oder sonstigen Schaumschlägereien nicht mehr verfangen, daß hier die Verleumdungen der Sozialdemokratie abprallen. Die der Organisation Fernstehenden und die nur „rot Wählenden“ glauben sie immer noch durch irgendwelche Rohkäuferschulstücker an ihren Wagen spannen zu können. Auch die Agitationsarbeit unserer Gegner ist umfassender und zielbewusster geworden. Die von den Unternehmern mit allen Mitteln großgezüchteten gelben Organisationen werden mit Reichsverbandsmaterial „aufgeklärt“, die Arbeitgeberorganisationen laufen sich Wissenshaftler, die die Arbeiterbewegung und ihre Presse zu verfolgen und „geistige Waffen“ gegen sie zu fabrizieren haben. Je eifriger und geschickter wir demgegenüber unsere Werbearbeit betreiben, je stärker wir unsere Organisationen machen, je mehr wir den sozialistischen Geist in ihnen pflegen, desto kraftvoller können die Vertreter der Arbeiterklasse in den Parlamenten wirtschaftliche, politische und kulturelle Forderungen erheben und durchdrücken. Und wollen dann unsere Gegner, will der Klassenstaat dem ungestümen Drängen des Proletariats mit ungefehligen Mitteln, ja sogar mit Gewalt entgegentreten, — dann brauchen wir erst recht die starke Organisation.

Von diesen Gesichtspunkten aus ist die gegenwärtige Mobilmachung unserer Genossen und Genossinnen zu erhöhter Werbearbeit zu betrachten, von diesen Gesichtspunkten aus müssen die letzten Tage der Roten Woche noch ausgenutzt werden. Viele Tausend neugeworbener Parteimitglieder müssen in den Organisationen zu hartenkämpfenden Klassenkämpfern geschult werden. Neue Werber erwachsen uns daraus, die späteren Werbeaktionen werden dadurch noch erfolgreicher. Werben und schulen, Agitation, Organisation und Bildungsarbeit — werden diese Voraussetzungen mehr denn je erfüllt, dann können wir unbedenklich dem letzten, entscheidenden Ringen mit Kapitalismus und Klassenstaat ins Auge schauen.

## Siegreiches Ende des römischen Generalstreiks.

Rom, 10. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Durch einen heute verkündeten Beschluß hat die Regierung die Hauptforderungen der Streikenden, namentlich die Wiedereröffnung der chirurgischen Abteilung des geschlossenen Hospitals bewilligt. Ebenso soll der Aufnahme mittelloser Kranker ohne Armeschein nichts mehr in den Weg gelegt werden. Aus diesen Gründen beschloß die Arbeiterkammer für heute mittag das Ende des Streiks. Unter der gesamten Arbeiterschaft herrscht große Genugtuung über den erzielten Sieg. Zwischen dem starken Militär-aufgebot und den Streikenden kam es zu verschiedenen Kon-flikten.

**Ein Zusammenstoß.**  
 Rom, 10. März. Als nach der Volksversammlung, die die Wiederaufnahme der Arbeit gutgeheißen hatte, ein Teil der Menge zum Ministerium des Inneren am Corso Vittorio Emanuele zog, kam es nahe der Kirche San Andrea della Valle zu einem Zusammenstoß mit der Polizei, die die Menge am Vorrücken verhinderte und deren Steinwürfe mit Schüssen erwiderte. Auf beiden Seiten gab es Verwundete, ehe es gelang, die Demonstranten zu zerstreuen.

## Das Ende der Kolonialdebatte.

Die Generaldebatte über den Etat des Reichskolonialamts ist am Dienstag zu Ende geführt worden. Von den bürgerlichen Parteien sprachen noch die Herren Schwarze-Lippstadt vom Zentrum, Dr. Paasche von den Nationalliberalen und D. Raumann von der fortschrittlichen Volkspartei. Der Zentrumsvorredner nahm die europäischen Pflanzungen gegen alle Angriffe in Schutz, und diese Verteidigungsaktion wurde von Herrn Dr. Paasche noch besonders lebhaft unterstützt, der sogar für die Weißen in Anspruch nahm, daß sie in den Schutzgebieten Besserung geschaffen hätten. So wohlwollend vermochte Herr D. Raumann nicht zu sein. Er betonte mit besonderem Nachdruck, daß das Ergebnis einer dreißig-jährigen Kolonialpolitik eine Verminderung, ja sogar eine wirkliche Degeneration der Eingeborenenbevölkerung ist. Der fortschrittliche Redner stellte eine Reihe von Forderungen auf, von deren Erfüllung er die Verwirklichung einer kolonialen Kulturpolitik erwartet.

Die sozialdemokratische Auffassung wurde noch einmal von Genossen Kasse ausgesprochen, der mit großer Sachkunde eine Schilderung der gegenwärtigen Zustände in den Kolonien geben konnte. Kasse zeigte zuerst, wie die früher nur von der Sozialdemokratie vertretene Anschauung allmählich an Boden gewonnen hat: daß nämlich statt der Durchführung deutschen Herrtums gegenüber den Eingeborenen eine sorgfältige Kulturarbeit gerade an der eingeborenen Bevölkerung durchgeführt werden muß. Er zeigte aber auch an der Hand überzeugender Dokumente, wie weit die deutsche Kolonialpolitik trotz mancher Fortschritte der Erkenntnis von diesem Kulturideal entfernt ist. Der Menschenhandel durch Hausflaverei und Zwangsarbeit, die Frühkolonialisierung sind nur einige der von unserem Redner angeführten Beispiele.

In ausführlicher Weise besprach Kasse die Frage der Bahnbauten. Er betonte, daß die sozialdemokratische Fraktion bereit war, die für die Bahnbauten geforderten Kredite zu bewilligen, unter der Voraussetzung freilich, daß ihr in den Fragen der Zwangsarbeit, der Arbeitsverhältnisse der Eingeborenen, der europäischen Pflanzungen bestimmte Garantien gegeben würden. Diese Vorbedingungen zu ihrer Zustimmung habe die Fraktion in einem sieben bestimmten Forderungen enthaltenden Antrag zusammengefaßt, der indessen weder bei der Regierung noch bei den bürgerlichen Parteien Annahme in der Kommission und Gegenliebe in der Plenardiskussion gefunden hat. Damit war unsere Haltung zu den Bahnbauten gegeben. — Für eine menschliche Kolonisierung, die auch dieser Antrag wollte, trat Kasse zum Schluß ein. Nach einigen Bemerkungen des Herrn Erzberger über die Missionen wurden die zu Titel 1 vorliegenden Resolutionen der Kommission angenommen. Die Diskussion der Einzelteile der Schutzgebiete beginnt am Mittwoch.

## Kapitalistische Verwüstungs-politik.

Aus dem rheinisch-westfälischen Industriegebiet wird uns geschrieben:  
 Der „Amerikanismus“, d. h. die rücksichtslose Verwüstung wirtschaftlicher Werte, sobald sie einem bestimmten kapitalistischen Konjunkturzyklus dienlich sind, soll zwar in der frommen Kinderstube Deutschland, wo eine hohe Regierung fürsorglich über die Wahrung des Gemeinwohls wacht, nicht zu befürchten sein, wie die Beschäftigungsdrähte versichern. In Wirklichkeit sieht es anders aus. Das in der benachbarten Fabrikstadt Söxte belegene Großwerk „Rhön“ legt ein ihm gehöriges Hochofenwerk bei Kupferberg an der Ruhr still. Man hat nie von einer Unrentabilität des Hochofenwerkes gehört. Die Zahl der Arbeiter ist noch in den letzten drei Jahren von zirka 150 auf 230 erhöht worden. Es

bestehen dort zwei Höfen zur Erzeugung von Kohlen, und die Eisenbahn war so kurz, daß kein Bleich in Kupferdreh an das Badische Röhrenwerk geachtet hat. Um so weniger, als der „Höf“, wie allgemein zu den rentabelsten Werken Deutschlands gehört. Es ist also schlechterdings unmöglich, die Stilllegung des Höfenwerks Kupferdreh mit mangelnder Rentabilität der Unternehmung zu begründen. Es handelt sich einfach um das Bruchlegen eines Betriebes, um die Produktion zwecks noch weiterer Reduzierung der Selbstkosten auf die mit den allermodernsten technischen Einrichtungen versehenen neueren Anlagen zu konzentrieren. Auf das Schicksal der Arbeiter, die zum großen Teil in Kupferdreh altansässig sind, auf die Zukunft der Gemeinde wird keine Rücksicht genommen.

Genau so verfuhr der amerikanische Stahlstahl mit seinen älteren Werken. In Deutschland kann Derselbe nicht vorkommen, wurde damals versichert. Und nun sind wir mitten drin im „Amerikanismus“! Die „Johanneshütte“ in Siegen mit 28.000 Tonnen jährlicher Roheisenzeugung ist ab 1. Januar 1914 stillgelegt. Das Roheisenprodukt zählt dafür eine jährliche Abschlagssumme von 100.000 M., also eine rein spekulative Verleugung. Andere kleinere und mittlere Hütten werden dasselbe Schicksal haben. Eine umfangreiche Stilllegungskampagne ist im Anzuge. Sie wird die Verödung bisher blühender Industriebezirke nach sich ziehen. Um den Preis einer Verbilligung der Produktionskosten — die durchaus nicht gleichbedeutend mit einer gleichen Herabsetzung der Verkaufspreise ist — werden die tolgeweihten Werke stillgelegt.

Vor nun bald 10 Jahren begann, nach der Erneuerung des Kohlenlandtagsvertrages (1903), der spekulative Anlauf von kleinen und mittleren Ruhrgruben durch die nördlichen Großgruben. Man kaufte auf, um über eine größere Syndikatsbeteiligung zu verfügen, in der Absicht, die angekauften Gruben stillzuliegen und die hierdurch freigewordenen Beteiligungsziffern auf die laufende Reihe zu übertragen. Letzteres wurde zunächst entschieden bestritten, aber mittlerweile sind die Reihen Widesfeld, Sommerbank, Spranohel, Steingatt verlassen. Die bisher noch betriebenen Reihen Altendorf und Eiberg werden jetzt stillgelegt und soviel auch die Besitzer bestritten, die Bevölkerung ist doch der Überzeugung, daß auch die ebenfalls von Großgruben angekauften Ruhrgruben Deutschland, Eintracht, Turbau und Trappe rasch der Stilllegung entgegengeführt werden! Damit wäre es mit dem alten Bergbau im Ruhrgebiet fast zu Ende und die Gegend mit zahlreichen dörflichen Gemeinden stünde vor der Verödung.

Natürlich behaupten die Interessenten, die Stilllegung erfolge wegen Erschöpfung der rentabel zu gewinnenden Kohlenflöze. Dagegen sprechen aber die Mitteilungen betriebskundiger Bergleute und die Gutachten vereidigter Sachverständiger. Was speziell die am 1. April d. J. zum Stillstand kommende Reihe Eiberg — die noch etwa 600 Arbeiter beschäftigt — anlangt, so hat darüber der sonnenblonde Karlsruher Schulz-Doctum folgendes lehrreiche Gutachten abgegeben:

„Die Qualität der austretenden Kohle ist im allgemeinen als eine recht gute zu bezeichnen. — Die Beschaffenheit des hangenden und liegenden Gesteins ist gleichfalls günstig zu nennen. — Der Abbau der Reihe ist bisher nur bis zur 3. Tiefbauflöze, bis zu einer Teufe von 330 Metern erfolgt, so daß der größte Teil derselben noch ansteht. — Die gesamte unterhalb der 3. Tiefbauflöze bis zu einer Teufe von 1000 Metern unter Normal-Ruß anstehende Kohlenmenge beträgt, soweit es sich durch die Entnahme des Grubenbildes und die Aufschlüsse der Nachbargruben möglich war, festzustellen, etwa 13.500.000 Tonnen. — Der Schacht Eiberg hatte eine Teufe von 337 Metern und steht im denkbaren günstigsten Gebirge. Infolgedessen derselbe noch lange Jahrzehnte seinem Zweck dienen kann. — Der durchschnittliche Reingewinn des Betriebes der Jahre 1905 bis 1910 hat pro Tonne 2,33 Mark betragen. — Bei den günstigen Lagerungsverhältnissen ist anzunehmen, daß das Verhältnis zwischen Erlös und Selbstkosten bei dem Weiterbetrieb der Reihe wie bisher bestehen bleibt, so daß also auch die weiteren Ausbauten der Reihe recht günstig sind.“

Nach diesem Gutachten kann von einer Erschöpfung der Kohlenlager keine Rede sein, auch die Rentabilität des Abbaues ist nicht zweifelhaft. Trotzdem wird die Reihe stillgelegt, weil die ankauende Großgrube Ewald eine im Verhältnis zu ihrer Leistungsfähigkeit zu geringe Syndikatsbeteiligungsziffer und im Vergleich zu Eiberg eine weit höhere Rentabilität hat. Um diese zu steigern, legt man nun eine anerkannt rentable Reihe still und überläßt viele Millionen Tonnen noch anstehender Kohle dem sicheren Verderb. Die Bevölkerung sieht diesem kapitalistischen Raubbau empört oder ohnmächtig gegenüber, denn wo auch die Deputationen der von der Stilllegung bedrohten Gemeinden anklopfen, beim Oberbergamt und beim Ministerium, sie wurden abgewiesen mit dem Hinweis auf die Unmöglichkeit eines behördlichen Einschreitens gegen die großkapitalistische Verwüstungspolitik. Nach dem Stande der Berggesetzgebung kann der bergbehördliche Betriebszwang nicht zur Anwendung kommen; die Grubenbesitzer können also machen was sie wollen!

Die Stillleger erklären, sie hätten das unbeschränkte Verfügungsrecht über ihr „Eigentum“. Inwieweit hier von „Eigentum“ die Rede sein kann, das ist in einer von den Vertretern sämtlicher Ruhrberggemeinden unterzeichneten, von dem Vericksassessor Treuer verfaßten Eingabe an die gesetzgebende Körperschaft wie folgt dargelegt:

„Andererseits müssen die Gemeinden sich jedoch dagegen verwahren, daß man die Bergberechtigten (und ihre Anteile) überhaupt als ein „Eigentum“ behandle, sie insbesondere mit dem zivilen Eigentum auf eine Stufe stellt und gewisse Grundzüge über dessen Unverletzlichkeit auf dieses Gebiet ohne weiteres überträgt. Abgesehen davon, daß auch das Eigentum in unzähligen Beziehungen den höherstehenden Interessen der Gesamtheit zum Opfer gebracht wird, was in der Entscheidung in der schärfsten Form zum Ausdruck kommt, deren sich gerade der Bergbau in ausgebreitetem Maße bedient, kann sich der Bergbauerechtliche überhaupt nicht auf ein Eigentum in diesem Sinne berufen. Was er an Mineralien ausbeutet, nimmt er aus dem Eigentum des Staates, der Gemeinden und anderer Rechtssubjekte. Sein Okkupationsrecht selbst ist einer der gewaltigsten Eingriffe in das Eigentum anderer, denen ein Teil ihres Eigentums durch staatliche Verteilung dieses Rechts entzogen wird.“

Es ist daher irreführend, wenn man, wie es vielfach in den Verhandlungen des Abgeordnetenhauses im Jahre 1904 geschah, von einem Eingriff in das Eigentum redet, als das Gehören einiger Bergbauberechtigter in vernünftigen Dingen gehalten werden sollte.

Wenn irgendwo eine Berechtigung der die Gesamtheit vertretenden Staatsgewalt zum Eingriff in die Ausübung eines Rechtes im öffentlichen Interesse anerkannt werden muß, so ist dies auf dem Gebiet der Berggesetzgebung der Fall, weil diese aus den oben erwähnten Gründen einen Eingriff in die Rechte des Grundeigentümers bedeutet und von ihr deshalb im Vergleich zu anderen Verfügungsrechten am ehesten eine pflegliche Art der Gewinnung der ihr aus dem Nationalvermögen zugewiesenen Werte erwartet werden darf.“

Diese Begriffsbestimmung des „Bergbauereigentums“ nähert sich der sozialistischen Auffassung von dem Verfügungsrecht an den Bodenschätzen. Es kann auch Zweifel unterliegen, ob der Verwüstungspolitik auf dem Gebiete des Bergbaues nur ein Ende gemacht werden kann durch die Anerkennung der sozialistischen Auffassung auf dem Wege der Gesetzgebung. Kapitalistisches macht der Kapitalismus unüberwindlich. Das Gemeinwesen kann vor dem Raubbau nur wirksam geschützt werden, wenn die profitgierigen Erprobanten zugunsten der Volksgemeinschaft entzogen werden. Je länger damit gezögert wird, um so tiefer werden schlägt die kapitalistische Verwüstungspolitik dem Gemeinwohl.

## Die Revolution von oben.

Aus London wird uns geschrieben:

Die Revolutionäre aller Länder schulden den englischen Konservativen für ihre revolutionären Reden tiefen Dank. Zeigten sie doch, daß selbst die reaktionärsten Elemente in Großbritannien des Volkes Recht auf Revolution nicht mehr anzweifeln, sondern es als etwas Selbstverständliches betrachten. Und mit dem Herannahen der endgültigen Annahme der Home Rule-Vorlage wird das Gedären der potentiellen Hüter des Gesetzes und der Ordnung immer revolutionärer. Sie erklären offen, den Gesetzen Widerstand zu leisten und die Ministerie, die die kommende Revolution nach allen Regeln der Romantik vorbereitet haben, mit allen Mitteln unterdrücken zu wollen, wenn die Regierung nicht vor der Annahme der Bill das Parlament auflösen und Neuwahlen ausschreiben wolle, aus denen die Konservativen natürlich als Sieger hervorgehen müssen. Der alte Feldmarschall Roberts hat sich an die Spitze der englischen Division der Revolutionäre gestellt und vor einigen Tagen mit einigen Gesinnungsgenossen eine Erklärung unterzeichnet, in der es heißt, daß er und seine Freunde sich verpflichten, alle wirksamen Mittel zu gebrauchen, um die Einführung der irischen Selbstverwaltung zu verhindern, und namentlich zu verhindern, daß die bewaffnete Macht des Staates gegen die rebellischen Ministerie verwendet wird. Diese Erklärung wird zurzeit im ganzen Lande von den Konservativen unterzeichnet. Es heißt, daß die noblen Revolutionäre die Regierung gewaltsam zur Parlamentsauflösung zwingen wollen. Als Mittel soll die Verweigerung der Heeresvorlage durch die Lords dienen. Die Lords sollen entweder die ganze Vorlage ablehnen, oder sie so verunstalten, daß sie für das Unterhaus unannehmbar ist. Das englische Heer besteht nämlich nur von Jahr zu Jahr; jeder Gamaschenknopf muß jährlich neu bewilligt werden. Die Einrichtung stammt aus einer Zeit, als sich in England Krone und Parlament noch in den Haaren lagen. Das Parlament wollte durch die jährliche Bewilligung des Heerwesens verhindern, daß sich die Krone ohne die Einwilligung des Parlaments ein stehendes Heer halte. Bis zum 30. April jedes Jahres muß die Heeresvorlage bewilligt sein, sonst gibt es in Großbritannien kein stehendes Heer mehr; die Offiziere und Soldaten sind dann frolos und die Luftstrafe existiert nicht mehr. Durch die Herbeiführung dieses von jedem Antimilitaristen herbeigesehnten Zustandes wollen die Konservativen die Regierung zwingen, das Parlament aufzulösen. Der Vorschlag ist allen Ernstes gemacht worden, und wie die Dinge heute liegen, braucht es einen nicht zu wundern, wenn der Plan wirklich ausgeführt wird. Man wird sich erinnern, daß es vor vier Jahren fast unmöglich schien, daß sich die Lords erheben würden, das Budget zu verweigern. Sie taten es aber doch, und zwar in der Hoffnung, daß die Konservativen aus den folgenden Wahlen als Sieger hervorgehen würden. Heute gefällt sich zu derselben Hoffnung noch das Bewußtsein, daß es mit der ganzen Herrlichkeit des englischen Oberhauses aus ist. Die Regierung hat in der Thronrede die Reform des Oberhauses angekündigt. Ob nun das reformierte Oberhaus aus gewählten oder ernannten Senatoren bestehen wird, sicher ist, daß die Sprößlinge der königlichen Maitresen und der reichgewordenen Bierbrauer und Schnapsbrenner wohl das Vertrauen der Volkstimmen vom Leicester Square, nicht aber das der Mehrheit der englischen Wähler oder eines gewissen konservativen Ministers erhalten werden. Wenn man so nahe vor der Enthauptung steht, kann man schon etwas riskieren.

Was ist es nun, was die Konservativen Großbritanniens so wacker an der Zerstörung des Autoritätsbegriffs arbeiten läßt? Bei dem Häuflein irischer Unionisten kann man die revolutionäre Währung zur Not schon verstehen. Die jegliche Home Rule-Vorlage liefert sie der Gewalt der erdrückenden Mehrheit der irischen Nationalisten aus. Nach dem wilden Treiben des irischen Alexus während des Dubliner Streiks kann man die Ministerie besser verstehen. Der Fanatismus, die Rücksichtslosigkeit und der zum Himmel schreiende Wahlschwindel der nationalistic-irischen Sippchaft, der sich bei den letzten Dubliner Gemeindevahlen gegen die Kandidaten der Arbeiter richtete, lassen diese Herzen als Zeitgenossen scheinen, gegen die sich auch der Friedliebste mit Händen und Füßen sträuben wird. Es nützt nicht viel, den Ministerien zu versichern, daß die Home Rule-Vorlage sie vor Unterdrückungsversuchen schütze, und daß in letzter Instanz das Reichsparlament sie vor Keritallen Gewalttaten bewahren werde. Die jüngsten Ereignisse in Südafrika haben bewiesen, wie machtlos in solchen Angelegenheiten das Reich ist, das sich bei der Verfolgung der imperialistischen Politik den Luxus von Streitereien mit seinen Bestandteilen nicht erlauben kann. Dieser Gedanke wurde bei der Besprechung der südafrikanischen Gewalttat im Unterhause von dem konservativen Lord Robert Cecil erläutert. Was ist es aber, was die englischen Konservativen dazu treibt, die Rebellen Nordirlands zu unterstützen? Aus Sympathie für ein Häuflein Gesinnungsgenossen, denen möglicherweise ein Unheil zustoßen könnte, stellt man nicht das Fundament seiner Weltanschauung und seiner Macht in Frage. Der laute Schrei nach Parlamentsauflösung liefert uns den Schlüssel zu diesem Rätsel. Nimmt die Dauer dieses Parlaments ihren natürlichen Verlauf, kommt es im nächsten Jahre zu Ende, so sind die liberalen Reformen unter dem Schutze des Parlamentsgesetzes abgebrochen. Unter anderem wird auch der Pluralwähler abgeschafft sein, der den Konservativen bisher so große Dienste tat. Die Chancen der Konservativen, wieder ans Ruder zu kommen, würden sich außerordentlich verschlechtern. Die konservative Partei würde einige hunderttausend Stimmen verlieren, und da bisher der Unterschied in der Gesamtzahl der konservativen und liberalen Stimmen trotz des manchmal sehr großen Unterschiedes in der parlamentarischen Vertretung stets sehr unbedeutend war, ist es nicht ausgeschlossen, daß das Verschwinden des Pluralwählers, das natürlich auch der liberalen Stimmenzahl, aber in weit geringerem Maße, Abbruch tun wird, die konservativen Großbritanniens dazu verurteilen wird, beständig in der Minderheit zu sein. Das erklärt, weshalb alle Reaktionäre, die ihre Pläne gefährdet sehen; die Militärischen, die von großen schwebenden Heeren und europäischen Abenteuer träumen, die Schutzgötter, die die nächste konservative Regierung überrumpeln wollen, die Schorfmacher, die nicht müde werden, die Abschaffung des Rechts des Streifenpostens zu verlangen, so tiefte Sympathie für die Ministerie verspüren, und wie hesseln noch Neuwahlen schreien, in denen sich die Wähler wieder einmal über die Home Rulefrage aussprechen sollen.

Es scheint, als ob es den Liberalen wieder einmal gelingen sollte, den Konservativen ein Schnippen zu schlagen. Die Regierung hat sich zu einem Kompromiß in der Home Rulefrage bereit erklärt. Jeder Graffshof in Irland soll es abheimgestellt sein, durch ein Plebiszit zu entscheiden, ob sie dem neuen Irland einverleibt werden soll oder nicht. Gegen die Einverleibung würden sich sicher vier, möglicherweise sechs der neun Graffshöfe Webers erklären. Die Home Rule soll den Protestanten Webers mitina nicht aufgezogen werden. Mit einem Zuge haben die pfiffigen Liberalen das Schachbrett verändert. Aus der Angriffsstellung sind die „Revolutionäre“ in die Verteidigungsstellung gedrängt worden. Was soll nun die „provisorische Regierung“, was das Heer der Rebellen? Etwa die Mehrheit des irischen Volkes zwingen, auf die Selbstregierung zu verzichten? Gegen wen soll das Heer der Rebellen marschieren? Die geplante Verringerung der Home Rulevorlage muß laut den Bestimmungen des Parlamentsgesetzes die Zustimmung der Lords, das heißt der konservativen Partei, erhalten. Geht sie sie, so ist der „Revolution“ und den ganzen Plänen der Reaktionäre der Boden ausgeschlagen; wird diese durchaus vernünftige Regelung der Home Rulefrage abgelehnt, so haben die Ministerie ihre Unglück lediglich ihren eigenen Parteifreunden zuzuschreiben.

Freilich all diese Quertreibereien der Konservativen hätten sich die englischen Liberalen ersparen können, wenn sie damals in dem Kampfe gegen die Lords mehr dem Volke vertraut und die Zweite Kammer gänzlich abgeschafft hätten.

## Politische Uebersicht.

### Abgeordnetenhans.

Die zweite Lesung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung, die das Abgeordnetenhans am Dienstag beendete, führte zu einer interessanten Aussprache über die Arbeitsnachweise. Der Etat sieht besonders Summen vor zur Förderung der nicht gewerbsmäßigen Arbeitsvermittlung und Rechtsberatung für die minderbemittelten Bevölkerungskreise. Darauf taten sich die Regierung und ihre Abgeordnete über weit wie viel zugute. In Wirklichkeit aber reicht die Tätigkeit der Regierung auf diesem Gebiet noch nicht einmal an das heran, was die freien Gewerkschaften aus eigener Kraft, nicht nur ohne Unterstützung des Staates, sondern sogar vom Staate beschützt, leisten. Wenden diese so angefeindeten Gestirne doch, wie Genosse Leinert hervorhob, mehr Mittel für die Beratung von Arbeitern in Rechtsfragen auf als der Staat, und lassen sie doch ihre Ausschläge auch unorganisierten Arbeitern zuteil werden! Und was die Arbeitsvermittlung betrifft, so charakterisiert den Geist, von dem sich die Regierung hierbei leiten läßt, mehr als alles andere die Tatsache, daß ihr Arbeitsnachweise auf partieller Grundlage verfaßt sind und daß sie ganz besonders für Innungsnachweise und Maßregelungsanstalten ähnlicher Art schwärmt. Solange nicht die von dem Fortschrittler Reich und namentlich von Leinert betriebsene Forderung der Errichtung von Arbeitsnachweisen auf partieller Grundlage erfüllt ist, wird man den mit öffentlichen Mitteln gespeisten Arbeitsnachweisen keine allzu große Bedeutung beimessen.

Einen wirkungsvollen Abschluß der Beratung dieses Etats bildet das warme Eintreten Leinerts für die Interessen der Arbeiter der königlichen Porzellanmanufaktur.

Nach Erledigung des Etats der Handels- und Gewerbeverwaltung begann die zweite Lesung des Etats der Bergverwaltung. Die Debatte drehte sich lediglich um die Fragen der Ausfuhrtarife und der Preis- und Syndikatspolitik. Das Kohlenyndikat fand bei den Rednern der bürgerlichen Parteien eine mehr oder minder warme Befürwortung, wenn auch vereinzelt dem Wunsch Ausdruck gegeben wurde, daß bei der Preisbildung Rücksicht auf die Konsumenten genommen werden möge. Jedenfalls aber ist sich die Mehrheit des Landtages darüber einig, daß der möglichst baldige Beitritt des Staats zum Syndikat erwünscht wäre. Die Regierung äußerte sich hierzu nicht.

Am Mittwoch wird die Beratung fortgesetzt.

### Eine neue Wehrvorlage.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt an der Spitze ihrer letzten Nummer folgendes Dementi:

Verschiedene Blätter wollen wissen, daß dem Reichstage demnächst eine Wehrvorlage mit einem Kostenbetrag von einer halben Milliarde Mark zugehen werde. Wir können erklären, daß eine neue Heeresvorlage nicht in Aussicht steht.

Das Dementi ist ebenso wertlos wie viele frühere Bestreitungen des Kanzlerblattes. Es kommt darauf an, was unter den Worten „nicht in Aussicht steht“ zu verstehen ist. Weder der „Vorwärts“ noch die wenigen bürgerlichen Blätter, die über diese neuen Rüstungstreiberieen berichten, haben behauptet, daß bereits eine neue Wehrvorlage fertig sei und demnächst dem Reichstage zugehen werde; gemeldet wurde nur, daß in den leitenden militärischen Kreisen eine Neubewaffnung der Artillerie und Vermehrung der Kavallerie gefordert und geplant wird.

### Die Fraktion Drehscheibe.

Die „Deutsche Tageszeitung“ macht sich ein diebstahls Vergnügen daraus, den Herren Nationalliberalen ihre innere Unstimmigkeit immer wieder zu Gemüte zu führen. Sie hat ja auch die wunderbarste Gelegenheit dazu, denn die nationalliberale Reichstagsfraktion und die nationalliberale Fraktion des größten deutschen Bundesstaates liefern sich scheinbar förmliche Schlächten. Dem Politiker ist das ja durchaus erklärlich; denn während in Preußen bei dem Dreiklassenwahlrecht die Schlotbarone den Ausschlag geben, ist der Nationalliberalismus im Reichstage vom gleichen Wahlrecht nicht nur in Preußen, sondern auch in Süddeutschland abhängig.

Das Bündlerorgan spielt die Allliberalen gegen die Jungliberalen aus. Es zitiert mit fiebernder Schadenfreude eine Notiz der „Allliberalen Reichskorrespondenz“, in der jede Verantwortung für das Organ des Bauernbundes abgelehnt wird, dessen Macher ja kein anderer ist, als Herr Wadhorst de Wente, den seine Fraktion im preussischen Abgeordnetenhause unlängst energig gegen Herrn Diederich Hahn in Schutz nehmen mußte. Aber die „Allnationalliberale Reichskorrespondenz“ des nationalliberalen Landtagsabgeordneten Fuhrmann erklärt hinwiederum, daß die nationalliberale Partei für das Organ des Bauernbundes keinerlei Verantwortung übernehme, daß vielmehr die Verantwortung „ausschließlich der Redaktion des außerordentlich ungeheuer geleiteten Preßorgans“ zufalle. Das ist in der Tat eine äußerst gräßliche Abhaltung des Herrn Wadhorst de Wente. Aber dafür rächen sich auf der anderen Seite die Jungliberalen, deren Organ unlängst erklärt hat, daß der Abgeordnete Fuhrmann von der nationalliberalen Partei nicht wieder als Kandidat für Osterburg-Stendal in Aussicht genommen sei.

Das Junferorgan hat es in der Tat nicht, sich über die nationalliberalen Unstimmigkeiten zu mokieren. Denn eine so bemitleidenswerte Zerfahrenheit, wie innerhalb der nationalliberalen Partei, ist innerhalb der festgefügtten Rader der Konserwativen undenkbar.

Im Grunde genommen freilich haben auch die Nationalliberalen trotz aller divergierenden Tendenzen ganz bestimmte Richtungslinien für ihre Politik gefunden. Am Reichstag bekennen sie sich immer noch zu einem gewissen Liberalismus, wenn er auch noch so verblüht ist; im Landtag dagegen bilden sie trotz des Jungliberalismus und trotz des Herrn Wachhorst de Weide nur den zielbewußten Schweiß der Freikonserwativen!

### Zogeanannter Arbeitswilligenschub auf Umwegen.

Zum Schutz der Arbeitswilligen sind nach einer Nachrichtstelle die Oberpräsidenten der preussischen Provinzen angewiesen worden, Polizeiverordnungen zu erlassen, in welchen folgendes bestimmt wird:

„Den Anordnungen der polizeilichen Aufsichtsbeamten, die a) zur Erhaltung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung, insbesondere zum Schutze der Personen und des Eigentums, b) zur Erhaltung der Ruhe, Sicherheit, Ordnung und Bequemlichkeit des Verkehrs auf öffentlichen Wegen, Straßen, Plätzen oder Wasserstraßen getroffen werden, ist Folge zu leisten. Zuwiderhandlungen werden, soweit nicht die im § 886 Ziffer 10 des Reichsstrafgesetzbuchs angedrohte Strafe (Geldstrafe bis zu 60 M. oder Haft bis zu 14 Tagen) eintritt, mit einer Geldstrafe bis zu 60 M., im Falle des Unvermögens an deren Stelle mit entsprechender Haft bestraft.“

Bemerkt wird hierzu, daß Verordnungen dieses Inhalts bereits in der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts als rechtmäßig anerkannt worden sind, und daß auch in anderen Bundesstaaten Erwägungen im Gange sind, im Wege der Polizeiverordnung polizeiliche Vorschriften gegen das Streikpostenfischen zu treffen.

Es ist die „Deutsche Parlamentskorrespondenz“, die diese Nachricht bringt. Den Scharfmachern, die noch immer das Justizhausgesetz eträumen, ist jedoch mit einfachen Polizeiverordnungen nicht gedient. So bemerkt die „Deutsche Tageszeitung“: „Dieses Vorgehen wird man nur begrüßen können; nur steht doch zu befürchten, daß man Mittel und Wege finden wird, diese Polizeivorschriften zu umgehen.“

### Zwei deutsche Kardinals.

Wir aus Rom gemeldet wird, hat die deutsche Regierung in den letzten Tagen dem Heiligen Stuhl durch den preussischen Gesandten am Vatikan und durch den apostolischen Nuntius in München, Frühwirth, ihre Wünsche um Vertretung des deutschen Klerus im Kardinalskollegium durch wenigstens drei Mitglieder unterbreiten lassen. Wie es heißt, wird der Papst in dem voraussichtlich im April stattfindenden Konfistorium dem Erzbischof von Köln Dr. v. Hartmann und dem apostolischen Nuntius Frühwirth die Kardinalwürde verleihen.

### Rein allgemeines, gleiches und direktes Wahlrecht in Baden.

Die Justizkommission der Zweiten badischen Kammer lehnte am Dienstag gegen die sozialdemokratischen und freisinnigen Stimmen die Anträge auf Einführung des direkten Wahlrechts zum Kreis- und Bezirksrat sowie die Abschaffung des Klassenwahlrechts zum Landtag ab. Angenommen wurde nur ein Zentrumsantrag, der die Abänderung des Wahlrechts für den Kreisrat fordert.

### Der unangenehme Zivilprozeß.

Am Dienstag sollte vor dem Landgericht in Javern die Zivilklage von 27 Javerner Bürgern, die eine Nacht im Pandurenkeller hatten zubringen müssen, verhandelt werden. In den letzten Tagen ist nun auf Seiten des Militärjustizars hinter den Kulissen schieberhaft gearbeitet worden, um die für die Militärverwaltung unangenehme Sache aus der Welt zu schaffen. Die Folge davon war, daß auf Antrag des Justizars die Verhandlungen am Dienstag vertagt wurden. Es soll versucht werden, die Angelegenheit auf dem Vergleichswege zu erledigen.

### Oesterreich.

#### Sozialdemokratischer Wahlsieg der Handelsangestellten in Wien.

Am Sonntag ging die Gehilfenwahl des Wiener kaufmännischen Gremiums vor sich. Die sozialdemokratischen Kandidaten siegten mit Dreiviertelmehrheit. Von 17114 abgegebenen gültigen Stimmen vereinigten die sozialdemokratischen Kandidaten 12878 Stimmen auf sich. Die Deutschnationalen und die Christlichsozialen hatten nur 4492 und die Jüdischnationalen 244 Stimmen erhalten. Stark war auch die Beteiligung der weiblichen Angestellten, die anlässlich des Frauentages in geschlossenen Trupps zu den Wahllokalen zogen.

### Frankreich.

#### Der Frauentag in Paris.

Paris, 10. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Gestern fand zum erstenmal ein Frauentag statt. Vor überfülltem Saale, den zur Hälfte Frauen besetzten, verlas die Präsidentin Saumoneau Schreiben der englischen und deutschen Organisation. Ein Protest gegen die Verurteilung der Genossin Luxemburg wurde beschlossen. Es sprachen die Genossinnen Jouenne, Rauze, Martin und namens der Labour Party Paul. Ferner sprachen Compère-Morel, Longuet und Brack, der die deutsche Frauenorganisation als Vorbild hinstellte. Grumbach verlas ein stürmisch applaudiertes Schreiben von Clara Zetkin, das in den Frauen das revolutionäre Genie Frankreichs grüßt. Eine mit Beifall aufgenommene Resolution für die vollständige Befreiung der Frau durch den Sozialismus beendete die schwungvolle Versammlung.

### Italien.

#### Die Ministerkrise.

Rom, 10. März. In der Deputiertenkammer gab Ministerpräsident Giolitti bekannt, daß das Kabinett in Anbetracht der parlamentarischen Lage sein Rücktrittsgesuch in die Hände des Königs gelegt habe, der sich seinen Beschluß vorbehalten habe. Indessen blieben die Minister in ihrem Amte zur Erledigung der laufenden Verwaltungsgeschäfte. Auf Ersuchen Giolittis verstage sich darauf die Kammer auf unbestimmte Zeit.

Rom, 10. März. „Tribuna“ meldet, Giolitti habe dem König Sonnino als den für seinen Nachfolger geeignetsten Mann bezeichnet.

### Bulgarien.

#### Die Wahlen.

Sofia, 10. März. Nach dem annähernd endgültigen Wahlergebnis haben die Anhänger der Regierung 128, der Bauernbund 51, die Demokraten 25, die „weiten“ Sozialisten und die „Engen“ je 9, die Anhänger des Geschows 7, diejenigen Danows 3 und die Radikalen 5 Sitze erhalten. Das noch nicht feststehende Ergebnis aus den Wahlkreisen der Hauptstadt, das der Opposition günstig sein wird, wird das Gesamtergebnis noch etwas verändern, die Opposition wird 117 von 245 Mandaten besitzen. Bemerkenswert ist die Schwächung der Sozialisten, die 33 Sitze innehatten und jetzt höchstens 22 haben werden, während die Zahl der Demokraten sich verdoppelt hat.

### Südafrika.

#### Der Rechtsbruch vollendet.

Kapstadt, 9. März. In der Parlamentsdebatte über die Indemnitätsbill betonten die Redner der Opposition, daß der deportierte Arbeiterführer Boutsma kein Verbrechen begangen habe. Der Eisenbahnminister deutete an, daß die Verbannung der Deportierten wahrscheinlich eine beträchtliche Zeit dauern werde, falls sie sich nicht rechtfertigen könnten. Die Indemnitätsbill wurde mit 70 gegen 12 Stimmen angenommen.

### Amerika.

#### Polizeifamie gegen Arbeitslose.

Sacramento (Kalifornien), 9. März. Zwischen 300 Scheriffsgeshilfen und 600 Arbeitslosen vom Verband der Industriearbeiter der Welt kam es heute zu einem heftigen Kampfe, nachdem „General“ Kelly, der eine Armee von Arbeitslosen führte, und 18 seiner Anhänger wegen Vagabondage verhaftet worden waren. Die Beamten verlangten nach Verhaftung der Führer, daß die Arbeitslosenarmee den Ort verlasse. Mehrere Hundert gehörten, doch bei derjenige Teil der Leute, der zum Verband der Industriearbeiter der Welt gehörte, den Beamten Trotz. Die Scheriffsgeshilfen gingen mit Stielen bewaffnet gegen sie vor und schlugen alle nieder, die Widerstand leisteten. Mit Wasserstrahlen aus den Schläuchen der Feuerwehre wurden die Arbeitslosen schließlich vollends zersprengt. Viele hatten bei dem Kampf Schädelbrüche erlitten.

### Die russischen Gefängnisgruel.

Wir werden um die Veröffentlichung des folgenden Aufrufs ersucht:

Am 25. November 1913 vereinigten sich 500 der besten Vertreter des europäischen Kulturgenusses zu einem Protest gegen die fortgesetzten Gruel in den russischen Gefängnissen. Die Presse sämtlicher Kulturländer druckte diesen Protest ab, und aus den fernsten Winkeln Sibiriens, aus Kerlern und Verbannungsorten kam als Widerhall auf diese Mißsaktion die Nachricht über neubelebte Hoffnungen der politischen Gefangenen Russlands.

Es blieb nicht bei diesem Protest allein. In Oesterreich und Frankreich, wo bereits früher Hilfsvereine bestanden, setzte eine lebhafteste Bewegung ein. In Holland, in der Schweiz und in Deutschland entstanden Vereinigungen, die die Ziele des Aufrufes vom 25. November in die Wirklichkeit umzusetzen bestrebt sind. Als die Vertreter dieser Völkerverbindungen in Deutschland trafen wir heute an die Öffentlichkeit, um in enger Verbindung mit den entsprechenden Organisationen des Auslandes den politischen Gefangenen Russlands moralische und materielle Hilfe zu bringen.

Es ist — geschrieben vor einiger Zeit die politischen Gefangenen aus einigen russischen Kerlern — es ist die verächtliche Selbstmüch, die mitschuldig macht, es ist die selbe Gleichgültigkeit derer, die die kleinste Mühe scheuen, es ist die ganze Stumpfheit der öffentlichen Meinung, die uns zur Hoffnungslosigkeit, Entmutigung und Verzweiflung getrieben haben. Diese Anklagen der lebendig Begrabenen, die tiefe Scham in allen menschlich fühlenden wachrufen müssen, dürfen nicht mehr ertönen. Es ist hohe Zeit, daß Selbstmüch und Gleichgültigkeit verstummen, es ist hohe Zeit, daß die Kulturmenschen wieder — wie ehemals — sich auf ihre Pflichten gegen die Opfer eines rückwärtigen, gewalttätigen Regierungshystems besinn!

Nichts wäre verderblicher, als dieser heiligen Aufgabe des wahren Menschentums das Argument der „Nichtanerkennung“ entgegenzusetzen. Nichts wäre gefährlicher, als dieser keinen Aufschub bildenden Wirksamkeit mit dem Einwand zu begegnen, das Ausland könne und dürfe den politischen Gefangenen des Zarismus keine Hilfe bringen. Rein und tausendmal nein! Das Ausland kann — wenn es nur will — wertvolle Hilfe leisten, um die Ausschreitungen der russischen Gefängnisbeamten zu zügeln, es kann die Leiden der politischen Gefangenen lindern, das haben zahlreiche Fälle aus der Vergangenheit bewiesen! Das Ausland muß diese Pflicht erfüllen — wenn es gegenüber einer immer höher anschwellenden Woge der Unmenschlichkeit die heiligsten Grundsätze der Menschlichkeit nach Kräften wahren will!

So appellieren wir hiermit an alle aufrechten deutschen Männer und Frauen, ohne Unterschied der Parteien, unsere Verbündeten in jeder ihnen zugänglichen Art zu unterstützen. Wir appellieren im Namen der Menschheit an das Rechtsgefühl und die Humanität des deutschen Volkes, denn nie ward der Name Mensch so geschändet, wie in diesen Tagen des 20. Jahrhunderts durch die Missetaten in den Kerlern und Verbannungsorten des russischen Reiches!

Der Vorstand des Deutschen Hilfsvereins für die politischen Gefangenen und Verbanneten Russlands.  
Minna Gauer, Vorsitzende. R. S. Witt, Schriftführer.  
Beitritts- und Antrags sind zu richten an den Schriftführer des Vereins, Herrn R. S. Witt, Wannsee b. Berlin, Bismarckstr. 31.

### Aus der Partei.

#### Ergebnisse der Roten Woche:

Am ersten Tag der Roten Woche sind in Hamburg-Altona rund

10 000 neue Mitglieder

gewonnen worden.

Für die Organisation des Reichstagswahlkreises Frankfurt a. M. war der erste Tag der Roten Woche sehr verheißungsvoll. 865 Mitglieder wurden für die Parteiorganisation gewonnen und dem Parteiorgan wurden 345 neue Abonnenten zugeführt. Die Wahlkreisorganisation zählt jetzt mehr als 10 000 Mitglieder. Auch in den Stadtteilen von Frankfurt a. M., die zu den Wahlkreisen Hanau und Höchst a. M. gehören, war der Erfolg der Werbearbeit ein guter.

### Bekämpfung der Roten Woche mit Hilfe der Schulkinder.

In Hamburg ließ der dortige Verband zur Bekämpfung der Sozialdemokratie am Sonntag ein Flugblatt verbreiten, das zu einer schwarzweißen Woche zugunsten der gelben Streikbrechervereine aufforderte. Es hat sich wohl kein erwachsener Mensch dazu gefunden, der sich zur Verbreitung dieses albernen Blattes herbeiließ, denn in allen Stadtteilen wurden nur Kinder bei der Verbreitung angetroffen. Unsere Genossen, die gerade die Hausagitation zur Einleitung der Roten Woche vornehmen, stellen fest, daß die Kinder von ihren Auftraggebern zum Lügen förmlich gedrillt waren. Denn alle Angaben, die die Kinder über ihren Namen und Wohnung machten, stellten sich als unwahr heraus. Der Inhalt der Flugblätter beschränkt sich in der Hauptsache auf den alten Schwundel vom dem „Mädgang“ der Sozialdemokratie, gegen den die sozialdemokratische Parteileitung aus Verweisung die Rote Woche veranstaltet habe.

### Fortschritt- und Zentrumswoge.

Als Gegenagitation zur Roten Woche veranstaltet die Fortschrittliche Volkspartei in Ludwigshafen eine Fortschrittswoge; in vier Versammlungen sollen bekannte Führer der Fortschrittlichen Partei die Zentrumspartei hat in der Pfalz überall mobil gemacht gegen unsere Agitation. Das ist für unsere Parteigenossen nur ein weiterer Ansporn, noch mehr als bisher zu werben für die Partei und unsere Presse. Das am Sonntag erzielte Resultat ist, soweit es sich überblicken läßt, äußerst günstig, es sind etliche hundert neue Mitglieder der Partei und ebenso viele Abonnenten für die „Pfälzische Post“ gewonnen worden.

### Gemeindevahlerfolge.

In Freienwalde (Wahlkreis Sagan-Sprottau) siegte bei der Gemeindevahlerwahl in der 3. Abteilung der sozialdemokratische Kandidat. Bürgerliche Gegenkandidaten waren nicht aufgestellt worden.

In Söbeln (Wahlkreis Rostenburg-Hoyerswerda) wurde in der 3. Abteilung der bisherige sozialdemokratische Gemeindevahlerwähler wiedergewählt. In der ersten Abteilung gelangt der sozialdemokratische Kandidat mit dem bürgerlichen Kandidaten in Stichwahl.

### Polizeiliches, Gerichtliches usw.

#### „Aufreizung zu Gewalttätigkeiten.“

Ein hochnotpeinliches Verfahren wurde gegen den Verantwortlichen der „Vergischen Arbeiterstimme“, Genossen Merkel in Solingen durch die Elberfelder Staatsanwaltschaft eingeleitet. Ein längerer Artikel in der Nummer vom 28. Februar: „Das ver-reuterte“ Zentrum“, der sich mit dem schmähtlichen Rückzug der bürgerlichen Parteien in der Zabernkommission beschäftigte, schloß mit einigen Bemerkungen, in denen gesagt war, daß man wohl aus dem Ende der Zabernkommission schließen müsse, daß mit hilflosen Reformvorschlägen dem Militarismus nicht beizukommen ist und daß die Forderung der Miliz, mit allem, was dazu gehört, erhoben werden müsse.

In diesen Ausführungen und in einem Hinweis auf bevorstehende revolutionäre Kämpfe soll die Aufreizung zu Gewalttätigkeiten liegen. Eine Hausdurchsuchung in den Räumen der „Vergischen Arbeiterstimme“ und in der Wohnung des Verantwortlichen — nebenbei bemerkt, die zweite innerhalb 14 Tagen — nach dem „staatsgefährlichen“ Manuskript blieb erfolglos.

### Staatsaktion gegen ein Buch.

Das im Neuen Frankfurter Verlage erschienene Buch Franz Berggs „Ein Proletarierleben“, bearbeitet und herausgegeben von Wilh. Welter, ist von der Staatsanwaltschaft in Frankfurt a. M. konfisziert worden. Zugleich ist vom Kriegsminister wegen des Kapitels „Im Reiche der Helmbüchse“ gegen den Verleger Strafantrag wegen Verächtlichmachung von Staatsleistungen und Beleidigung eines Regiments in Altona gestellt worden.

### Letzte Nachrichten.

#### Frauenmord in Pichtenberg?

Das Gerücht von einem Frauenmord verbreitete sich gestern Abend in Pichtenberg und führte eine ungeheure Menschenmenge auf den Schauplatz. In der Gürtelstraße 25 war die 42 Jahre alte Frau des Arbeiters Günther von diesem bei der Heimkehr von der Arbeit im Bett tot aufgefunden worden. Die Bekundungen, die Günther einem Arzt und der Kriminalpolizei gegenüber machte, erwiderte den Verdacht, daß G. selbst seine Frau ermordet habe. Ob aber überhaupt ein Verbrechen vorliegt, kann mit Sicherheit erst nach erfolgter Obduktion der Leiche festgestellt werden. Keuhere Verleumdungen sind nicht erkennbar, nur das Gesicht ist blau angelauten und aus Mund und Nase ist Blut geflossen.

### Aus der elsah-lothringischen Kammer.

Strasbourg, 10. März. (B. Z. B.) Die Zweite Kammer trat heute in die dritte Sitzung des Etats ein. Der Abg. Gauß (B.) sprach von einer Preisgabe der alten Regierung, der das elsah-lothringische Volk dankbar sei, daß sie sich in schwerer Stunde auf ihre Seite gestellt habe. Ungeduldig seien die Verdächtigungen und Verleumdungen, denen das elsah-lothringische Volk in Altsachsenland ausgesetzt sei. Ungewöhnlich sei daher auch die Gründung einer Liga zur Verteidigung elsah-lothringens. Wir alle, so führte der Redner weiter aus, treten an diese heran mit dem Gefühl bitteren Wehs und tiefer Schmach, daß sich ein deutscher Volkstamm zu einer solchen Abwehr des Angriffes gezwungen sieht. Die Regierung möge sich als Schützer der Ehre des elsah-lothringischen Volkes erweisen und sich nicht weiterhin der Verpflichtung entziehen, den begonnenen Verfassungsbau weiter zu führen. Die Abgeordneten Jung (Lothringer) und Petrotz (Sog.) schlossen sich den Ausführungen des Vorredners an. Der Abg. Wolf (B.) wünschte u. a., daß die Kompetenz zwischen Zivil- und Militärjustiz genau und einheitlich für das ganze Reich geregelt werde, und fuhr fort: Soll es nun damit sein Bewenden haben, daß Graf Wedel geht und Deimling bleibt? Die Staatsraison scheint bei dieser Gelegenheit zu kurz zu kommen.

Staatssekretär Graf Roedern erklärte, den Wunsch, ein Programm zu entwickeln, könne er auch heute noch nicht erfüllen, weil ein Programm nur aufgebaut werden könne auf Grund einer genauen Kenntnis der Verhältnisse. Er unterstreiche die Meinung des Abg. Gauß, daß die Verfassung nicht angefaßt werden dürfe. Der Abgeordnete habe ferner betont, daß im Lande nur die verfassungsmächtigen Faktoren zu regieren haben. Auch diesen Ausführungen könne er durchaus zustimmen. Er sei übrigens der Meinung, daß in den letzten Jahren von Verfassungsfragen soviel gebrochen worden sei, daß dringende Fragen der Verwaltung hätten in den Vordergrund treten müssen.

### Ein verleumderischer Bischof.

Luzern, 10. März. (B. Z. B.) Der Bischof von Luzern hatte in einem Hirtenbrief den Katholiken das Lesen einer Anzahl Zeitungen verboten. In einer daraufhin von einem Blatte angestrebten Verleumdungslage wurde der Bischof heute zu 25 Franken Geldstrafe mit Strafaufschub verurteilt.

# PLASMON-KAKAO

enthält das seit 15 Jahren  
außerordentlich bewährte, billigste und  
beste Eiweißnährpräparat für Körper und Nerven

## Plasmon

Plasmon-Kakao (ca. 50% Eiweißgehalt) ist bedeutend  
nährhafter als reiner Kakao im Verhältnis zu seinem hohen Eiweiß-  
gehalte billiger als dieser und sollte deshalb in keiner Familie als  
tägliches Getränk für Kranke und Gesunde fehlen.

1/2 Pfund M. 3.00, 1/4 Pfund M. 1.65, 1/8 Pfund M. 0.90.

Plasmon-Biskuit, -Zwieback, -Schokolade, -Haferkakao,

Eisen-Plasmon.

Erhältlich in Apotheken und Drogerien.  
Musterkollektion der Plasmon-Präparate gegen  
Einsendung von M. 1.50 überallhin franko.  
Ausführliche Broschüre  
versendet

**Plasmon**  
Gesellschaft m. b. H.

**Neubranden-  
burg i. Mecklb.**

### Bekanntmachung.

Wahl des Ausschusses

der  
**Innungs-Krankenkasse d. Juwelier-, Gold-  
und Silberschmiede- (Zwangs-) Innung  
zu Berlin.**

Die Wahl des Ausschusses der Innungs-Krankenkasse findet  
am 18. April 1914 in den Kammerjulen, Teltower Str. 1-4,  
Raum 100, statt. Sie beginnt  
für die Arbeitgeber um 5 Uhr und endet um 7 Uhr,  
für die Versicherten um 7 Uhr und endet um 9 Uhr abends.  
Gemäß § 46 der Statuten sind  
15 Arbeitgeber und 15 Erfahrmänner,  
30 Versicherte und 30 Erfahrmänner

zu wählen.  
Die Wahlberechtigten der Innungs-Krankenkasse werden zu dieser Wahl  
eingeladen.

Die Wahlen sind geheim. Gemählt wird gemäß den Grundätzen und  
der Verhältniswahl nach näherer Bestimmung der amtlich genehmigten  
Wahlordnung. Danach geschieht die Wahl nach dem System der freien  
stimmgebundenen Listen. Die Wahlberechtigten sind an die eingereichten  
Wahlvorschläge gebunden und können sich bei der Wahl nur für einen der  
rechtzeitig eingereichten Wahlvorschläge entscheiden. Änderungen daran  
sind ausgeschlossen.

Es wird anheimgegeben, bis zum 4. April 1914 Wahlvorschläge an  
den unterschriebenen Kommissar, Klosterstr. 65/67, Aufgang C, 3 Treppen,  
Zimmer 54, von 9-12 Uhr einzureichen. Vorschläge, die später einge-  
hen, werden nicht berücksichtigt. Die Wahlvorschläge, welche für die beteiligten  
Arbeitgeber und Versicherten getrennt aufzustellen sind, müssen von  
mindestens fünf Wahlberechtigten der betreffenden Gruppe (Arbeitgeber...  
Versicherte...) unterzeichnet sein. Jeder Wahlvorschlag darf nicht mehr  
Bewerber nennen, als Vertreter und Erfahrmänner der betreffenden Gruppe  
zu wählen sind. Die einzelnen Bewerber sind unter laufender Nummer  
aufzuführen, welche die Reihenfolge ihrer Benennung ausdrückt, und nach  
Familien- und Vor- (Nah-) Namen, Beruf und Wohnort zu bezeichnen. Bei  
Versicherten ist auch der Arbeitgeber, bei dem sie beschäftigt sind, anzu-  
geben. Als Vorgesetzter gilt nur derjenige, der bei Einreichung der  
Liste seine Berechtigung zur Annahme der etwaigen Wahl durch Unter-  
schrift auf der Liste erklärt hat. Bei den Wahlvorschlägen der Arbeitgeber  
ist eine solche Erklärung nur insoweit erforderlich, als der zur Wahl vor-  
geschlagene Arbeitgeber nach § 17 der Reichsversicherungsordnung zur Ab-  
rechnung der Wahl befugt ist.

In jedem Wahlvorschlag ist ferner ein Vertreter des Wahlvorschlags  
und ein Stellvertreter für ihn aus der Mitte der Unterzeichner zu be-  
zeichnen. Ist dies unterblieben, so gilt der erste Unterzeichner als Vertreter  
des Wahlvorschlags und, soweit eine Reihenfolge erkennbar ist, der zweite  
als sein Stellvertreter. Der Wahlvorschlagsvertreter ist berechtigt und ver-  
pflichtet, dem unterschriebenen Kommissar, Versicherungsamt, Klosterstr. 65/67,  
Aufgang C, 3 Treppen, Zimmer 54, die zur Befreiung etwaiger Angehöriger  
erforderlichen Erklärungen abzugeben.

Die eingereichten Wahlvorschläge werden nach der Reihenfolge ihres  
Einganges mit Ordnungsnummern versehen. Der Wähler kann nur einen  
solchen Stimmzettel abgeben, der die Ordnungsnummer einer der Wahl-  
vorschläge enthält.

Die Wahlvorschläge können nach ihrer Zulassung bei der Geschäftsstelle  
der Kasse eingesehen werden.

Wähler sind nur volljährige Versicherte deutscher Staatsangehörigkeit.  
Nichtwähler ist:

1. wer infolge strafgerichtlicher Verurteilung die Fähigkeit zur Be-  
treibung öffentlicher Ämter verloren hat, oder wegen eines Verbrechens  
oder Vergehens, das den Verlust dieser Fähigkeit zur Folge haben kann,  
verurteilt wird, falls gegen ihn das Hauptverfahren eröffnet ist;
2. wer infolge gerichtlicher Anordnung in der Verfügung über sein  
Vermögen beschränkt ist.

Jeder wahlberechtigter noch wählbar sind Versicherungspflichtige, die  
Mitglieder einer Klasse sind und deren eigene Rechte und Pflichten auf  
ihren Antrag ruhen.

Auskunft über die Wahlberechtigung kann jedes Mitglied durch Ein-  
sichtnahme des Mitgliederverzeichnis bei der Geschäftsstelle der Kasse,  
Engelauer 15, erhalten. Etwaige Einprüche gegen die Richtigkeit der  
Wahlberechtigung sind bei Vermeidung des Ausschusses bis zum  
4. April 1914 bis nachmittags 2 Uhr unter Beifügung von Bewei-  
smitteln bei dem unterschriebenen Kommissar einzulegen.

Die Wahlhandlung leitet ein Wahlprüfungsamt, der aus dem unterzeich-  
neten Kommissar als Vorsitzenden und je einem weiteren Mitgliede aus  
der Gruppe der Arbeitgeber und der Versicherten besteht. Bei der Wahl-  
handlung ist der Wahlprüfungsamt befugt, die Wahlberechtigung der Wähler zu  
prüfen. Es empfiehlt sich daher, einen Ausweis hierüber (Leistungsbuch,  
Bescheinigung des Arbeitgebers u. dergl.) mitzubringen.

Zum Wahlraum haben nur die wahlberechtigten Arbeitgeber und Kassen-  
mitglieder Zutritt.  
Das Ergebnis der Wahl wird alsbald von dem unterschriebenen Kom-  
missar gemäß § 75 der Statuten bekanntgegeben. Alle weiteren auf  
die Wahlen sich beziehenden Bestimmungen ergeben sich aus der Satzung  
und der dieser angehängten Wahlordnung.

Der unterschriebene Kommissar stellt in Vertretung des Kassenvorstandes  
nach eingehender Ermägung und unter Berücksichtigung der in Betracht  
kommenden Verhältnisse einen Wahlvorschlag auf, welcher in dem Kassen-  
saal, Engelauer 15, von 9 bis 11 Uhr vormittags, und in dem Geschäfts-  
zimmer der Innung, Dammstr. 11, I, von 8 bis 1 Uhr vormittags, zur  
Einsichtnahme onliegt.

Es wird darauf hingewiesen, daß, wenn nur ein Wahlvorschlag vor-  
handen ist, gemäß § 9 der Wahlordnung die vorgeschlagenen dieser Liste  
— ohne Stimmabgabe — als gewählt gelten, so daß für die in Betracht  
kommende Gruppe eine Wahl nicht vorzunehmen ist.

Berlin, 6. März 1914. 269/30  
**Koepfen,**  
Kommissar für die Einrichtung der Innungs-Krankenkasse der Juwelier-,  
Gold- und Silberschmiede- (Zwangs-) Innung, Berlin.

**Wo? ist der schönste Ausflugsort?**  
Immer noch **Pichelswerder,**  
an der neuen  
Geeststraße bei n. Alten Freund.

### Steinarbeiter!

Tonnerstag, den 12. März, abends 8 1/2 Uhr:  
**Kombinierte Versammlung**  
in den Arminhallen, Kommandantenstraße 58/59.

Tagesordnung:  
1. Stellungnahme zum Verbandstage und zur Gan-  
skonferenz. 2. Wahl der Delegierten. 3. Bericht über  
den gegenwärtigen Stand unserer Lohnbewegung.  
Die Kollegen beider Sektionen sind verpflichtet, zu erscheinen.  
Die Ortsverwaltung.

### Arbeiter-Bildungsschule.

Sonntag, den 15. März, abends 7 Uhr, im großen  
Saale des „Gewerkschaftshauses“, Engelauer 15  
**Großer Lichtbilder-Vortrag**  
des Genossen Emil Reuter über  
**Die Entstehung der Gebirge.**  
Eintritt 40 Pf. Garderobe frei.  
Nach dem Vortrag: Gemütliches Beisammensein und Tanz.

### TYPOGRAPHIA

Freitag, den 13. März, pünktl. 9 Uhr, im Klubhaus, Chomstraße  
**Außerordentliche Sängerbesprechung.**  
Das Erscheinen sämtlicher Sänger ist unbedingt erforderlich.  
Der Vorstand.

### Allgemeine Orts-Kranken- kasse für Berlin-Lichterfelde.

Wittwoch, den 18. März 1914,  
abends 8 1/2 Uhr, im großen  
Rathausaal, Berlin-Lichterfelde,  
Schillerstr. 32:

### Außerordentliche Ausschusssitzung.

Tagesordnung:  
1. Wahl des Ausschussvorsitzenden.  
2. Veränderung der §§ 22, 46, 49 und  
60 der Satzung. 3. Verfassungswesen.  
Etwaige Wünsche und Beschwerden  
bittet der Vorstand 3 Tage vor der  
Versammlung schriftlich einreichen zu  
wollen, damit das einschlägige  
Material zur Stelle geschafft werden  
kann. 200/19  
Berlin-Lichterfelde, 10. März 1914.  
Der Vorstand.  
Max Lengenfeld, Vorsitzender.

### Heines Werke

3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

### Bismarck - Bismarck!



Bevorzugt zu haben in Flaschen von 10 Pf.  
Fabrik: Chemische Werke Lubinsky & Co.  
Aktien-Gesellschaft, Berlin-Lichtenberg

## Möbel

Spottbillig

und trotzdem auf Teilzahlung

<b>Komplette Einrichtungen</b>	schon von <b>300</b> Mark an	Anzahlung schon von <b>20</b> Mark an
Moderne Küchen von 60 M. an	Anzahlung von 5 M. an	Einzelne Möbel von 3 M. an

M. Glogau

Alte Jakobsstraße 73

Ecke Dresdener Straße

Auf  
Kredit
Auf  
Kredit

# Garbáty

## Cigaretten

  
  

# Qualität

Gewerkschaftliches.

Die Heimkehr der Verbannten.

Aus London wird uns unterm 9. März geschrieben:

Der große Kampf der englischen Arbeiterschaft gegen das Gewaltregiment in Südafrika ist von London in alle Teile des Landes getragen worden. Die neun Deportierten haben sich nach Nord, West, Ost und Süd zerstreut, in Southampton, Cardiff, Manchester, Bradford, Newcastle und vielen anderen Industriezentren werden enorme Demonstrationen abgehalten, in denen die Deportierten sprechen. Ueber das nächste Ziel des Kampfes herrscht nicht die geringste Unklarheit: die Deportierten müssen trotz Indemnitätsgesetz nach Südafrika zurückkehren und dort als freie Männer im Interesse der Arbeiterschaft weiterwirken.

Einer der Deportierten, der Genosse J. T. Bain, der Präsident des Gewerkschaftsverbandes des Transvaal, hat sehr bemerkenswerte Äußerungen darüber getan, welche Schritte geplant werden, um das Ziel zu erreichen. Zunächst werden bereits Vorbereitungen getroffen, um eine Arbeiterdeputation aus Vertretern der Arbeiterbewegung in allen Teilen des britischen Reiches — Großbritannien, Kanada, Australien und Neuseeland — bestehend, an die Regierung von Südafrika zu entsenden und sie zu ersuchen, die Deportationen zu widerrufen.

Sollte dieser Versuch ohne Erfolg bleiben, dann sind die Deportierten entschlossen, nichtsdestoweniger nach Südafrika zurückzukehren. Und zwar werden sie Mittel und Wege finden, am 5. Juli in Johannesburg zu sein. Das ist nämlich die erste Wiederkehr des blutigen Sonntags von Johannesburg. Die Gewerkschaftsorganisationen von Südafrika haben nämlich so gut wie beschlossen, diesen Tag zum Andenken der erschossenen Arbeiter als einen nationalen Feiertag zu betrachten und einen Demonstrationzug nach dem Friedhof zu veranstalten. Bei dieser Demonstration, erklärt Bain zuverlässig, werden die Deportierten anwesend sein. Sollten sie dann verhaftet werden, dann werden alle Gewerkschaften wahrscheinlich den Generalstreik erklären. Bain hält es noch seinen Gesprächen mit englischen Arbeiterführern für ganz möglich, daß ein solcher Generalstreik in Südafrika auch das Signal zu einem Demonstrationsstreik in Großbritannien werden wird.

Tom Mann ist am Sonnabend nach Südafrika abgefahren, und obgleich er keine englische Arbeiterorganisation offiziell vertritt, wurde seine Abfahrt von London zum Anlaß einer begeisterten Demonstration vor dem Bahnhof gemacht, an der 5000 Personen teilnahmen und Danbury, Viktor Grayson und Ben Tillet Ansprachen hielten. Das ist ein neuer Beweis dafür, wie sehr die südafrikanischen Ereignisse die Geister in England ergriffen haben. Bain äußerte sich zur Reise Tom Manns dahin, daß sie nur Gutes wirken könne, wenn Mann sich an die Wünsche des südafrikanischen Gewerkschaftsverbandes halten wird, was er wohl tun werde. Viel besser wäre es allerdings gewesen, meint Bain, wenn die englische Gewerkschaftsbewegung und die Arbeiterpartei selber regelrecht gewählte Vertreter nach Südafrika geschickt hätten; er hoffe, daß dies noch geschehen werde.

Bain machte auch einige interessante Mitteilungen über die Vorgeschichte und Charakter des Kampfes in Südafrika. Die Regierung wollte mit ihrer Gewalttätigkeit nicht den Syndikalismus, der in Südafrika nicht existiert, sondern den Sozialismus treffen. Es konnte keinem Zweifel unterliegen, daß die südafrikanische Gewerkschaftsbewegung immer stärker mit sozialistischem Geiste erfüllt worden sei, insbesondere im Transvaal. Infolgedessen hat die Gewerkschafts-

bewegung in Südafrika auch einen etwas anderen Charakter als die englische Gewerkschaftsbewegung.

Die südafrikanischen Gewerkschaften fordern von der Regierung, daß sie eine Art Staatssozialismus einführe, um den üblen Folgen der Ausbeutung der Goldminen für privaten Profit zu steuern. Wir verlangen, jagte Bain, daß die Regierung staatliche Minen in Betrieb setze, in denen ausschließlich weiße Arbeiter beschäftigt werden sollen, damit der fürchtbaren Vernichtung von Leben und Gesundheit in den Minen Einhalt geboten werde.

In bezug auf die Staatseisenbahnen fordern wir, daß die Leitung einem Ausschuß übertragen werde, der zur Hälfte aus Vertretern der Regierung, zur Hälfte aus Vertretern der Arbeiter bestehen soll. Das ist nicht Syndikalismus, aber es ist das einzige, was dem General Smuts einen Grund dazu gegeben haben kann, von einer syndikalistischen Agitation zu sprechen.

Die Antwort der Deportierten.

London, 10. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Die Erklärung, die General Smuts gestern im Unionsparlament bei der dritten Lesung der Indemnitätsgesetz abgab und worin er sagte, daß es keineswegs beabsichtigt sei, die Arbeiterführer dauernd zu verbannen, und daß, wenn die deportierten Führer zurückkehren wollten, sie eine die Minister befriedigende Erklärung abgeben müßten, wonach sie dann nach den Bestimmungen des Einwanderungsgesetzes behandelt werden würden, wird in Südafrika wie hier als ein unverkennbarer Rückzug der südafrikanischen Regierung angesehen, die wohl dem Druck der Reichsregierung nachgegeben hat. Es scheint, als ob man beabsichtige, die Verbannung wie ein Schwert des Damokles über den Arbeiterführern schweben zu lassen. Die Deportierten finden Smuts Erklärung lächerlich. Genosse Poutsma erklärte, daß die Deportierten nicht die geringste Reigung verspürten, sich durch Entschuldigungen Eintritt in Südafrika zu verschaffen. Sie hätten kein Verbrechen begangen, und wenn doch, so sollten ihre Segner sagen, was es sei und sie vor Gericht stellen. Die Deportierten erwarten, daß noch mehr Druck auf die südafrikanische Regierung ausgeübt werde und sie verlassen sich auf die britische Arbeiterbewegung, von der sie bisher so prächtig unterstützt wurden.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Gummiarbeiter! Der Streik in der Norddeutschen Gummiabrik (Abteilung Formerei) dauert fort. Nicht ausgeschlossen ist es, daß auch andere Abteilungen der Firma engagiert werden, und ersuchen wir deshalb, alle Arbeitsangebote von der Norddeutschen abzulehnen. Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands, Verwaltung Berlin, Engelshufer 15.

Achtung, Schuhmacher! Bei der Firma Ruppert, Nichtenberg, Frankfurter Chaussee 28, sind die Arbeiter, anscheinend wegen der kürzlich festgestellten Lohnhöhen, entlassen worden. In durch die Entlassungen offenbar die gemachten Zugeständnisse wieder illusorisch gemacht werden sollen, ersuchen wir die Kollegen, bevor sie dort in Arbeit treten, sich erst auf unserem Bureau, Engelshufer 14, erkundigen zu wollen. Zentralverband der Schuhmacher, Ortsverwaltung Berlin.

Deutsches Reich.

Die Ausföhrung in der Solinger Waffenindustrie.

Die Situation hat sich wenig geändert. Ueber 300 Ausgeföhrte und Streikende werden bis jetzt erst gezählt. Die Mehrzahl steht noch in Kündigung. Am Sonnabend beschloß eine Versammlung der Waffenarbeiter, daß die Organisationen sich um die Unterstützung der Unorganisierten nicht kümmern werden. Die von dem

Unternehmerverband herausgegebene schwarze Liste ist ein Unikum, sie enthält auch Namen verstorbenen und zum Militär eingezogener Arbeiter.

Die vier kleineren Waffenfabriken, die dem Konsortium der Unternehmerorganisation nicht angehören, haben sich bekanntlich der Aussperrung nicht angeschlossen. Diese kleineren Firmen sind augenblicklich sehr beschäftigt. Die größeren Firmen möchten die ihnen so unliebsame Konkurrenz gern beseitigen, sie wissen nur nicht wie.

Den Standpunkt der Unternehmer zu der Streitfrage, die den Streik veranlaßte, erhielt ein Schreiben, das der Industriearbeiterverband von der Unternehmerorganisation erhielt. Es heißt darin:

Wir teilen Ihnen bezüglich der von auswärts bezogenen Arbeit mit, daß sich die in erster Linie in Betracht kommende Firma Karl Eschborn nach den angestellten Ermittlungen in einer Notlage befindet, weil die hiesigen Arbeitskräfte nicht hingereicht haben, den Anforderungen zu entsprechen. Diese Selbsthilfe wird aber auch später stets den energischsten Schutz unserer Verbände finden. Denn es kann und darf keinem Fabrikanten zugemutet werden, sein Geschäft in dem stets gleichen Rahmen zu belassen und mit der systematischen Einschränkung der Arbeitskräfte sowie der willkürlichen Zurückhaltung des Nachwuchses rechnen zu müssen.

Der letzte Absatz des Schreibens bezieht sich auf die Bestimmung in den Satzungen der Waffenarbeiter, wonach jeder Waffenarbeitermeister nur eine bestimmte Zahl von Lehrlingen annehmen darf. Die Fabrikanten wollen aus naheliegenden Gründen ein Ueberangebot von Arbeitskräften in der Waffenbranche haben.

In Suhl und Umgegend werden durch Meister Arbeiter für die Solinger Firmen gesucht.

Arbeitslosen-Demonstration.

Frankfurt a. M., 10. März. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Zu einer großen Arbeitslosendemonstration kam es heute. Der Anlaß war die Weigerung des Magistrats, die Arbeitslosenunterstützung weiter zu zahlen, trotzdem die Stadtverordnetenversammlung dies beschlossen hatte. Bereits am Vormittag fand eine von vielen Tausenden besuchte Protestversammlung im Gewerkschaftshaus statt, in der aufs schärfste gegen das Verhalten des Magistrats protestiert wurde. Am Nachmittag hatten sich viele Arbeitslose vor dem Römer eingehunden, in dem gerade eine Stadtverordnetenversammlung stattfand, um dem Magistrat begreiflich zu machen, daß es noch unzählige Arbeitslose gibt. Dies war die Veranlassung für die Polizei, mit einem großen Schußmannaufgebot anzurücken und den ganzen Römerberg abzusperren, damit dem Magistrat der Anblick der Arbeitslosen erspart bleibe. Ein großes Aufgebot von Schußleuten zu Fuß und zu Pferde hatte die Arbeitslosen in die Seitenstraßen zurückgedrängt.

Nachklänge zum Werftarbeiterstreik.

Am 8. und 9. März tagte in Hamburg der Gauag der Gewerkschaften im Holzarbeiterverband. Ueber den Kampf der Werftarbeiter wurde eine vielstündige Debatte geführt, in der die Delegierten sich teils für, größtenteils aber gegen die Haltung des Vorstandes erklärten. Der Vertreter des Hauptvorstandes gab eine ausführliche Schilderung der Vorgänge und verteidigte die Maßregeln des Vorstandes, der auf den Besten nur 8 Proz. der Organisierten vertrete und den Kampf mithin nicht ausschlaggebend habe beeinflussen können.

Die an den Verbandstag gerichteten Anträge auf Abänderung des Statuts wurden bis auf einen Antrag von Bremen abgelehnt. Der angenommene Antrag bezweckt, daß dem Schluß des § 50 die Fassung gegeben wird:

„Dem Beauftragten des Vorstandes ist in Abwesenheit desselben auch der Gauvorsteher gleich zu errichten. Dem Vorstand obliegt die Pflicht, die Weiterführung einer ordnungsgemäß eingeleiteten Lohnbewegung aus den Mitteln der Hauptklasse zu unterstützen. Streikende, welche sich den Anordnungen des Vorstandes oder seines Beauftragten nicht fügen, kann die Unterstützung verweigert oder entzogen werden. Diese Anordnung tritt nur in Kraft, wenn grobe Verstöße gegen die Bestimmungen des Statuts, unrichtige Berichterstattung, zuwiderhandelnde Bestimmungen oder lässige Handhabung der Streikführung und sonstigen notwendigen Geschäfte bei einer Lohnbewegung nachgewiesen werden.“

Kleines Feuilleton.

Der Deutscher. Die „Post“ hat eine Umfrage veranstaltet, wie ihre Abonnenten über den Gehaltstreik dächten. Der eine Abonnent war verreist, der andere mochte nicht antworten, aber der dritte, der dritte hat sich geäußert.

Der Mann ist Beamter und hat fünf Kinder. Fünf. Für eine Einschränkung der Kinderzahl ist er nicht zu haben, das heißt, was die Theorie in ihrer stillen Tragweite angeht. Vom wirtschaftlichen Standpunkt muß er leider zugeben, daß eine Einschränkung nottut. Und wie er nun dabei die Existenz seiner unglücklichen fünf Wärmer beschreibe, die auch einmal Beamte werden, das lohnt gehört zu werden.

Säßigkeiten bekommen sie nicht, es sei denn zu Weihnachtsen. Ein Theater besucht die ganze Familie nie. Sport treiben die Kinder nicht. Dafür gehen sie aber früh zu Bett. Mit dem Reifen hapert. Jedes zweite Wort heißt Müdigkeit. Aber es ist nicht die selbstgenügsame Müdigkeit. Es ist der knappe Dassel.

Und dieser Mann hat noch lange nicht aufgehört, sich zu vermehren. Wir werden sicher noch oft gratulieren dürfen. Und das ist ein Leben, werden die Wöchner der „Post“ sagen, das uns wohlgefällt. Keine Ausschweifungen, keine solchen Dinge wie Sport, der ja als Apitulationsmittel gelten mag, aber sonst. . . Nichts davon. Sondern ein nettes, stumpfsinniges Dabingegittern. Bureau, Mittagessen, Bureau, Abendessen, gute Nacht! Und wenn es schon war, so ist's Ruhe und Arbeit gewesen.

Alles, weil dieser erwachsene Mensch unvernünftig ist und sich einen Karnidelfall voll Kinder anschafft.

Und gleich dahinter kommt der rührende Woffschrei einer Beamtenfrau, und hier geht die „Post“ in bürgerlicher Führseligkeit sammeln. Für Eingefälle waren diese Kräuter noch immer zu haben. Doch die Beamtenfrau, — Mann krank, zweites Kind unterwegs, — noch einen günstigen Tip darstellt, aber niemals eine Ausnahme, will ihnen nicht in den Kopf.

Eine Mondfinsternis wird in der Nacht vom 11. zum 12. März eintreten. Mondfinsternisse treten bekanntlich nur zur Vollmondzeit ein, weil dann der Mond der Sonne gegenübersteht, so daß wir die volle beleuchtete Scheibe sehen würden, wenn nicht gerade zu dieser Zeit der Schatten der Erde störend dazwischen träte. Die Verfinsternung wird allerdings nicht vollständig sein, nur etwa neun Zehntel der Mondscheibe werden zur Zeit der größten Bedeckung von dem Kernschatten der Erde getroffen. Das Licht des noch übrig bleibenden Zehntels wird durch den darüber hinwegstreichenden Halbschatten sehr geschwächt werden. Wissenschaftliche Bedeutung haben solche Finsternisse nicht, doch gewinnen sie durch die beachtenswerten Farbenscheinungen, die durch die Brechung der Sonnenstrahlen in der Erdatmosphäre erzeugt werden, Interesse. Vermutlich werden nicht viele in die Lage kommen, das Naturschaupiel zu bewundern, weil es sich erst in den Stunden kurz vor Sonnenaufgang abspielt. Der Kernschatten trifft den Mond erst um etwa 3 1/2 Uhr, die Rüte der Verfinsternung tritt erst kurz nach 5 Uhr ein.

Kunst.

Deutsche Landschaftsmaler. Bei Eduard Schulte kann man drei Landschaftsmaler kennen lernen: Lesser Uth, Friedrich Kallmorgen und Hans Thoma. Uth und Kallmorgen haben das gemein, daß sie früher, in den 80er Jahren und noch ein wenig später, wesentlich besser malten als heute. Sie standen damals beide unter französischem Einfluß; der große Landschaftler des schwarzen Grüns, Courbet, war es, der besonders auf sie gewirkt hatte. Auch Munkacz, der Ungar, der vielen Deutschen die Raffiniertheit der französischen Impressionisten vermittelte, hat Uth wie Kallmorgen angeregt und gefördert. Man sieht das ganz genau an einigen dieser frühesten Bildern Kallmorgens, die in einem schwärzlichen Grau zu schwimmen scheinen, und die den Regen wirklich sucht, die Härte der Dinge aber von schmiegamer Luft umspinnen zeigen. Auch Uth, der neben Max Liebermann auf den holländischen Wiesen stand, malte vor dreißig Jahren einen schönen einheitlichen Ton, ein zähes Braun, ein Grau und ein Schwarz, wodurch alles Gegenständliche in die Atmosphäre des Malerischen entrückt wurde. Uth fühlte sich in jenen glücklichen Entbederzeiten so sicher und stetig gewiß, daß er noch heute, wenn er davon erzählt, die Meinung hat: er hätte es, wenn alles gerecht zugegangen wäre, zum Ruhme Max Liebermanns bringen müssen. Darin irrt er sich nun. Uth war schon damals wesentlich ungelinder, grüblerischer, melancholischer, weniger arbeitsfroh und vor allem viel phantastischer und damit von vornherein ungesunder als Liebermann. Die Entwicklung, die Uth nahm, mußte notwendig zum Verfall führen; er ließ sich von einem national-jüdischen Pathos überwältigen: er wurde schwül, freischend, hysterisch. Die Landschaft, wie er sie heute malt, ob das nun der Gardasee ist oder die Mark, scheint in giftigen Ozonen, in Grünspan und Kupferwitriol, extrinieren zu sollen; sie hat etwas Leichenhaftes, zugleich etwas Theatralisches. Ganz ähnlich steht es um den heutigen Kallmorgen; auch er wurde bunt und grell, er verlor das tonig Melodische, er vergaß den Maler und wurde ein gefälliger Illustriator. Das sind so Schicksale.

Wenn aber einer ein Kerl ist von grundauf, mit Wurzeln, die in die Tiefe fassen, mit einem Willen, der den Sturm besiegt und dennoch der zwecklosen Heiterkeit des Kindes sich gern hingibt, wenn einer wie Hans Thoma ist, dann kann er getrost allerlei Laster haben, er wird dennoch bestehen. Gegen Thoma läßt sich viel sagen: seine Deutschhimmel sind peinlich, seine großväterliche Moralität krankt uns Jünger — indessen: in allen seinen Bildern regt sich ein Instinkt für das Keimen und Knospen, für das Grünen und Blühen der Pflanzen, für das Knospen der Rüste und das Segeln der Wolken. Handwerklich angelehnt, hat Thoma zu allen Zeiten ein wenig buchstäblich; er hat sich unendlich oft verzeichnet, er ist meist hart, ungeschickt und hilflos. Aber die Bäume, die er gestaltet, sie tauschen, und selbst die Habeltiere, die er erfundet, haben ein gefälliges Leben. Gemisch: Dürer war größer als dieser Nachkömmling; aber man möchte den verspädeten Thoma doch nicht missen. rbr.

Humor und Satire.

Was seiner in Albanien war!

Mit nachstehender Rede hätte, wie „Daddy“ im „Journal“ meint, der Fürst von Albanien bei seinem Einzug von dem Sprecher der Schöpietaren begrüßt werden können:

„Kajestät! Die edle Stadt der Schöpietaren heißt Dich willkommen. Du bist jung, groß, kräftig. Du gefällst uns. Wir wünschen, daß Du so selten wie möglich in die Lage kommen mögest, in unseren Bergen, wo die Panzerschiffe Dir gar nichts nützen würden, von der Kraft Deiner Arme Gebrauch zu machen. Und nun wirst Du wohl nichts dagegen haben, daß ich Dir als Haupt der Edlen des Landes die Wünsche meiner Landsleute unterbreite. Du sollst die christliche Religion aufgeben und den muslimanischen Glauben annehmen. Du sollst keinen Wein trinken und die von Mohammed vorgeschriebenen Fasttage halten. Die Königin soll ihr Gesicht verhehlen, im Harem mit unter der Obhut ihrer Eunuchen bleiben, und Du sollst ihr fünf junge Mädchen aus den vornehmsten Schöpietarenfamilien, die Du zu Deinen Frauen machen sollst, als Gespielinnen begeben. Im übrigen aber wirst Du gut tun, in Deinem Palaste zu bleiben und Dich so wenig wie möglich um Staatsangelegenheiten zu kümmern. Da Dir die Großmächte eine Bülliste verbürgt haben, brauchst Du wirklich nicht bei Nacht Deine holländischen Gen darmen an Kreuzwegen und Straßenecken aufzustellen, damit sie die Steuern eintreiben. Das Leben ist hart in unserem Lande. Unsere Weiber arbeiten viel. Was wir erübrigen können, wird in Waffen, Munition und Tabak angelegt. Du wirst wohl nichts dagegen haben, daß wir, wie früher, so auch jetzt Rechtspflege, Polizei und Landesverteidigung selbst in die Hand nehmen. Deine Kinder darfst Du so erziehen, wie die Fürstentümer an den europäischen Höfen erzogen zu werden pflegen. Du wirst aber die Güte haben, uns die Kinder täglich für zwei Stunden anzubetrachten: sie sollen sich mit der Schöpietarenjugend bekannt machen um sich möglichst rasch von westeuropäischen Vorurteilen zu befreien. Und endlich ersuchen wir Dich noch, Albanien mit den Segnungen der europäischen Zivilisation, als da sind: Elektrizität, Automobil, französische Küche und ähnliches gefälligst zu versehen.“

Notizen.

— Vorträge. Der Japaner Sh. Chiba, der bereits früher in der Utrania sprach, wird dort am Freitag einen Vortrag über „Geisha, Theater und Blumenkalendar in Japan“ halten, wozu er zahlreiche Lichtbilder und Kinematogramme zeigt.

— Moderne Wilderstätter. Dienstagvormittag wurde in der Londoner Nationalgalerie die Venus des Velasquez durch einen kleinen Schnitt mit einem kleinen Beil oder einem Messer schwer beschädigt. Die Täterin wurde verhaftet; sie wollte mit ihrer Tat gegen die Vorenthaltung des Frauenstimmrechts protestieren. Sie erklärte vor dem Polizeigericht: Ich habe versucht, das Bild der schönsten Frau der Mythologie zu zerstören, um gegen die Negierung zu protestieren, die Mrs. Pankhurst vernichtet, die der schönste Charakter der modernen Geschichte ist.

Vor Inkrafttreten dieser Anordnung hat seitens des Vorstandes eine Veranbarung oder Unterfertigung zu erfolgen."

Außerdem wurden folgende Resolutionen angenommen:

Der Gantag kann sich mit den Maßnahmen des Hauptvorstandes während der Werftarbeiterbewegung nicht einverstanden erklären. Insbesondere muß dagegen protestiert werden, daß die Mitglieder unter Androhung der Entziehung der Streikunterstützung durch die Arbeitsschlichter gezwungen wurden. Wir hoffen, daß in Zukunft derartige, die Organisation schädigende Maßnahmen unterbleiben.

Der Gantag beschließt: Da die Lohnbewegung auf den Schiffswerften eine eingehende Aussprache auf dem Verbandstage notwendig macht und es im Interesse der Beteiligten einerseits und im Interesse des gesamten Verbandes andererseits liegt, die verschiedenen Meinungen über den Werkskampf zu klären, ist die Werksbewegung gelöst zu behandeln.

Der Verbandstag gibt seine Zustimmung, daß ein Referat und ein Korreferat gehalten wird. Der Gau Hamburg schlägt D a m m e r s - Breiten als Korreferenten vor.

Der Gantag beauftragt den Haupt- und Gantagvorstand, dafür zu sorgen, daß in Zukunft von der Zentralwerkstättenkommission sämtliche Mundschreiber, welche bisher nur an die Vorsitzenden der Ortskommissionen geschickt wurden, an alle Ortsverwaltungen der in Frage kommenden Gewerkschaften geschickt werden, um die Verhältnisse, welche bei der letzten Bewegung zutage traten, zu verhindern.

## Aus Industrie und Handel.

### Schiffahrtssubventionen.

Bei der Erörterung der Differenzen zwischen Dapag und Lloyd äußerte sich Herr Ballin, der Generaldirektor der Dapag, vor einem Jahre dahin, daß staatliche Unterstützungen der Entwicklung der privaten Schiffahrtsindustrie nur schädlich seien. Da seit kurzem eine enge Interessengemeinschaft zwischen Dapag und Lloyd besteht, fühlt sich nun der Lloyd bezogen, wenigstens auf einen Teil der bisher bezogenen Subventionen zu verzichten. Der Geschäftsbericht des Lloyd teilt dazu mit:

Bezüglich der ostasiatischen Hauptlinie haben wir uns der Reichsregierung gegenüber bereit erklärt, diesen Dienst in der bisherigen Weise ohne Zahlung einer Beihilfe fortzuführen. Dieser neue subventionslose Betrieb wird sich auf ein vertragmäßiges Verhältnis mit der Regierung, allerdings zu entsprechend freieren Bedingungen, stützen. Außerdem stellt diese neue Regelung nur einen Versuch dar, der auf die Dauer von fünf Jahren beschränkt ist. Innerhalb dieser Zeit wird sich ein festerer Anteil darüber bilden lassen, ob ein Interesse des Deutschen Reiches sowohl wie unserer Gesellschaft entsprechender Dienst nach Ostasien sich in der Tat und auf die Dauer ohne einen Reichszuschuß ausführen läßt. Dagegen dürfte unsere australische Hauptlinie, die unter dem bestehenden Vertrage dauernd mit großem Verlust gearbeitet hat, ganz fortfallen, da nach den bisherigen Erfahrungen in dieser Fahrt für ihre unbedingt erforderliche Ausgestaltung zu erheblich erhöhten Beihilfen des Reiches notwendig wären, daß ihre Bewilligung nicht erwartet werden kann. Lediglich für die Verbindungen, die mit den deutschen Besitzungen in der Südsee im Anschluß an die Hauptlinien von uns bisher unterhalten sind, wird die Fortzahlung eines Reichszuschusses in Frage kommen."

Die Versicherung Ballins lautete damals so meingedrückt ablehnend, daß der Reichstag wird eingehend nachprüfen müssen, ob nicht auch bei den letztgenannten Linien Unterstützungen entbehrlich sind.

### Rückgang des Viehstandes in Nordamerika.

Die bekannte Tatsache, daß die Viehzucht in Nordamerika stagniert und die Fleischlieferung daher recht unangenehm wirkt, wird durch eine Statistik der Ackerbauabteilung der Regierung zu Washington bestätigt. Danach waren in den Vereinigten Staaten von Amerika am 1. Januar 1914 auf den Farmen und den Weidenplätze insgesamt 190 655 000 Stück Vieh vorhanden, 1,8 Prozent weniger als am 1. Januar 1913 und 5 Prozent weniger als zu Beginn des Jahres 1912. Der Wert des vorhandenen Viehes war dagegen erheblich höher als in den Vorjahren: er betrug 5801 Millionen Dollar und war größer um 7 Proz. gegenüber 1913, um 17,6 Proz. gegen 1912 und um 20 Proz. gegen 1910. Gegen Anfang 1913 war die Steigerung der Rindvieh bei Milchschafen (9 Proz.) und anderem Rindvieh (5 Proz.). Ein Preisrückgang wurde dagegen bei Jungtieren (Pferden und Maultieren) beobachtet.

Außenhandel im Februar. Nach dem Februarantrieb für einige wichtige Waren ist die Einfuhr im Februar d. J. gegen den gleichen Monat des Vorjahres erheblich gesunken bei Steinölen, Braunkohlen, Erden, Kieseisen, Trägern, Hornsteinen, Schienen, Wolle, Felle und Hanf. Das sind deutliche Zeichen des Konjunkturrückgangs auch außerhalb Deutschlands. Die Ausfuhr ging ebenfalls zurück bei Fleisch, Holz, Wolle, Kieseisen, Trägern.

## Soziales.

### Unberechtigter Entlassung.

Ein Reparaturmeister der Firma Ruhne war plötzlich entlassen worden, weil er sich Brillengläser widerrechtlich angeeignet und außerdem den Geschäftsführer Vloch beleidigt haben sollte. Er klagte deshalb gestern vor dem Gewerbegericht auf 90 M. Lohnminderbürgung wegen Nichterhaltung der Kündigungsfrist. Einem Kollegen des Klägers war von der Firma die Erlaubnis gegeben worden, eine Brille zu tragen und dazu ein Gestell der Firma zu benutzen. Dem Kläger lag die Verhütung der Gläser ob, und er hielt sich für berechtigt, passende Gläser für die Brille des Kollegen bei der Zentrale zu bestellen. Der Geschäftsführer unterzeichnete den Bestellchein, bemerkte aber bei der Lieferung, daß keine entsprechende Reparatur vorhanden war und warf dem Kläger vor, er habe einen Diebstahl begangen wollen. Der Kläger vermahnte sich mit den Worten: "Wenn das ein Diebstahl ist, dann ist manches auch einer." Darin erblühte der Geschäftsführer einen gegen sich gerichteten beleidigenden Vorwurf der Unrechtheit.

Das Gericht nahm an, daß sich der Kläger für berechtigt halten konnte, die Gläser zu bestellen. Seine Worte waren deshalb lediglich zur Abwehr eines ungerechtfertigten Vorwurfs gebraucht und deshalb ein Grund zur sofortigen Entlassung nicht gegeben. Es verurteilte die Beklagte zur Zahlung der geforderten Summe.

### Städtische Schlämpererei in Köln.

Den Herrschaften, die soviel über sozialdemokratische Miswirtschaft in Kommunen und Anstalten wissen, zu erzählen wissen, sei ein Prozeß über bedeutende Unterschüsse in der städtischen Sparkassenkasse zu Köln-Denz vor Beachtung empfohlen. Der jetzt das Schöffengericht in Köln beschäftigte, der Kapitän Kleinjohann hand unter der Anlage, 15 235 M. unterschlagen zu haben. Obwohl Kleinjohann als Kapitän nicht die geringste Beamtenbefugnis hatte, konnte er durch Anlage von fingierten Sparkassenbüchern und ähnliche Schwindelweisen drei Jahre lang die Sparkassenkasse betrügen, bei der er beschäftigt war. Der Angeklagte gab zu seiner Unterschuldung unwiderprochen an, im ganzen Bureau habe das Geld zu Tausenden herumgelegen. Es sei schon vorgekommen, daß abends nach Schluß die Geldkassette neben dem Geldschrank gestanden habe. Der Betrüger wurde zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, aber die Hauptschuld trifft die Schlämpererei in der betreffenden Kasse, was auch die Geschworenen durch Zustimmung mildernder Umstände zum Ausdruck brachten.

Obwohl Kleinjohann seit 7 Jahren in den Diensten der Stadt Köln stand, bezog er nur 1500 M. Gehalt. Dabei wurde ihm von seinem Vorgesetzten vor Gericht das Zeugnis ausgesprochen, daß er ein "tüchtiger, geschickter und williger Arbeiter" gewesen sei. In der Verhandlung der Stadt Köln, die nicht gerade selten unheimliche Aufmerksamkeit erregt, ist nicht ein einziger Sozialdemokrat.

## Gerichtszeitung.

### Eine Verzweiflungstat.

Die Tragödie einer Mutter bildete die Grundlage einer Strafsache, welche gestern das Schöffengericht des Landgerichts II unter Vorsitz des Kammergerichtsrats Rask beschäftigte. Die von Staatsanwalt Jüdel vertretene Anklage lautet auf Totschlag und richtet sich gegen die 29jährige Wirtschafterin Auguste Kordez aus Neuland, die von Rechtsanwalt Celsch vertreten wird.

Der Anklage liegt die erschütternde Tragödie einer jungen Mutter zugrunde, die fürchtete, von dem Vater ihres Kindes verlassen zu werden und dann in einem seelischen Depressionszustand, nachdem sie ihr fünf Monate altes Kind erstirbt hatte, sich selbst eine Kugel in den Kopf geschossen hat. — Die Angeklagte, welche die Tochter eines kleinen Beamten in Königsberg i. Pr. ist, hatte in ihrer Heimat den ein Jahr jüngeren Konteur Max Schiedebang kennen gelernt und war mit ihm ein Liebesverhältnis eingegangen, welches nicht ohne Folgen blieb. Zu dieser Zeit fuhr S. nach Berlin, um sich hier Arbeit zu suchen und dann die Angeklagte nachkommen zu lassen. Diese kam jedoch, da sie sich ihres Zustandes wegen in der Heimat genierte, schon nach einigen Monaten nach Berlin und suchte hier ihren in der Emser Straße in Neuland wohnhaften Väterling auf, der inzwischen eine Stellung als Konteur bei der Firma Siemens u. Halske gefunden hatte. Die beiden Leute mieteten eine kleine Wohnung, die sie mit Zahlungsmöbeln ausstatteten, für die Schiedebang wöchentlich 5 Mark zahlen mußte. Als dann das Kind zur Welt kam, reichte der geringe Verdienst des S. nicht aus, um die Lebensbedürfnisse zu decken. Schiedebang versuchte ständig, die Angeklagte zu bewegen, in ihre Heimat zurückzukehren; er erklärte ihr, daß er von Berlin aus für sie sorgen werde. Die K. weigerte sich, da sie nicht nur fürchtete, daß sich S. von ihr lossagen würde, sondern auch, weil ihre Mutter ihr geschrieben hatte, sie dürfe nur mit dem Transport zu ihr kommen. Hingegen wurde die Angeklagte mit Schiedebang führten dazu, daß die Angeklagte von einem melancholischen Zustand befallen wurde, der noch dadurch verstärkt wurde, daß sie mit dem Betrage, den sie von S. erhielt, nicht auskam und häufig Lagerung von schwarzem Kaffee und trockenem Brot leben mußte, und ferner, daß sich bei ihr Anzeichen einer zweiten Wutperiode bemerkbar machten. Nachdem Schiedebang nach einer geringfügigen Auseinandersetzung am Morgen des 18. Oktober zur Arbeit gegangen war, besuchte die Angeklagte ihre Nachbarin, eine Frau Meyer, der sie durch ihr verführtes Wesen auffiel. Am Abend, kurz bevor S. heimkehrte, hörte Frau M. aus der Wohnung der Angeklagten kommend die Detonation zweier Schüsse. Als man die Tür gewaltsam erbrach, bot sich den Eintretenden ein furchtbares Anblick. Auf dem Bett lag, die Leiche ihres Kindes im Arm, völlig blutüberströmt die Angeklagte. Als Schiedebang hinzukam, erklärte er weinend: "Hätte ich das gewußt, so hätte ich es nicht getan!" — Die schwerverletzte Angeklagte wurde sofort ins Krankenhaus geschafft, wo es sich ergab, daß sie sich zwei Kugeln in die Schläfe geschossen hatte. Nach ihrer Angabe hatte sie in der Verzweiflung erst das Kind mit einem Revolver erschossen und sich dann selbst das Leben nehmen wollen.

Vor Gericht machte die Angeklagte, die infolge der Schüsse halberblind ist, einen sehr demitleidenswerten Eindruck. Von dem Verteidiger Rechtsanwalt Celsch wurde darauf hingewiesen, daß es sich offenbar um eine in vorübergehender Bewußtseinsstörung verübte Verzweiflungstat handele. Die Geschworenen schlossen sich dieser Auffassung an und kamen zu einer Verneinung der Schuldfragen, so daß die Angeklagte freigesprochen wurde.

### Der Generalpardon vor dem Kammergericht.

§ 68 des Gesetzes, das den Wehrbeitrag betrifft, bestimmt: "Ist ein Beitragspflichtiger bei der Veranlagung zum Wehrbeitrag oder in der Zwischenzeit seit dem Inkrafttreten dieses Gesetzes bei der Veranlagung zu einer direkten Staats- oder Gemeindesteuer Vermögen oder Einkommen an, das bisher der Besteuerung durch einen Bundesstaat oder einer Gemeinde entzogen worden ist, so bleibt er von der landesgesetzlichen Strafe oder der Verpflichtung zur Nachzahlung der Steuer für frühere Jahre frei."

Die Frage, ob Angaben im Sinne dieser Vorschrift zur Anwendung des Generalpardons auch dann führen, wenn bereits ein Strafverfahren wegen Unterlassung der entsprechenden Angabe in einem früheren, noch nicht verjährtem Falle schwebt, hatte jetzt das Kammergericht zu prüfen.

Das Kammergericht stellte sich im Gegensatz zum Landgericht konstant in einer Strafsache gegen Wag auf den Standpunkt, daß beim Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen der zitierten Bestimmung der Generalpardon auch auf ein bereits schwebendes Strafverfahren Anwendung findet. Die Hauptsache wäre, daß noch keine Verurteilung wegen des früheren Verschweigens erfolgt sei zu der Zeit, wo der Angeklagte durch eine Angabe im Sinne des § 68 mit der Wahrheit über den fraglichen, früher verschwiegenen Posten herausrückte. Das landgerichtliche Urteil wurde aufgehoben und die Sache zu anderweiter Entscheidung an das Landgericht zurückverwiesen.

### Schuß vor Schülern.

Am August vorigen Jahres kam es in Tilsit in der Nacht zwischen dem Volkspolizeikommissar Schulz, mehreren Wächtern und einer Menschenmenge zu einem Zusammenstoß, wobei die Beamten mit blanker Waffe auf die Menge einbrachen. Angeklagt waren jetzt sechs Personen, die sich an den Vorgängen beteiligt hatten. Ein Angeklagter wurde vom Schöffengericht zu neun Monaten, zwei wurden zu je sechs Wochen, einer wurde zu zwei Wochen Gefängnis und einer zu 15 M. Geldstrafe verurteilt. Ein Guttempler sagte unter seinem Eide aus, der Polizeikommissar sei sinnlos betrunken gewesen! Ein anderer Zeuge meinte freilich, der Beamte sei nüchtern gewesen. Von den Beamten war niemand angeklagt.

### Ein Schmiegelderprozeß

beschäftigte gestern die 2. Strafkammer des Landgerichts I. Auf eine von dem "Verein gegen das Besteckunwesen" in Charlottenburg ausgegangene Anzeige hin hatte sich der Buchdruckereibesitzer David Stern wegen Vergehens gegen das Gesetz betr. die Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs vor dem Strafrichter zu verantworten.

Der Angeklagte hatte in mehreren Berliner Zeitungen Inserate folgenden Inhalts erlassen: "Angebotene haben hohen Nebenverdienst durch Nachverteilung von Druckaufträgen. (Diskretion.) D. Stern, Buchdruckerei." Auf diese Inserate hin meldeten sich aus allen Gegenden Deutschlands kaufmännische Angestellte, die bereit waren, sich die von dem Angeklagten angebotenen Schmiegelder zu verdienen. Um diesem unlauteren Treiben ein Ende zu bereiten, setzte sich der Generalsekretär des Vereins gegen das Besteckunwesen, Dr. Vohle, in der Rolle eines Angestellten eines größeren industriellen Unternehmens mit dem Angeklagten in Verbindung. Er erhielt den Beschluß, daß der Angeklagte für jeden durch ihn vermittelten und bezahlten Auftrag eine Provision von 10 Proz. zahle. Das Urteil lautete auf 30 M. Geldstrafe.

### Wendarm und Justizmannsrau!

Ein ungemein hartes Urteil fällt das Schöffengericht in Ansbach gegen die Justizmannsrau Anna Dege aus Saalau. Eines Tages vernahm sie in einer Strafsache in ihrer Wohnung der Wendarmerechtsanwalts Tiedemann. Als er gegangen war, erzählte sie anderen Leuten, auch der Frau des Wendarmen, daß ihr der Beamte unzuchtige Anträge gemacht hätte; sie hätte sich darauf jedoch nicht eingelassen. Die Frau, die wegen verleumdender Beleidigung angeklagt wurde, blieb vor dem Schöffengericht bei ihren Behauptungen, während der Wendarm unter seinem Eide aussagte, er hätte der Frau keine Anträge gemacht. Die Unlauterkeit der Frau versuchte er durch — Vorlegung ihres Dienstbuchs nachzuweisen. Die Angeklagte, die unbescholten war, erhielt die außerordentlich harte Strafe von 9 Monaten Gefängnis.

## Versammlungen.

Die Balkenhühner nahmen in ihrer am Montag abgehaltenen Branchenversammlung den Jahresbericht der Branchenleitung entgegen, dem zu entnehmen ist, daß die Balkenhühner im allgemeinen ein gutes Geschäftsjahr hatten. Bei drei Firmen wurden Lohnbewegungen mit befriedigendem Erfolg geführt. — Die Lohnkommission hat im vergangenen Herbst einen allgemeinen Lohnsatz ausgearbeitet, der dann in Fabrikversammlungen diskutiert wurde. Wann der Tarif den Fabrikanten eingereicht werden soll, das bleibt einer späteren Entscheidung vorbehalten, weil die gegenwärtige Situation für eine allgemeine Lohnbewegung nicht günstig erscheint. In die Branchenleitung wählte die Versammlung S a h l e r, S c h i o l d und R a s s.

## Aus aller Welt.

### 98 Tage auf einem Eiland.

Nach einem Telegramm aus Havre brachte der französische Postdampfer "Nachambou" am Montag den Kapitän des Segelschiffes "La Tour d'Auvergne", Ducos, dessen Schiff am 23. Oktober v. J. auf der Fahrt von Tahiti bei den Palmerstoninseln strandete, und der dann mit seiner Mannschaft 98 Tage auf einer völlig verlassen Insel verbracht hatte. 60 Tage lebten die Schiffbrüchigen von den Vorräten ihres Schiffes, den Rest der Zeit von Fischen und Kokosnüssen. Erst am 20. Januar dieses Jahres wurden sie von dem Kreuzer "Jésée" aufgenommen, der von Tahiti abgegangen war, um das verschollene Segelschiff zu suchen.

Das Schiff des Kapitäns Ducos befand sich am 23. Oktober vorigen Jahres in der Umgebung der Insel Palmerston, als es von einer äußerst heftigen auf der Seeclarte nicht eingetragenen Meeresströmung fortgerissen und auf ein Riff geschleudert wurde. Da der Kapitän schließlich einsah, daß von einem Flotmachen nicht die Rede sein könne, entschloß er sich, mit der Besatzung das Schiff zu verlassen. Man landete auf der Insel, die sich als gänzlich verlassen herausstellte. Nach Ablauf von 14 Tagen zeigte sich am Horizont der Dreimaster "Anthiope", der sich der Insel rasch näherte. Der Kapitän der "Anthiope" erklärte indessen, nur 15 Mann der Gestrandeten aufnehmen zu können; da Kapitän Ducos aber niemand von seinen Leuten auf der Insel zurücklassen wollte, wurde dieses Anerbieten zurückgewiesen, dagegen wurde der Kapitän der "Anthiope" gebeten, die nötigen Schritte zur Rettung der Schiffbrüchigen in die Wege zu leiten. 84 Tage blieben die auf der Insel befindlichen Schiffbrüchigen nun ohne jede Nahrung und sahen sich genötigt, da die Vorräte an Lebensmitteln bald erschöpft waren, sich von Kokosnüssen zu ernähren. Trotzdem kam nicht ein einziger Krankheitsfall vor. Endlich erschien am 20. Januar der zur Rettung der Schiffbrüchigen entsandte Kreuzer und führte die Mannschaft in ihre Heimat zurück.

### Brandkatastrophen.

In einem der umfangreichen Fabrikgebäude der Lithographischen Anstalt und Zündpapierfabrik von Gebr. Weigand in B a u h e n brach Dienstag früh um 3 Uhr Großfeuer aus, welches das Gebäude vollständig in Asche legte. Unter den Trümmern wurden die verkohlten Leichen von fünf Personen aufgefunden. Eine sechste Person wird vermisst. Der Betrieb der Fabrik wird fortgesetzt. Die bei dem Brande umgekommenen fünf Personen sind der Hausmann B i c h e, A u t s c h e r M a g l e, Fabrikfeuerwehmann G r a f, P f l i c h t f e u e r w e h m a n n D o m a s c h k e und der Buchbinder S e i l e r. Vermisst wird der Schornsteinfegermeister W o f e r.

Eine andere schwere Brandkatastrophe, bei der sieben Personen ihr Leben einbüßten, hat sich in der Nacht zum Dienstag in W i l n a zugetragen. Dort brannte ein Holzhaus nieder, wobei eine alte Frau, ihre beiden Söhne, drei Schülerinnen und ein junger Mann in den Flammen umkamen.

### Die Suffragetten.

Bei der gestern gemeldeten Verhaftung der Suffragettenführerin Frau P a n t h u r k in der St. Andrew-Hall in Glasgow kam es zu einer förmlichen Schlacht zwischen Polizeibeamten und Suffragetten. Die Polizei besand sich im Rastel, weil sie eine Tribüne zu stürmen hatte, die man mit einem Stacheldraht versehen hatte, der geschickt unter einem Blumenarrangement verborgen war. Die Frauen verteidigten sich mit allem, was zur Hand war; Stühle und andere Gegenstände wurden auf die Polizei geschleudert. Die Polizei mußte sich endlich mit ihren Knütteln verteidigen, doch nahmen die Suffragetten den Kampf müde auf. Zwei weibliche Ärzte behandelten in einem Vorzimmer 20 verwundete Frauen. Später wurde ein Sturm auf die Zentralpolizeistation verübt. Auch hier kam es zu wilden Szenen, als Polizei zu Fuß und zu Pferde die Menge zerstreute. Frau Panthurst die bereits mit dem Hungerstreik begonnen hat, wird nach London gebracht werden.

### Meine Notizen.

Wassereintritt in eine Braunkohlengrube. Am Dienstagvormittag trat der Rain auf unterirdischem Wege in die Braunkohlengrube G u f a b bei A s c h a f f e n b u r g ein und überschwemmte die Kohlengruben, so daß der Betrieb gestoppt wurde. Die Verkeimung muß einige Zeit stillgelegt werden. Die Arbeiter konnten sich in Sicherheit bringen. Der Sachschaden ist bedeutend.

Staatsspähnen. In E s e n b a c h im Tannus wurde der Landwirt N o b e r verhaftet, weil sich bei der Revision der Darlehnskasse ein Fehlsitz von 40 000 M. ergab. Außerdem war Rechnungsführer dieser Kasse. — Aus Frankfurt a. M. wird das Verschwinden des Direktors G e i s l i n von der Chemischen Fabrik B r i e s e h e i m gemeldet. Er soll etwa 70 000 Mark unterschlagen und Urkundenfälschung begangen haben. Es ist ein Haftbefehl gegen ihn erlassen worden. Geislin war früher W ä r g e rmeister in Schlettstadt.

Abflug eines englischen Militärfliegers. Dienstag früh ist ein Offizier beim Fluge in der Zentralflughalle in U v o n a g e t ö r t und getötet worden.

Unsere billigen Preise

für

# Loden-Pelerinen und Gummi-Mäntel

für Herren und Damen

grau oder grünlich Strichloden, „imprägniert“

Qualität Extra:	Längen	120	125	130 cm
				7.50
Spezial-Marke:	Längen	120	125	130 cm
				15.- 16.50 18.-

für Knaben und Mädchen

Qualität Extra:	Längen	70	80	90	100	110 cm
						4.50 4.75 5.- 6.- 6.50
Spezial-Marke:	Längen	70	80	90	100	110 cm
						7.- 8.- 9.- 10.- 11.-

Edel englische (Single) mod. farb., hochgeschl. 12.50

Kavalier-Mäntel mod. grün u. braunlich 22.50 30.- 36.-

Bozener Loden-Mäntel für Herren und Damen  
grau oder grünlich Strichloden, „imprägniert“  
18.- 21.- 24.- 27.- 30.-

**Ausverkauf** edel englischer  
**Damen-Gummi-Mäntel** wegen  
Aufgabe dieser Warengattung zu sehr billigen Preisen

In riesiger Auswahl zu den bekannt billigen Preisen  
**Einsegnungs-Anzüge** | **Prüfungs-Anzüge**

schwarz und blau | in den neuesten Farben und Mustern  
11.-15.-17.-20.-26.-30.-36.-40.-45.- | 10.-14.-18.-21.-26.-31.-35.-38.-40.-



Berlin. Gegründet 1891.

Spezialhaus größten Maßstabes  
für Herren- u. Knabenkleidung

Sonntag nur von 12 bis 2 geöffnet!

# BAER SOHN

Chausseestraße 29-30  
11 Brückenstraße 11  
Große Frankfurter Straße 20  
Schöneberg, Hauptstraße 10

Prompter Versand nach außerhalb!

Der Haupt-Katalog Nr. 48 (Neueste Moden) kostenfrei!

## Todes-Anzeigen

Am Montagmorgen verschied plötzlich am Herzschlag mein innigstgeliebter Mann, unser guter Vater, Schwager und Großvater, der **Böttcher** 12065

### Fritz Hildebrandt

im 68. Lebensjahre.  
Dies zeigt selbsttrübend an im Namen der Hinterbliebenen

### Georg Hildebrandt.

Die Beerdigung findet am Donnerstagmorgen 4 Uhr von der Leichenhalle des Freiwilligen Friedhofs, Pappelallee, aus statt.

## Verband der Böttcher, Weinküfer und Hilfsarbeiter Deutschlands.

Filiale Berlin.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß nach 20jähriger Mitgliedschaft

### Fritz Hildebrandt

plötzlich am Herzschlag am Montag, den 9. d. Mts. im Alter von 68 Jahren verstorben ist.

### Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. März, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Freiwilligen Friedhofs, Pappelallee, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

## Sozialdemokratischer Wahlverein Kreis Niederbarnim.

Bezirk Nichtenberg.

Am 6. d. Mts. verstarb unser Mitglied

### Alfred Hänel

Sophienstr. 9.

### Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 4 1/2 Uhr, von der Leichenhalle in Parzahn aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Die Bezirksleitung.

Am 7. März entschlief nach langem, schwerem Leiden meine liebe Frau 12115

### Minna Sowitzkat

geb. Balzkat  
Für die trauernden Hinterbliebenen **Johann Sowitzkat** Weihenstephan, Köhringstr. 18.  
Die Beerdigung findet morgen Donnerstag, den 11. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.

## Dauftagung.

Für die zahlreiche Beteiligung an der Beerdigung meines lieben Sohnes, Euders und Schwagers 10221

### Albert Baburschke

sagen wir dem Ufel und den Kollegen der Firma Weiling sowie dem Arbeiterverband und allen Bekannten unseren herzlichsten Dank.  
Mitte Baburschke, Familie Weber.

## Dauftagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme und die reichen Kranzsenden bei der Beerdigung meines lieben Mannes, des Chauffeurs

### Max Barz

sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere meinen Kollegen der Firma H. Rohnte u. Groß meinen herzlichsten Dank. 11621

### Frau Emilie Barz,

Eprengelstr. 3.

## Reuters Werke

3 Bände 4 Mark  
Buchhandlung Vorwärts

## Stoffe

Massanzüge, Paletots  
Meter 4.-, 6.-, 8.- M.  
Damen-Kostümstoffe  
Meter 3.-, 5.-, 7.- M.  
Original englische Stoffe  
Meter 8.-, 10.-, 12.- M.  
Loden für Pelerinen, Anzüge  
Meter 2.-, 3.-, 5.- M.  
Reste günstigste Kaufgelegenheit.  
Tuchlager Koch & Seeland G. m. b. H.  
Gertraudenstr. 20-21 vis-à-vis der Petrikirche.

## Sozialdemokratischer Wahlverein i. d. 4. Berl. Reichstagswahlkreis

Görlitzer Viertel. Bezirk 901.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Böttcher

### Karl Binder

Fochter Str. 9, gestorben ist.

### Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Thomaskirchhofes, Neulohn, Germaniastraße, aus statt.

Stralauer Viertel. Bez. 297 II.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Böttcher

### Fritz Hildebrandt

Marzhaufendamm 14, gestorben ist.

### Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Freiwilligen Friedhofes, Pappelallee, aus statt.

Stralauer Viertel. Bez. 319 II.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Genosse, der Produktenhändler

### Hermann Wandrey

Gubener Str. 11, gestorben ist.

### Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. März, nachmittags 4 Uhr, von der Halle des Zentral-Friedhofes in Friedrichsfelde aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
Der Vorstand.

## Deutscher Metallarbeiter-Verband

Verwaltungsstelle Berlin.  
Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher

### Paul Zinke,

Platanenstraße 4, am 6. d. Mts. freiwillig aus dem Leben geschieden ist.

Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 12. März, nachmittags 5 Uhr, von der Leichenhalle des Gemeinde-Friedhofes in Grünau aus statt.  
Rege Beteiligung wird erwartet.

## Nachruf.

Herrn hat unser Mitglied, der Schlosser

### Johann Anhalt

Polzmarktstr. 67, an Verleiden.  
Ehre ihrem Andenken!  
Die Ortsverwaltung

## Deutscher Transportarbeiter-Verband.

Bezirksverwaltung Groß-Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Böttcher

### Karl Binder

am 8. d. Mts. im Alter von 37 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 11. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des alten Thomaskirchhofes, Germaniastraße, aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Böttcher

### August Balzer

am 8. d. Mts. im Alter von 33 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 11. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Reußener Gemeindefriedhofes am Rastendorfer Weg, aus statt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Drehschleifer

### Gustav Berger

am 8. d. Mts. im Alter von 48 Jahren verstorben ist.

Die Beerdigung findet heute Mittwoch, den 11. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Nichtenberger Gemeindefriedhofes in der Bornitzstraße, aus statt.

### Ehre ihrem Andenken!

Um rege Beteiligung ersucht  
63/2 Die Bezirksverwaltung.

## Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Zahlstelle Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser Kollege, der Tischlermacher

### Oskar Kretschmann

Neulohn, Coblenzstr. 6/7, im Alter von 39 Jahren gestorben ist.

### Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Mittwoch, den 11. d. Mts., nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Reußener Gemeindefriedhofes, Rastendorfer Weg, aus statt.  
Um rege Beteiligung ersucht  
84/12 Die Ortsverwaltung.

## Dauftagung.

Für die vielen Beweise herzlichster Teilnahme bei der Beerdigung meines lieben Mannes sagen wir allen Freunden und Verwandten, insbesondere Herrn Klumme vom Wahlverein Ostmann sowie den Kollegen vom Tischlermacher-Verband unseren herzlichsten Dank.  
Mitte Deiß nebst Kindern.

Gestern nachmittags 4 Uhr verschied sanft nach schwerem Leiden unser lieber, herzenguter Vater und Großvater, der Maschinenmeister

### Gustav Splettstößer

im 60. Lebensjahre.  
Dies zeigt selbsttrübend an

Die trauernden Hinterbliebenen.  
Berlin, den 8. März 1914.  
NW., Seuffelstr. 77.

Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 12. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 37/38, vom Trauerhaus aus statt. 12045

## Verband der Lithographen, Steindruckere u. verwandten Berufe

(Deutscher Senescher-Bund).  
Am Sonntag, den 8. März, verstarb unser Mitglied, der Steindruckere

### Gustav Splettstößer

im 60. Lebensjahre.  
Ehre seinem Andenken!

Die Einäscherung findet am Donnerstag, den 12. März, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 37/38 statt. 109/2

Die Verwaltung der Filiale I.

## Invaliden-Unterstützungskasse d. Steindruckere u. Lithographen.

Die Einäscherung des am 8. März verstorbenen Steindruckere

### Gustav Splettstößer

findet statt am Donnerstag, den 12. März, nachmittags 4 Uhr, im Krematorium, Gerichtstr. 37, 12055  
Das Komitee.

## Verband der Tapezierer

Filiale Berlin.  
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Tapezierer

### Robert Michel

am 8. März gestorben ist.  
Ehre seinem Andenken!

Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Dom-Städtchens in der Tiefenstraße, aus statt. 178/6 Die Ortsverwaltung.

## Mohrenstr. 37

Kolonaden.  
Gr. Frankfurterstr. 115

## Trauer-Magazin

Kleider, Hüte etc.  
Außerste Preise

## Farbige Konfektion

in größtem Maßstabe zu billigsten Preisen-

## Westmann

# Westmann

Mohrenstraße 37a Gr. Frankfurt, Str. 115  
nahe Jerusalem Str. nahe Andreas-Str.  
Berlins schönste, schickste Konfektion zu billigsten Preisen!

**Modenschau** aus Kammergarn, Phantasiefarben, herrliche Ausführungen, beste Zutaten  
12, 15, 18, 24, 30 bis 175 M. — Nicht kopierte Modelle bis 50% unter Preis.

**Aprieste Kostüme** in den neuesten Phantasiefarben  
10, 12, 15, 18, 25 bis 75 M. — Nicht kopierte Modelle bis 50% unter Preis.

**Reiz. Frühjahrs-Mäntel u. Sport-Jackets** in den neuesten Phantasiefarben  
10, 12, 15, 18, 25 bis 75 M. — Nicht kopierte Modelle bis 50% unter Preis.

**Seiden-Konfektion** Mohrt, Kostüme, Halbes aus Kordone, Bengaline, Mair, das Feinste auf diesem Gebiete  
32, 42, 55 bis 125 M. — Nicht kopierte Modelle bis 50% unter Preis.

**Sport-Röcke** von 6 M. an. — Hosen von 5 M. an.  
Einsegnungs-Kleider von 9.50 M. an.

**Winter-Konfektion** Plüschmäntel, hochbeleg., jetzt 33 bis 120 M. (sonst 75 bis 150 M.). Pelzmäntel, echte Felle, jetzt 100 bis 500 M. (sonst 150 bis 1000 M.). Uster, bestes Fabrikat, jetzt 8 bis 45 M. (sonst 27 bis 125 M.).  
Sonntag 12 bis 2 Uhr geöffnet.





Heute abend: Zahlabend in Groß-Berlin.

# ROTE WOCHE



## Zahlabend in der Roten Woche!

Der heutige Zahlabend gilt der Werbearbeit. Politische Ereignisse, die Stoff zur Beratung liefern, liegen genügend vor. Geschicht besprochen, erbringen sie erneut den Beweis, wie notwendig der planmäßige Kampf auf politischem Gebiete ist. In der jetzigen Zeit mitzukämpfen, muß eine Freude, ja eine Ehre für jeden Klassenbewußten Arbeiter sein. Stolz muß jeden erfassen, in dem großen Kampfesheere um die Befreiung des geknechteten Proletariats mitzukämpfen und neue Kämpfer werben zu helfen.

### Die Lustbarkeitssteuerklagen vor dem Bezirksauschuß.

Über 10 000 M. Steuern freigestellt.

Der Bezirksauschuß Berlin, vor dem gestern insgesamt 15 Lustbarkeitssteuerklagen verhandelt wurden, erledigte 13 Klagen der Kintheater zuungunsten des Magistrats. Der Bezirksauschuß entschied dahin, daß das Garberobengeld bis zu 30 Pf. und die Gebühr für ein Programm bis zu 10 Pf. steuerfrei seien und dem Willkürpreis nicht hinzugerechnet werden können. Insgesamt wurde auf Freistellung von der Lustbarkeitssteuer in Höhe von über 10 000 M. erkannt. Nur in dem Fall des Citytheaters, das Rechtsanwalt Dr. Kolny vertrat, beschloß der Bezirksauschuß, die Entscheidung schriftlich zuzustellen, da die Frage der Preisberechnung für die einzelnen Plätze in diesem Theater noch rechtlich nachgeprüft werden sollen. Der größte Teil der Steuern entfiel auf die Cinema-Theater-Gesellschaft, die von der Lustbarkeitssteuer in Höhe von 4218 M. freigestellt wurde. In allen Fällen wurden dem Magistrat die Kosten auferlegt.

Einen Sonderfall stellte die Steuerklage des Metropoltheaters dar. Dieses fiel, wie erinnertlich, zunächst unter die Lustbarkeitssteuerordnung, weil im Zuschauerraum das Rauchen und Verabreichen von Getränken gestattet war. Das Theater wollte die Steuer selbst tragen, als diese sich aber in der ersten Woche auf 4400 M. belief, wurde sofort das Rauchen und Verabreichen von Getränken im Zuschauerraum eingestellt. Dagegen blieb dies bis zum 1. Mai v. J. im Foyer des Theaters auch während der Vorstellung gestattet, da die Direktion das Foyer nicht zum Zuschauerraum rechnete. Der Magistrat vertrat jedoch den gegenständlichen Standpunkt und zog für diese drei Wochen das Metropoltheater zur Lustbarkeitssteuer mit 13 000 M. heran. Justizrat Girschel führte als Vertreter des Metropoltheaters aus, daß das Theater eine Lustbarkeitssteuer von jährlich 260 000 M. hätte zahlen müssen, wodurch natürlich der ganze Reingewinn von 200 000 Mark verchludt worden wäre. Statt der früheren 20 Proz. Dividende, habe das Metropoltheater für das abgelaufene Jahr nur 4 Proz. zahlen können, weil durch das Rauchen und den Verkauf von Speisen und Getränken während der Vorstellung erheblichen Nebeneinnahmen ein großer Rückgang der Einnahmen entstanden sei. Erst im Mai habe der Magistrat mit-

geteilt, daß er trotzdem die Steuer erhebe, weil nach seiner Meinung das Foyer im Metropoltheater zum Zuschauerraum gehöre. Infolgedessen habe das Theater nun das Rauchen im Foyer nur während der Pausen gestattet. Bei der Verhandlung darüber kam es zu einer lebhaften Erörterung über das Leben und Treiben im Promenoir des Metropoltheaters und über die Frage, ob man von ihm aus die Vorstellung auf der Bühne genießen könne. Justizrat von Gordon führte als Vertreter des Berliner Magistrats aus, es sei ganz einzigartig in Berlin, daß auch für das Foyer des Metropoltheaters bis 9 Uhr ein Eintrittsgeld von 1 M. und nach 9 Uhr von 1,50 M. erhoben werde. Dort träfen sich die Lebemänner mit ihren Freunden und Freundinnen, um umgezimmten das Stück auf der Bühne nebenbei noch einmal zu sehen und zu hören. Das Foyer sei geradezu das Herz des Metropoltheaters! Es sei allein übriggeblieben von dem Gedanken, der der Gründung des Metropoltheaters ursprünglich zugrunde lag. Auch Magistratsrat Korn vertrat den Standpunkt, daß das Foyer des Metropoltheaters nach Lage der tatsächlichen Verhältnisse einen Teil des Zuschauerraumes darstelle.

Der Bezirksauschuß kam gestern in dieser Klage zu keiner Entscheidung, sondern beschloß, sich in der nächsten Woche von den räumlichen Verhältnissen im Zuschauerraum des Metropoltheaters während der Vorstellung selbst zu überzeugen.

### Parteiangelegenheiten.

**Zweiter Wahlfreis, Friedrichstadt, III. Abteilung.** Heute Mittwoch, den 11. März: Zahlabend bei G. Rathmann, Wilhelmstraße 118. — Zahl Nacht bei Witwe Augustin, Oranienstr. 108, abends 12 Uhr.

**Zahlmorgen:** Donnerstag, den 12. März, früh 5 Uhr. Tagesordnung: Die Rote Woche.

Das Erscheinen aller Mitglieder ist dringend notwendig.

**Lichtenberg, 18. Abteilung.** Heute Mittwoch, abends 8 1/2 Uhr, gemeinschaftlicher Zahlabend bei Lade, Siegfriedstr. 202. Neuwahl der Funktionäre.

**Lichtenberg.** Heute Mittwoch, abend kombinierter Zahlabend der 11. Abteilung im Café Bellevue. Der Vortrag über Werbearbeit findet erst im Aprilzahlabend statt, ebenso erfolgt die Befähigung des Krematoriums in Treptow nicht am nächsten Sonntag, sondern an einem späteren Termin.

**Steglitz.** Heute abend finden nur Abteilungsverfammlungen statt und zwar bei Schellhase, Ahornstr. 15a; bei Thiel, Albrechtstraße 87; bei Dahl, Richterfelder Str. 21; und bei Schwarz, Bergstraße 74. In allen Abteilungen Vorträge.

**Friedenau.** Heute Mittwoch, von den Bezirkslokale aus: Flugblattverbreitung.

**Köpenick.** Der Roten Woche wegen fällt der heutige Vortrag des Bildungsausschusses über: „Die wissenschaftlichen Grundlagen der modernen Arbeiterbewegung“ aus. Nächster Vortragsabend am Mittwoch, den 18. März, im kleinen Saal des Stadttheaters. Eintrittskarten zum Operettenabend sind noch bei E. Wähler, Kieperstraße 6, zu haben. Preis 60 Pf. (Stehplätze).

Die Arbeiterkassette von Köpenick sei darauf aufmerksam gemacht, daß das gemeinsame Volksfest der Partei und der Gewerkschaften in diesem Jahre am 19. Juli im Müggelschloßchen stattfindet. Es wird dringend eruchtet, von anderen Veranstaltungen an diesem Tage Abstand zu nehmen.

**Eichwalde.** Heute abend pünktlich 8 1/2 Uhr: Wahlvereinsversammlung bei Witte. Tagesordnung: 1. Geschäftliches. 2. Berichte. 3. Verschiedenes.

**Zeuthen-Miersdorf.** Heute Mittwoch, bei Oldenburg: Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Bericht des Vorstandes und der Funktionäre. Neuwahl derselben und Verschiedenes.

**Röntgenal, Jepernid, Buch.** Heute Mittwoch, abends 7 Uhr: Flugblattverbreitung von A. Lange, Siemensstraße, aus. Der März-Zahlabend fällt aus, dafür am 21. März, abends 8 Uhr: Mitgliederversammlung.

**Hohen-Schönhausen.** Heute Mittwoch, 8 1/2 Uhr: Kombiniertes Zahlabend bei Reher.

**Bernau i. M.** Donnerstag, den 12. d. M., bei Salzmann, Sandorferstraße: Gemeinamer Zahlabend.

### Berliner Nachrichten.

Weil der Kaiser kommt.

Auf dem Neubau der königlichen Bibliothek wird seit einigen Wochen mit einer Hast gearbeitet, die weder einer soliden Bauausführung noch den dort Arbeitenden von Vorteil sein kann. Es soll alles daran gesetzt werden, den Bau zu vollenden, damit die am 22. dieses Monats im Beisein des Kaisers geplante Einweihung bestimmt stattfinden kann. Uns wird mitgeteilt, daß es gar nicht möglich ist, den Bau bis zu dem festgesetzten Termin zu vollenden. Aber das nützt nichts. Man hat den Kaiser eingeladen und da mag es biegen oder brechen. Wenn die Einweihung erfolgt ist, wird eben weitergearbeitet werden müssen.

Natürlich werden auch die Firmen gedrängt, die Lieferungen für die Inneneinrichtung der Bibliothek umgehend zu beschaffen.

Am Sonntag fand im Beisein des Kaisers eine Akustikprobe statt. Bemerkenswert ist, daß auch dieser Bau an den verschiedenen Stellen mit Raschelschmuck aus den kaiserlichen Kontoren in Cabinen versehen ist. Im Zenith der Kuppel ist sogar ein vier Meter im Durchmesser fassender Adler aus Cabiner-Raschel angebracht.

Submissionsblüte.

Bei der Vergabe der Fenster für den Schulerweiterungsbau in der Turmstraße (Moabit) verlangte die Firma Hempel, hier, 5355 M., Herrgessell u. Sübner 6421 M., Schubert 6829 M. und Strauß 12 239 M., d. h. rund 7000 M. mehr als die Firma Hempel. Unglaublich!

Mit 25 Jahren schon zu alt.

Ein Leser schreibt uns: „Ich wurde am 14. Februar und gestern beim kaiserlichen Telegraphen-Bauamt in der Mühlenstraße wegen Arbeit vorstelltig; beide Male wurde ich nach meinem Alter gefragt. Ich antwortete: 25 Jahre. Da wurde mir gesagt: Ja dann sind Sie leider für unseren Betrieb zu alt!“

Mit 25 Jahren zu alt! Ich habe zwei Jahre bei der Infanterie gedient, eine Lebung gemacht und habe das Recht, im Kriegsfaße als Kanonensutter zu dienen; da ist man mit 25 Jahren das beste Material!“

**Selbstmord einer Zwölfjährigen.** Furcht vor Strafe hat ein erst 12 Jahre altes Mädchen M. aus der Thierstraße veranlaßt, seinem jungen Leben freiwillig ein Ziel zu setzen. Aus Furcht einer Erziehungsanstalt überwiesen zu werden, begab sich das Mädchen Montagabend gegen 7 Uhr nach dem Boden des Hauses Thierstraße 48 und sprang aus dem Bodenseiter des fünften Stockwerks auf die Straße hinab. Hier blieb es mit schweren inneren und äußeren Verletzungen liegen. In deren Folgen starb das Kind noch im Laufe der Nacht im Krankenhaus am Friedrichshain, wohin es sofort gebracht wurde.

Zur Charlottenburger Raubmordaffäre.

Der Täter, der am Montagmorgen in der Suarezstraße 54 die zwei Frauen überfallen hat, konnte bisher noch nicht ergriffen werden. Es sieht aber jetzt fest, daß als Täter der Monteur Otto Heher aus Leipzig in Frage kommt. Heher hat, wie die Charlottenburger Kriminalpolizei ermittelte, am Sonntag, den 8. März, Leipzig verlassen, angeblich, um in Halle Arbeit zu suchen. Heher ist aber nach Berlin gefahren und hat den Zug auf dem Bahnhof Charlottenburg verlassen. Er begab sich nach der Gastwirtschaft von Rietow, Krummstraße 48, wo er logierte. Am Montagmorgen gegen 7 Uhr verließ er das Logis und trieb sich etwa eine Stunde lang umher. In der Gastwirtschaft hat er sich mit seinem richtigen Namen in das Fremdenbuch eingetragen. Gegen 8 Uhr morgens versuchte er in eine Wohnung in der Steinfandstraße einzudringen, wurde aber verstoßen. Dann ging Heher nach dem Eisenwarengeschäft von Hante in der Kantstraße 69 und kaufte sich das Weil, worauf er sich an den Tatort begab. Nach Verübung des Mordes hat er eine Frau in der Suarezstraße um einen Hut, da er den seinen verloren habe. Ein Vergleich der Schriftprobe auf dem am Tatort gefundenen Postpaketadresse mit der Eintragung in dem Fremdenbuch des Gastwirts Rietow ergab, daß es sich um Heher handelte. Die Behörde nimmt an, daß Heher, der offenbar nur über geringe Geldmittel verfügt, sich noch in Charlottenburg aufhält. Alle Gastwirte und Herbergswäiter werden deshalb aufgefordert, ihre Gäste genau zu mustern und Verdächtige der Kriminalpolizei zu melden. Das Signalement des Gesuchten ist folgendes: Otto Heher, geboren am 16. Januar 1876 zu Giesleben, wohnhaft in der Papiernmühlenstraße 12a zu Leipzig. Er ist 1,65 Meter groß, hat blondes Kopfhaar, ebensolchen Spitzbart und trägt einen grauen Paletot und schwarze Hosen. Da Heher sich wahrscheinlich seinen Spitzbart wird abnehmen lassen wollen, werden alle Friseur eruchtet, fremde Kunden, auf die das Signalement paßt, verhaften zu lassen.

### Ausführung eines — Schuhmanns.

In der Soldiner Straße erregte am Montag ein Schuhmann ungewöhnliches Aufsehen. Der Beamte packte Kinder, die mit Marmeln spielten, beim Krug und schleuderte sie zu Boden, nahm die Marmeln fort und warf sie auf die Straße; einem Jungen, der mit einem Kinderwagen für seine Mutter liefern gehen sollte, nahm er den Wagen weg und schleuderte ihn auf den Fahrdamm. Es sammelte sich eine Menge Kinder, die den Schuhmann begleiteten. Wütend zog er einen Revolver und lief hinter den Kindern her, welche erschreckt auseinander stoben. Auf seinem weiteren Wege packte er noch andere Passanten am Krug, bis schließlich durch das inzwischen benachrichtigte Polizeirevier 101 zwei Beamte den sich rabiät gebärdenden Ordnungsmann in Sicherheit brachten. Wie leicht hätte der Revolver losgehen und schmerzliches Unheil über viele Familien bringen können.

Wenn ein Arbeiter sich das erlaubt hätte, was wäre ihm wohl geschehen?

Eine aufregende Verhaftung spielte sich gestern Abend in der Friedrichstraße ab. Der Kaufmann Stephan Kalinski, der sich in einem großen Breslauer Geschäft in Höhe von 10 000 M. hatte zuschulden kommen lassen, war nach Berlin geflüchtet und mit seiner Frau in einem Hotel in der Jägerstraße abgestiegen. Gellern wollte ihn die Kriminalpolizei, die seinen Aufenthaltsort erfahren hatte, festnehmen. Als ein Beamter zur Verhaftung des K. schreiten wollte, zog dieser einen Revolver, um sich zu erwehren. Dem Beamten gelang es jedoch, dem K. den Revolver zu entwenden. Jetzt ergriß K. die Flucht, konnte jedoch bald wieder eingeholt und festgenommen werden. Von dem veruntreuten Gelde wurde nichts mehr vorgefunden.

Hermann Wandrey. Wieder hat der unerbittliche Tod einen unserer Ailen dahingerafft. In der Nacht vom Sonnabend zu Sonntag ist nach kurzem Krankenlager Hermann Wandrey gestorben. Wandrey, der 76 Jahre alt geworden ist, war einer von der alten Garde. Unter dem Sozialistengesetz gelangte manche Sendung verbotener Schriften an seine Adresse und gewissenhaft besorgte unser Freund die Ware an diejenigen, welche die Weitergabe besorgten. Immer einer der Ersten im Kampfe, veräumte er keine Verantwältung und war bis zum letzten Atemzug tätig. Noch bei der letzten Wahl ließ Wandrey es sich nicht nehmen, als 75-jähriger von früh bis spät tätig zu sein. Treppauf, treppab verbreitete unser Genosse seine Flugblätter nach alter Gewohnheit. In solchen eifrigen Genossen sollten sich unsere Parteifreunde gerade jetzt in der roten Woche ein Beispiel an Opfertätigkeit nehmen. Die Beerdigung findet Donnerstagnachmittag statt.

Die Herberge des Berliner Gewerkschaftshauses ist durch Zuwendung von privater Seite in die Lage versetzt worden, bis zum 1. Mai dieses Jahres die für Gewerkschaftsmitglieder reservierten billigen Betten zu 45 und 55 Pf. mit einer Ermäßigung von 15 Pf., also für 30 und 40 Pf. abzugeben.

### Selbstmord eines Schauspielers.

Auf eine zweifache Art hat gestern morgen der Schauspieler Paul Seidler, der in der Pension von Madick in der Meierottofir. 10 wohnt, seinem Leben ein Ende gemacht. Er, der zuletzt in Hamburg tätig war und vor kurzem ein Gastspiel in Kiel gegeben hat, kam erst vor kurzem nach Berlin und bezog in der Pension von Madick in der Meierottofir. ein Zimmer. Er lebte sehr zurückgezogen und pflegte mit den anderen Mietern keinen Umgang. In den letzten Tagen fragte er sich schwermütig über sein Schicksal, ohne sich jedoch über den Grund seiner Gemütsbewegung zu äußern. Am gestrigen Morgen gegen 7 Uhr schloß sich Seidler am offenen Fenster stehend eine Revolverkugel in die rechte Schläfe und stürzte sich aus dem Fenster auf die Straße hinaus. Hinzukommende Hausbewohner fanden den Lebensmüden mit geschmettertem Schädel, nur noch schwache Lebenszeichen von sich gebend, auf, und brachten ihn zu einem Arzt, der aber nur noch den auf dem Transport eingetretenen Tod feststellen konnte. Der Grund zu der Tat ist nicht bekannt.

### Besichtigung der Zentrale der Konsumgenossenschaft.

Die Konsumgenossenschaft Berlin und Umgebung teilt uns mit, daß die für den 15. März geplante Besichtigung ihrer Betriebsanlagen besonderer Umstände halber erst Sonntag, den 22. März stattfinden kann.

Bei einem Einbruch in das chemische Laboratorium in der Hoffischen Straße sind wertvolle Präparatgefäße gestohlen worden. Es sind 400 M. Belohnung auf die Auffindung des Einbrechers ausgesetzt. Die Belohnung wird demjenigen zugesichert, der die gestohlenen Präparatgefäße herbeiführt oder zur Ermittlung des Einbrechers beiträgt. Der Wert der gestohlenen Waren beläuft sich nach einer genaueren Feststellung auf 4050 M. Es handelt sich um 11 Platinchalen im Gewicht von 3,2 bis 147,5 Gramm, 4 Platinriegel im Gewicht von 19,20 bis 20,1 Gramm, 8 Ziegelbeile aus Platin, 3 Spatel aus Platin und vierzig edlere Gewichte aus Platin in Form von Klättchen.

Kleine Nachrichten. Im Hause Eichenstraße 12b fand eine Bewohnerin einen Pappkarton, in dem sich eine Kindesleiche befand. Auf Schwabens waren Kindern der Leiche abgesehen, die von den Doktern aus ihren Weg nach Schwabenswälden in der Oranienstraße und Neuen Friedrichstraße nahmen. Die Spitzduben erbeuteten große Befände.

## Vorortnachrichten.

### Schöneberg.

Zur der Stadterordnetenversammlung. Zunächst wurde die Wahl eines Ersatzmannes zum Zwickelband Groß-Berlin an Stelle des ausgeschiedenen liberalen Stadterordneten Polub vorgenommen. Die sozialdemokratische Fraktion hatte den Genossen Beckstein vorgeschlagen. Es erhielten Stimmen: Genosse Bernheim 13 und Seidel (Lib. Fr.) 88; letzterer ist somit gewählt. Nachdem erfolgte die Beratung der eingegangenen Petitionen. Einige Interessenten eruchten um Berücksichtigung von Beschwerden in der verlängerten Wobischstraße und den Durchbruch dieser Straße. Es wurde beschlossen, diese Petition dem Magistrat zur Berücksichtigung zu überweisen. Die Denkmäler, Jahnzüge sowie der wirtschafliche Verein der Vergte hatten um Errichtung einer Wandkantenkasse petitioniert. Die Versammlung beschloß Uebertragung zur Tagesordnung, da die Angelegenheit durch eine frühere Debatte erledigt ist. Der Arbeiterturnverein eruchte um Ueberlassung einer städtischen Turnhalle. Der Ausschuss empfahl den Bau einer eigenen städtischen Turnhalle schleunigst in Angriff zu nehmen. Genosse Käfer empfahl, da die Mittel hierfür seit Jahren zur Verfügung ständen, auch Plätze für den Bau vorzupacken seien, denselben nunmehr in Angriff zu nehmen, damit dem Turnverein entgegengekommen werden könne. Leider mußten die Arbeiterturner durch das schamlose Krabben von Spitzeln die bisher benutzten Turnhallen verlassen; sie wurden dadurch gezwungen, Lokale gegen Zahlung hoher Mieten aufzusuchen. Freunde des Turnens sollten alles daran setzen, um diesen unhaltbaren Zustand zu befeitigen. Die Petition wurde mit großer Mehrheit angenommen.

Bei einer Nachforderung für das Auguste-Viktoria-Krankenhaus fragte Genosse Hoffmann an, ob es wahr sei, daß Erkrankte, die um Aufnahme in das Krankenhaus erucht hätten, abgewiesen worden seien. Stadtrat Rabow erklärte, daß ihm hierüber nichts

bekannt sei. Es sei genügend Platz vorhanden. Für den Einbau von Unterkübelungen im Auguste-Viktoria-Krankenhaus wurden 28 500 M. gefordert. Die Vorlage wurde zur näheren Prüfung einem Ausschuss überwiesen, dem die Genossen Eichenhardt, Küter und Koch angehören.

Vergebung von Arbeiten an Bürgerdeputierte forderte ein Antrag der Freien Fraktion. Ein Ausschuss, der sich damit beschäftigte und Anfragen an andere Gemeinden gerichtet hatte, empfahl die Ablehnung des Antrages. In dringenden Fällen könnten auf gemeinsamen Beschluß auch an Bürgerdeputierte städtische Arbeiten übertragen werden. Dem wurde zugestimmt.

In geheimer Sitzung wurde mitgeteilt, daß die Sitzungen der Stadterordneten nicht mehr im alten Rathaus stattfinden. Für Erledigung der Vorarbeiten zur Errichtung eines eigenen Bauswerkes wurden 20 000 M. bewilligt.

### Wilmerdorf.

#### Ein vorläufiger Erfolg.

Die Bemühungen der reaktionären Kreise innerhalb der Wilmerdorfer Bürgerchaft, durch Aufhebung der städtischen Fleischhalle der minderbemittelten Bevölkerung den Bezug guten und billigen Fleisches unmöglich zu machen, sind einstweilen vergeblich geblieben. Durch den Druck einer Protestbewegung, die unter Führung der Sozialdemokratie sich durch eine starkbesuchte Versammlung und durch Petitionieren an die Stadterordneten geltend machte, soll die gemeinnützige Einrichtung vorläufig weiter bestehen bleiben. Deshalb hat die Sozialdemokratie von einer weiteren Unterschriften-sammlung für ihre Petition, die nur wenige Tage ausgelegt hat, Abstand genommen. Die Listen sind mit den bisherigen 2200 unterschriebenen Unterschriften von Wilmerdorfer Mitbürgern und Mitbürgerinnen dem Magistrat überreicht worden. Die freirechtliche Bevölkerung wird zu gegebener Zeit wieder auf dem Posten sein müssen. Denn nach den Stadterordnetenwahlen, die im Herbst doch einmal stattfinden müssen, droht von neuem die Gefahr, daß es in Wilmerdorf in sozialpolitischer Hinsicht — rückwärts geht. Unsere Parteimitglieder haben in diesen Tagen der roten Woche Gelegenheit, durch tatkräftige Agitation für Partei und Presse zugleich für die Stadterordnetenwahlen vorzuarbeiten. In den heutigen Nachmittagen, die überall mit einem Referat eingeleitet werden wird auf die Bedeutung der politischen und kommunalpolitischen Kämpfe hingewiesen.

### Friedenau.

Ein Dachstuhlbrand kam gestern Abend kurz vor 8 Uhr in der Rheinir. 85 zum Ausbruch. Es eilten die Feuerwehren aus Friedenau und Steglitz zu Hilfe, die sofort mit vereinten Kräften gegen das Feuer vortrugen. Obgleich aus mehreren Röhren kräftig Wasser gegeben wurde, brannte ein erheblicher Teil des Dachstuhles nieder. Die Ursache des Feuers ist nicht ermittelt. Mit den Kochlösch- und Aufräumarbeiten hatten die Wehren noch bis in die Nachstunden zu tun.

### Treptow-Baumschulweg.

Auf dem Vergnügen des Vereins Arbeiter-Jugendheim am vergangenen Sonnabend bei Ludwig ist ein Schirm gefunden worden. Abgeholt ist derselbe bei J. Hoffmann, Treptow, Voermannstraße 4, Seitenflügel 3 Z.

### Pankow.

Zur Gemeindevorstandswahl. Bei den heute von 3 bis 8 Uhr und morgen Donnerstag von 1 bis 6 Uhr stattfindenden Wahlen in der zweiten Abteilung eruchten wir unsere Genossen und Freunde, geschlossen für die Kandidaten der Demokraten zu stimmen. Das Wahllokal befindet sich Breite Str. 21 (Tellevue).

### Friedersdorf (Kreis Beeskow).

In den bevorstehenden Gemeindevorstandswahlen nahm am Sonntag eine gut besuchte öffentliche Versammlung Stellung. Nach einem vorzüglichen Referat des Genossen Krüger über das Thema: „Warum müssen Sozialdemokraten in der Gemeindevorstandswahl?“, suchten einige Arbeiter für die Wahl der bisherigen Vertreter Stimmung zu machen. Ihnen wurde von einigen Genossen in der gehörigen Weise geantwortet.

Die Wahlen finden am Freitag, den 13. März, im Gasthof Bronow statt und zwar wählt die dritte Abteilung nachmittags von 2 bis 4 Uhr. Kandidat ist Genosse Konrad Wänschmann. In der zweiten Abteilung, die von 4 1/2 bis 5 1/2 Uhr wählt, kandidiert Genosse Otto Wilmers. Die erste Abteilung wählt von 5 1/2 bis 6 1/2 Uhr; sozialdemokratischer Kandidat ist hier Genosse Franz Dunfer.

In der Versammlung wurde allgemein der Empörung über die ungünstige Besetzung der Wahlzeit Ausdruck gegeben. In einer zur einstimmigen Annahme gelangten Resolution legte die Versammlung entschieden Protest gegen diese Tat des Gemeindevorstandes ein. An die Arbeiterchaft Groß-Berlins wird nunmehr die Bitte gerichtet, soweit dieselben bei Friedersdorfer Wählern zusammenarbeiten, diese auf ihre Wahlpflicht aufmerksam zu machen. Die Wähler müssen mit dem Zuge ab Schlesischen Bahnhof 227 Uhr fahren, damit sie rechtzeitig zur Stelle sind.

### Petershagen bei Friedersdorf.

Am Donnerstag, den 12. März finden die Vertreterwahlen statt. Die örtliche Partelleitung wendet sich an alle, welche ein Interesse an der gesunden Entwicklung unserer Gemeinde haben. Unsere Gegner, insbesondere der Grundbesitzerverein „Stienitzburg“, versucht es, mit seinen früheren Praktiken wieder zu operieren. Während sich früher die Bauern mit dem Vorsitzenden des genannten Vereins, Herrn Jormanowicz, in der schärfsten Weise bekämpften, liegen sich jetzt diese edlen Seelen gegenseitig in den Armen. Evident ist auch schon das fällige Einladungs schreiben an den Bahnhofsvorstand abgegangen, um ja die Stimmen aller abhängigen Angestellten zu erhalten. Die Tischen mancher Bernegroße stehen voller Papierstücken, und es erwacht aus allem für jeden einzelnen die Pflicht, zur Wahl zu erscheinen, sowie Wankelmütige mit heranzukommen. Schon die Kandidatenliste unserer Gegner müßte zeigen, wohin die Reise gehen soll, ein leitfähiger Schuhmann a. D., ein Eisenbahnbeamter und ein Maurer (polier). Die letzte Wahl war bekanntlich an einem Sonntag. Die Drahtzieher scheinen wohl eingesehen zu haben, daß damit kein Geschäft zu machen war und so ist für diesmal die Wahl wieder auf einen Wochentag anberaumt. Lasse sich aber dadurch niemand abhalten, seine Pflicht zu erfüllen. Sozialdemokratische Kandidaten sind in der 3. Klasse für die ordentliche Wahl Otto Paim, für die Ersatzwahl Willi George; die Kandidaten sind, wie angegeben, der Reihe nach zu nennen. Kandidat der 2. Klasse ist Otto Urbat und der 1. Klasse Paul Lotzenhausen. Die 3. Klasse wählt von 4—7 die 2. von 7—8 und die 1. von 8—1/2 Uhr. — Auf zur Wahl; ein jeder sei, wenn möglich, schon vor 4 Uhr im Wahllokal beim Gastwirt Nabel.

### Schnow (Kreis Niederbarnim).

Am Sonntag, den 15. März, finden die Gemeindevorstandswahlen statt. Es wählt die dritte Klasse nachmittags von 3—4 Uhr. Kandidat der Sozialdemokratie ist Genosse Albert Zaewen. Die zweite Klasse wählt von 4—5 Uhr, hier kandidiert Wilhelm Wagner. Da die Sozialdemokratie in dieser Klasse einen Kandidaten nicht besitzt, ist von der örtlichen Organisation beschlossen worden, den Kandidaten der Kolonisten zu unterstützen.

Am Sonnabend, den 14. März, abends 1/2 Uhr, findet im Lokal von Otto Schulze eine öffentliche Wählerversammlung statt.

## Gemeindevorstandsergebnisse.

Bei der Wahl in Ober-Schöneweide trug in den zur Wahl stehenden Bezirken die Sozialdemokratie den Sieg davon. Gewählt wurden drei Vertreter. Im ersten Bezirk erhielt unser Genosse Schwarzburger 84, der Gegner 114 Stimmen; im zweiten Bezirk vereinigten die Genossen Winkelmann und Barneke 800 Stimmen auf sich, während die Gegner nur 72 Stimmen erhielten.

In Cassow bei Jernsdorf, wo unsere Partei durch 3 Vertreter im Gemeindeparslament vertreten war, gelang es, in der 2. Abteilung noch 2100 und in der 3. Abteilung noch einen Vertreter hinzuzugewinnen, so daß wir jetzt über sechs Sitze verfügen.

In Nieder-Schöneweide gelang es uns bei der gestern stattgefundenen Gemeindevorstandswahl, beide Kandidaten durchzubringen. Es erhielten Genosse Ladendorf 460 und Genosse Hnast 462 Stimmen, während es die bürgerlichen Kandidaten nur auf 242 bzw. 240 Stimmen brachten. Trotz der Anstrengungen der Bürgerlichen, insbesondere des Bahnhofsvorstandes, der die Eisenbahn im geschlossenen Zuge zur Wahl antreten ließ, mußten sie ein Mandat einbüßen.

Wahllokal an der Lößbahn. Die Beteiligung bei der Gemeindevorstandswahl für die 2. Abteilung war eine äußerst rege. Von 270 eingeschriebenen Wählern beteiligten sich 214 an der Wahl. Gewählt wurden die Kandidaten des Hausbesitzervereins mit 118 und 111 Stimmen. Die Kandidaten des Grundbesitzervereins Wahllokal-Süd erhielten 68 und 40 Stimmen. Auf unsere Kandidaten Kohlgarth und Wiedemann entfielen 52 und 37 Stimmen.

In Dabendorf bei Jossen gelang es mit Unterstützung des Grundbesitzervereins, unsern Kandidaten Hermann Stolz mit 38 von 63 abgegebenen Stimmen zum Siege zu verhelfen. Unsere Genossen unterstützten dafür den Kandidaten des Grundbesitzervereins in der zweiten Abteilung. Mit ihrer Hilfe wurde der Baumunternehmer Dannooski mit 13 von 17 abgegebenen Stimmen gewählt.

### Friedrichshagen.

Der Bildungsausschuss veranstaltete am Sonnabend, den 14. März, abends 8 1/2 Uhr, im Conrads Saal, Friedrichstr. 137, eine Theaterdarstellung. Zur Aufführung gelangt „Hans und Gretchen“, Schwan in drei Akten von Oskar Flumenthal und Gustav Haselberg. Eintrittskarten a 75 Pf. sind bei den Bezirksführern sowie in der Konsumgenossenschaft, Wobischstr. 2, zu haben. Nach der Vorstellung: Gemütliches Beisammensein. Partei- und Genossenschaftsmittglieder, die länger als 14 Tage arbeitslos sind, erhalten Freibillett, und zwar Ehepaare 2 und Unverheiratete 1 Billett. Diese sind bis spätestens Sonnabend 6 Uhr beim Genossen Franke in der Konsumgenossenschaft in Empfang zu nehmen.

### Spandau.

Erfolge der roten Woche. Bisher wurden hier 100 neue Bahnervereinsmitglieder und 40 „Vorwärts“-Abonnenten gewonnen. Von heute, Mittwochabend, bis Sonntag findet in allen Bezirken eine umfangreiche „Vorwärts“-Agitation statt. Pflicht aller Parteigenossen ist es, sich an dieser Agitation zu beteiligen.

Die Lokalfrage scheint jetzt endlich zur Zufriedenheit der freien Arbeiterchaft und der Sozialdemokratie ihrer Lösung entgegenzugehen. Die „Spandauer Zeitung“ schreibt hierzu: „In der Behandlung der Sozialfrage seitens der Militärbehörden bei Abhaltung sozialdemokratischer Versammlungen ist seit einiger Zeit eine wesentliche Milderung eingetreten. Ueber Säle, in denen derartige Versammlungen stattfinden, wird nicht mehr wie bisher, das Militärverbot allgemein verhängt, sondern dieses erucht nur bezüglich solcher Säle und öffentlicher Lokale, die öffentlich als Parteilokale anzusehen sind. Wird von sozialdemokratischer Seite eine Versammlung beantragt, dann hat der Wirt dieselbe der Kommandantur rechtzeitig vorher anzuzeigen, worauf das Lokal für den betreffenden Tag für das Militär gesperrt wird.“

## Sitzungstage der Stadt- und Gemeindevorstandswahlen.

Treptow. Freitag, den 13. März, abends 6 Uhr, im Rathaus.

Diese Sitzungen sind öffentlich. Jeder Gemeindegewählte ist berechtigt, ihnen als Zuhörer beizuwohnen.

## Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Spaltennummer findet Lindenstraße 65, beim vier Treppen — Fach 2881 —, wochentäglich von 4 1/2 bis 7 1/2 Uhr abends, Sonnabend, von 4 1/2 bis 6 Uhr abends statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Auftrag ist ein Buchchen und eine Zahl als Wertzeichen beizulegen. Briefliche Antwort wird nicht erucht. Anfragen, denen keine Abnommenscheinung beigefügt ist, werden nicht beantwortet. Gütige Fragen trage man in der Druckkammer vor.

— **Gernheim.** Nationalist. 11 325, Sozialdem. 6644, Zentrum 6348 und Fortschritt 3650 Stimmen. In Stichwahl mit Engelmann. — **C. 4. 2.** 10 Pfennig auf Talent und Jussel an. — **P. 23. 91.** Wir empfehlen prinzipiell keine privaten Geschäfte. — **Fr. 100.** In erfahren in der Drogerie. — **S. 19.** Wenden Sie sich an einen Gefäßhändler. — **C. 8. 100.** Senden Sie Ihre Abnommenscheinung ein. — **C. 8. 84.** Städtische Stimmabgabeung des Magistrats, Berlin, Poststraße 16. Altes Kämere hofst. — **S. 6. 8581.** Deutsches Konsulat in New York. — **M. 8. 80.** Deutsche Gesellschaft für Mutter- und Kindesrecht, Berlin, Schönhauser Allee 181. Mittwoch 7—8 und Sonnabend 10—11 Uhr. — **W. 24.** Ligonauer 33. — **R. 8. 201.** Wenn Sie den Artikel im Unterhaltungsblatt Nr. 17 des „Vorwärts“ — Eine besorgte Mutter. — Redaktionsbeiratsverband, Berlin, Oranienstraße 83/85. — **P. 8. 81.** 1. 21. Januar 1901. 2. Klein. — **P. 8. 100 u. Schillerhain 18.** Städtische Stimmabgabeung des Magistrats, Berlin, Poststraße 16. — **R. 8. 100.** Prof. Dr. Blaschke, Berlin, Büchsenstraße 48. — **A. 8.** Eine spezielle griechische Vorrichtung besteht nicht, jedoch ohne höhere Schulbildung fast gar keine Aussicht. Mindestens Vorkursgenugnis wird verlangt.

Marktbreise von Berlin am 9. März 1914, nach Ermittlungen des Igl. Viegeltrahndiums. Weis (mitge), gute Sorte 00,00—00,00, Donau 00,00—00,00, Weis (runder), gute Sorte 14,70—15,00, Weis (flach) 0,00, Weis 0,00—0,00. Weisballenpreise 100 Kilogr. Erbsen, gelbe, zum Kochen 34,00—30,00, Speisebohnen, weiße 65,00—60,00, Linsen 40,00—30,00, Kartoffeln (Rheinl.) 4,00—7,00, 1 Kilogramm Rindfleisch, vom der Seele 1,60—2,40, Rindfleisch, Bauchfleisch 1,30—1,80, Schweinefleisch 1,40—2,00, Kalbfleisch 1,40—2,40, Hammelfleisch 1,50—2,40, Butter 2,40—3,00, 60 Stück Eier 3,60—6,00, 1 Kilogramm Raroten 1,20—2,40, Rale 1,60—3,40, Jander 1,40—3,20, Gerste 1,40—2,80, Bartha 1,00—2,30, Schilke 1,90—3,20, Weis 0,90—1,60, 60 Stück Weis 3,50—21,00.

## Witterungsübersicht vom 10. März 1914.

Stationen	Barometere-höhe mm	Windrichtung	Windstärke	Temperatur in C.	Rel. Luftfeuchtigkeit	Wolkendeckung	Staub- und Sandgehalt	Witterungscharakter
Strombe	745,00	1 Regen	3	5,0	94	3	—	bedeckt
Hamburg	748,00	2 Regen	3	5,0	94	3	—	bedeckt
Berlin	746,00	3 bedeckt	10	5,0	94	3	—	bedeckt
Kranz, a. 20	750,00	4 wolllig	11	5,0	94	3	—	wolllig
München	753,00	2 wolllig	9	5,0	94	3	—	bedeckt
Wien	753,00	1 heiter	4	5,0	94	3	—	bedeckt

Wetterprognose für Mittwoch, den 11. März 1914. Einmal kühler, zunächst vorwiegend trübe mit geringen Regenflüssen und ziemlich frühem nordwestlichen Winden; später langsam aufhellend. Berliner Wetterbureau.



Erreicht 2 mal wöchentl.

Amol Hausmittel

Allgemein-Verleihen

Alkoholische Getränke

Franz Abraham

Arbeiter-Versicherung

Auto-Fahrer

Auto-Verkehr

Arznei-Anstalten

Bäcker- u. Konditorien

Bezugsquellen-Verzeichnis.

Bräuerei Königstadt

Ender's Brauerei

Groterjan

U. Habels Brauerei

Goldbier

Weissbier - Carameltier

Löwen-Brauerei

Münchener Brauhaus

Schlöberran-Flaschenbier

Weissbier, C. Brethaupt

Lieding's Zerpenschleuser

H.P. Biedermann

Wilhelm Gabel

Gebrüder Groh

August Holtz

F. HAGEN

Gebrüder Manns

W. H. P. Schöner

Schröter, R.

Gust. Schultze & Sohn

Uhly & Wolfram

Vereinte Pommersehe Meiereien

C. F. Wienstruck

Cacao, Schokolad., Confitur.

Ferdern Sie

Kakao und Schokolade

O. Kunze, Reinkendörfer St. 14

Cigarrenfabriken

Damen-Konfektion

Dampf-Waichenstalt

Drogen und Farben

W. Rausch, Drogerie, Fackel, Berlin

G. A. Müller

A. Möbes Nchf.

Paul Seidel, Schönhaus-Allee 99

Unternehmende Geschäfte

Gühler-Honig

Hokenkamp & Neumann

M. Krügers Spielzeugsch.

A. Ramhold, Prinzen-Allee 18

W. Busch, Immanuelpark 11

Ferd. Joachim Nachfolg.

C. Linkel, Poststr. 46

H. Nolte, Zionskirchstr. 38/39

W. H. Stroh, Poststr. 46

H. Thier, Poststr. 46

Max Busse Brunnenstr. 17A/177. Goldschmiedemeister, Feinst. 1a u. Wollgplatz. G. Karger, O. Grünbergerstr. 15. Kolbusch, W., Frst. Chaussee 92. H. Köhn, S. Schömann, K. W. 34-35. Lehmann, Alb., Frank. Allee 49. Schramme, G. Frst. 7 u. N. Juchst. 19. W. Schroeder, Immanuelstr. 25. O. Schütz, Str. 51. 82. Wecker-Zentr. F. Seifner Nachf., Schöneberg. Max Storch, Ebbingstr. 100. C. Wagner, Heinekestr. 8. 94. Georg Weigel, Wrangelstr. 47.

Hugo Beling 60 Filialen in allen Stadtteilen. Groß-Dezillat. Schiefe Haube Frank. Allee 23. Einzelv. u. so groß. Preis. Groß. „Zur Sonne“, P. Freudenberg. Herm. Meyer & Co., Act.-Ges. ca. 550 Verkaufsstell. Gr.-Berl. Ignatz Sello Brunnenstr. 10 und Filialen. Einzelverk. u. Engg.-Preis. Wirtschaftl. Etabliement

Größest. z. Sonne, Straßbergerstr. 34. Patzenhofer-Ausschank. Reichenbergstr. 150. W. E. Koloski, Stendalerstr. 11. Lühbener- und G. Lehmann Wrangelstr.-Ecke Lindentheater, Lindenstr. 110. Die erste selbstspiel. Doppelgeige Patzenhofer J. Guggenberger, Essenerstr. 54. Patzenhofer-Ausschank, Kassenstr. 2. Riebeck-Bier-Ausschank Brunnenstr. 76, Ecke Lortzingstr. O. Römheldts Hackepeter, Mühlstr. 168. Ecke Lyrastr.

Zahnelier Max Alm, Franzosenstr. 18. P. Baroni, Steinmetzstr. 30. W. Best, Skalitzerstr. 42. E. Wrangelstr. M. Dresler, Grützerstr. 701, Treptow. Dübby, H., Neukölln, Bergstr. 483. E. 1179. Goetze, Kais.-Friedr.-St. 19811, N.-Kölln. E. Junk, Blumenstr. 88. Kgt. 13846. H. Lindeke, Warschauerstr. 8. R. Mende, Schulstr. 117, Ecke Maxstr. Ernst Müller, Invalidenstr. 100. Zahn-Atel. Volkswohl, Mühlstr. 126. M. Rasenke, Birkenstr. 22. Reimann, Residenzstr. 113, Reichenberg. E. Sager, N.-Kölln, Bergstr. 61, Tel. 3594. Hermann Schulze, Beusselstr. 15. Emil Sann Große Frankfurterstr. 4. Karl Sommer, Frankfurter Allee 04. Strauchmann Reichenbergstr. 110. Teilig. gest. Bar10%. Weiss, Max Reichenbergstr. 116. P. Schultze, v. n. Wied. Frst. 1. Witte, Max Muskatenerstr. 16. Ecke Mausefeldstr. Zahnpraxis Nordas, Keiserstr. 42, Treptow.

E. Schröder, Bick. Chaussee 101 a u. 104. St. Sorowka, Jäkerstr. Rudowwest. 344. Fr. Tschentke, Bick. Chaussee 75. Bohnsdorf G. Schiller-Rind-u. Schweine Metzger. Fredersdorf H. Göb, Drogen und Farben. Carl Schaefer, Brot-u. Feinbäcker. Gust. Schöfeld, Schuhw. u. Rep. Carl Teigel, Brot-u. Feinbäcker.

Mariendorf A. Böckmann Gärtner u. Samenhandl. 71. N. Köhn, Hermannstr. 116. Ferdinand Tittel, Kameruierstr. 57. Konfliktören-Weber, Chaussee 45. Mahlsdorf Rud. Grunow Bick., Conditiere. Lebnhardt, Bick.-Conditiere. Bahnstr. 2. W. H. Eisen, Werkzeuge, Bahnhofstr. 44. Neukölln E. Groß, Stuttg. Str. 44. Bick., Kondit. Lehnhardt, Bick.-u. Konditiere, Nienstedtstr. 3. B. Jaenichen, Bäckerei, Hermannstr. 45. K. Karpmann, Pap. Schöw. Kaiserstr. 183. C. Kampfer, Bergstr. 137, Uhr. Glöw. Kaufhaus Felix Levy Nöll. Hermannstr. 32. Eck. Heerfurthstr. E. Reg. el, Kais. Friedr. 51. 80. Bäckerei. Bergstr. 122. Fourage. R. Kerstian Spez.: Geflügelfutter. Krause, Kais. Friedr. 81. 79. Schweinefleisch. Nagel, Treptowstr. 148. Schweinefleisch. Fr. Pannek, Bergstr. 135, Lederw. E. Schüler, Barthstr. 17. Passauerstr.

Spandau J. Hode, Pichelsdorferstr. 34. W. Lutzger, Fahr., Pichelsdorferstr. 38. O. Bauer, Pichelsdorferstr. 117. Möbelspek. O. Wenzel, Pichelsdorfer Str. 2a. Straußberg C. Klöpfer, Möbelhandlung. Rothovsky, Fleisch-, Wurstw., Gr. St. 19. Weltend Beerdigungs-Inst. Slawnow, Spand. Berg 3. O. Kammer, Spand. Berg 31, Ober. Gens. K. Zarthe, Bassestr. 14a, Ober. Gens. Weidenhof Wilh. Koch, Schlichter, Lehrstr. 2. Mehlhdlg. Pastorino, Gest. Ad.-Str. 17. Thüling's Drogerie u. Wellenssee E. Gleising Fl. u. W. u. v. Langhausstr. 11. Kaiser & Rohlau, Neberka, Gest. Ad. St. 17. Wilhelmsruh Carl Gahl, Schlichter, Edelweiserstr. 26. J. Laschinski, Bick., Edelweiserstr. 11. P. Megow, Mühlberg, Lindenallee 12. W. Sillack, Sargmag., Hauptstr. 28. A. Trenner, Uhr u. Goldw., Hauptstr. 12. R. Welsdorf, Kolonialw., Hauptstr. 2.

Unterrichtsinstitute Maschinisten- u. Heizerausbildung. Licht-, Kraft- u. Fahrstuhl-führer, Zentralheiz., Urbanstr. 64. Verlegerungen „Deutschland“ Berlin Arbeiterversicherung - Schützen-Sterbekassenversicherung, Straß 3. „Iduna“ zu Halle a. S. Berlin, Charlottenstr. 82. Volks- und Lebensversicherung. Warenhäuser Carl Hoffmann Schöneberg. Herberstr. 4. Weine, Liköre, Fruchtsäfte F. M. Höpfer, Ritterstr. 96. Conrad, Groß-Dezillat, Oranienstr. 107.

Kino-Variété Sanssouci, Cottbusser Str. 6. Erstklassiges Programm. Gut gekl. Biere Dienst. Donnerst. Sonnt. Ball. Café Metropol Köpenicker-, Ekebrückenstr. Tügl. gr. Künstler-Konzert. „Auerhof“ Alte Jacobstr. 139. Grand-Café „Zepellin“ Frankfurterallee 76, Eck. Lindenstr. Tügl. großes Künstler-Konzert. Dresdener Bierhalle, Dresdenstr. 94. 95. L. Goege, Schulstr., Ecke Maxstr. A. Groß, Henningsdorferstr. 10. Hagenbeck Café und Restaurant Mühlstraße Ecke Sonstr.

Konzert-Café Nord-Palast Brunnenstr. 18, E. Veteranenstr. Riebeck-Ausschank, gr. Frst. 54. O. Rohloff, Uferstr. 1, Ecke. Patzenhofer Ausschank Robert Balzer Gr. Frankfurterstr. 104. Amst. Platz. Großdestitution Zum Afrikaner Inh. Bernhard Tiedmann. Groß-Dezillat. G. Wolf, Kasian-Allee 59-61. Yoghurt-Präparate Yoghurt-Milch-Kakao wirkt blutreinig. 100 Tass. M. 3.- Für Korpusente Zehr-Yoghurt. Paul Hahn, O. 34, Warsch.-Str. 83.

Aldershof Past.-Atel. R. Kletmann, Nismarktstr. 14a. Kaufhaus Julius Weill Nachf. Blitz Emil Gold, Bäckerei, Germania-Tempelstr. 3. E. Pasewald, Fleischer, Redowstr. 126.

Königs-Wulterhausen Butterhandlung Monopol G. Häbcher, Uhren, Goldw., Bahndt. 29. Naulhaus Emil Bergmann Otto Krusche, Fris., Köhliser Str. 34. Max Leib Herrmannstr. Gegr. 1867. Franz Pilschner, Hans- u. Klebenweg. Otto Schampe, Eisenhandl., Bauartikel, Haus- u. Küchengeräte. K. Schatte, Schlichter, v. n. Wied. Frst. 1. Schloß-Drogerie Paul Malzahn Länse-Aether. Rich. Scholz, Bäckerei u. Konditor. Kolonialwaren. W. Werdermann Gastwirtschaft. E. Starb, Bäckerei, Berlinerstr. 26. R. Wilke Schuhwaren u. Reparaturen. Lichterfelde Königsberger & Co. Lankwitzerstr. 1. Herrenartikel und Konfektion.

Schöneberg W. Hübner, Bülowsstr. 61. Möbel. O. Kurzweg, Schuhm. Feurigstr. 37. Tegel E. Scheller, Arb.-Berst. Berlinstr. 64.

Wittenberg Wilh. Koch, Schlichter, Lehrstr. 2. Mehlhdlg. Pastorino, Gest. Ad.-Str. 17. Thüling's Drogerie u. Wellenssee E. Gleising Fl. u. W. u. v. Langhausstr. 11. Kaiser & Rohlau, Neberka, Gest. Ad. St. 17. Wilhelmsruh Carl Gahl, Schlichter, Edelweiserstr. 26. J. Laschinski, Bick., Edelweiserstr. 11. P. Megow, Mühlberg, Lindenallee 12. W. Sillack, Sargmag., Hauptstr. 28. A. Trenner, Uhr u. Goldw., Hauptstr. 12. R. Welsdorf, Kolonialw., Hauptstr. 2. Zossen Butterhandlung Monopol Warenhaus S. Cohen.

Die reellsten und solidesten MÖBEL. liefert anerkannt Möbelfabrik von Schulz, Reichenberger Str. 5, seit 36 Jahren die mit langjähriger Garantie zu äußerst billigen Kassenpreisen... und gegen Zinsvergütung auch auf Teilzahlung... Größte Auswahl in moderner Ausführung in allen Preislagen von 240 bis 10 000 M. am Lager.

Stegdecken größte Auswahl, billige und haltbarsten aller Stegdecken. Bernhard Strohmandel, Fabrik Berlin, Wallstr. 72. Haben Sie Stoff? Ich fertige davon Anzüge od. Paletot nach Mass, schick, dauerh. Zutaten von 25 Mark an. Moritz Laband, Neue Promenade 8, U. (Städt. Börse.)

Spezialarzt Dr. med. Wockenfuß, Friedrichstr. 125 (Oranienb. Tor) für Syphilis, Harn- u. Frauenleiden - Ehrlich-Hata-Kur (Dauer 12 Tage). Blutuntersuchung. Schnelle, sichere schmerzlose Heilung ohne Berufsstörung. Mäßige Preise. Sprechst. v. 8-8. Sonntags 9-11.

Belmonte Juwelen, Uhren, Gold- u. Silberwaren in bewährter Feinverarbeit. Leipzigerstr. 92 u. Königstr. 46.

Theater und Vergnügungen

Mittwoch, den 11. März 1914. Anfang 8 1/2 Uhr. Verkauf. Die Braut von Messina. Anfang 6 Uhr. Eines Palast am Zoo. Variété-Lichtspiele. Anfang 6 1/2 Uhr. Eines Nollendorf-Theater. Variété-Lichtspiele. Anfang 7 Uhr. Reg. Opernhaus. Lobengrin. Teutich. Opernhaus. Die Rellinger von Nürnberg. Anfang 7 1/2 Uhr. Reg. Schauspielhaus. Ariadne auf Naxos. Deutsches. König Oper. Königgräzer Straße. König Richard III. Sirkus Busch. Galavorstellung. Sirkus Schumann. Galavorstellung. Anfang 7 1/2 Uhr. Metropol. Die Reise um die Welt in 40 Tagen. Anfang 8 Uhr.

Schiller-Theater O. (Wallner-Theater). Mittwoch, abends 8 Uhr: Das Glück im Winkel. Donnerstag, abends 8 Uhr: Andreas Hofer. Freitag, abends 8 Uhr: Das Glück im Winkel. Schiller-Theater Charlottenburg. Mittwoch, abends 8 Uhr: Die Maschinenbauer. Donnerstag, abends 8 Uhr: Das Glück im Winkel. Freitag, abends 8 Uhr: Die Maschinenbauer. Theater in der Königgräzer Straße 7 1/2 Uhr: König Richard III. Komödienhaus. 8 Uhr: „Kammermusik“. Berliner Theater. 8 Uhr: Wie einst im Mai.

Friedr.-Wilhelmst. Theater. Anfang 8 Uhr. Fräulein Trullala. Sonnt. nachm. 3 Uhr: Die Kino-Königin. Theater am Nollendorfplatz 5. 7 1/2 Uhr: Russisches Ballett. „Der blaue Gott“, „Zyphiden“, „Scopatra“. Metropol-Theater. Abends prägnante 7 1/2 Uhr 55: Die Reise um die Erde in 40 Tagen. Folies Caprice. Café Pingsheim Der Heiratsgraf Meyersteins. Vereinigte Berliner Volksbühnen. Luisen-Theater. 8 1/2 Uhr: Unser Junge. Volksstück mit Gesang und Tanz in 5 Akten.

URANIA Taubenstraße 48/49. 8 Uhr: Direktor A. Fürst: Hochspannung. Hörsaal 8 Uhr: Dr. W. Berndt: Kultur- und Wirtschaftsleben auf niederen Stufen. Germania-Prachtsäle N., Chaussee 110. K. Richter. Jeden Mittwoch: Paul Mantheys lustige Sänger. Anfang 8 Uhr. Eintritt 30 Pf. Nachdem Freitanz. - Vorzugsarten gelten. - Jeden Donnerstag: Großes Militär-Streich-Konzert Anst. Familienfränzchen.

Zirkus Alb. Schumann. Heute Mittwoch, den 11. März, abends 7 1/2 Uhr: Große Gala-Vorstellung Neu! The Arrigoni! Neu! Ein Potpourri in den Lüften. Zum Schluss: Mit Lolos Sprung von der Zirkuskuppel in die Hände ihres Partners. Akrobatischer Reit-Akt Mit Pia, Rosina und Adele. Dir. Alb. Schumann mit seinen einzig dastehenden Schul- u. Freiheitsdressuren und weitere 8 neue Attraktionen. Um 9 1/2 Uhr: d. große Ausstattungstück l. 7 Bild. „Tipp“ der Derby-Favorit 1914.

Auflösung des Zirkus Buseh. am 31. März. Heute Mittwoch, den 11. März, abends 7 1/2 Uhr: Große Galavorstellung. U. a.: Mad. Garniers Sprung mit dem Fahrrad aus der Zirkuskuppel. Ferner: Die Ballettruppe, Stunttr. d. „Pompeji“. Dir. Gustaf Magnus-Bantomime.

Urania. Direktor A. Fürst: Hochspannung. Hörsaal: Dr. W. Berndt: Kultur- und Wirtschaftsleben auf niederen Stufen. Neues Opernhaus (Kroll). Wasserland. Kammerspiele. Vom Teufel geholt. Reine. Inquillion. Deutsches Künstler-Theater. Das Phantom. Trianon. Er und der Andere. Komödienhaus. Kammermusik. Theater an der Weidendammer Brücke. Wer sucht lacht. Theater am Nollendorfplatz. Russisches Ballett. Lustspielhaus. Die spanische Allege. Schiller O. Das Glück im Winkel. Schiller Charlottenburg. Die Maschinenbauer. Theater des Westens. Volend. Montis Operetten. Jung-England. Berliner. Wie einst im Mai. Kleines. Jülicher Orchest. Thalia. Die Langoprinzeßin. Rehdens. Der Regimentspapa. Friedrich-Wilhelmstädtisches. Fräulein Trullala. Note. Im weißen Höl. Kästle. Die alte Webern. Herrnsfeld. Die von oben und unten. Reichshallen. Sittiner Sänger. Wintergarten. Spezialitäten. Apollo. Der Cloy der A. Rom-pagnie.

Theater a. d. Weidendammerbrücke 8 Uhr: Wer sucht lacht... Deutsches Künstlertheater Sozietät. Nürnberger Straße 70/71, am Zoo. Kasse: Nollendorf 1383. Mittwoch, 8 Uhr: Das Phantom. Donnerstag, 8 Uhr: Cafard. Residenz-Theater 8 Uhr: Der Regimentspapa.

Brauerei Friedrichshain Mittwoch, den 11. März 1914, abends 8 Uhr: Extra-Konzert des Blüthner-Orchesters 60 Künstler. Dirigent: Eugen Sauerborn. Solisten: Klaviervirtuosin Käthe Heinemann und namhafte Gesangs-Solisten.

„Clou“ Berliner Konzerthaus Mauerstraße 82 - Zimmerstraße 90/91. Großes Doppel-Konzert! Berliner Konzerthaus-Orchester Dirigent: Franz v. Blon. Musikkorps d. Garde-Füsiliers-Regiments Dirig. Oberm. Dippel. Anfang 8 Uhr. Eintritt 50 Pf. Anfang 8 Uhr. An allen Wochentagen: Gr. Nachmittags-Konzert bei freiem Eintritt.

Heute Mittwoch, 11. März: Letzter Tag in Berlin-Pankow Berliner Str., Ecke Binzstr. Zirkus BARUM-Schau. Heute: brillante Vorstellungen nachmittags 4 Uhr, abends 8 1/2 Uhr. In der Nachmittags-Vorstellung ein ungekürztes Abend-Prgr. zu klein. Preis f. Erwachsene u. Kinder unter 12 Jahr. Abends 8 1/2 Uhr: Dank- u. Abschieds-Vorstellg. Ab Freitag, 13. März: 3tägiges Gastspiel in Tegel Bahnhof- u. August-Müllerstr.

Idette Mado Minty Brénonval. in ihrer Szene „Die Spinn“. Piccolo Comp. Amann Paul Jolich Mimiker u. seine Rekruten sowie eine Auswahl hervorragender Kunstkräfte! - Rauchen gestattet! - Apollo-Theater. Tel.: Lützow 2757. 8 Uhr. Zum 81. Male: 8 Uhr. Der Stolz d. 3. Kompagnie mit Hartstein. Sachen ohne Pause! Rauchen gestattet! Folgt-Theater Badstraße 38. Heute Mittwoch, den 11. März 1914: Das Leben und Lieben einer Soubrette. Kom. m. Gesl. u. 3 Aufz. v. Sari Galfner. Kaffeeöffnung 7 Uhr. Anf. 8 1/2 Uhr. Freitag, 13. März: Benefiz. F. F. Röhl: Philippine Welsler.

Passage-Panoptikum. Der englische Riese Teddy Bobs Der größte Mensch, der je gelebt! 160 mm größer als Machnow 19 Jahre alt. Ohne Extra-Entree! Theater des Westens. 8 Uhr: Polenblut. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr: Gräfin Fil.

Der englische Riese Teddy Bobs Der größte Mensch, der je gelebt! 160 mm größer als Machnow 19 Jahre alt. Ohne Extra-Entree!

Neue Welt. Arnold Scholz. Hasenheide 108/114. Letzte Woche! Heute Mittwoch, den 11. März 1914: Elite-Tag! Bockbier-Fest! Große Herren-Schönheits-Konkurrenz. 3 bare Geldpreise: 50, 30, 20 M. Anmeldungen bis 10 Uhr abends an der Kasse. 30 bayerische Madl. 6 Kapellen. Anfang 7 Uhr. Entree 30 Pf. Voranzeige: Morgen Donnerstag, 12. März 1914: Letzte Prämierung! Prämiiert wird die schönste farbige Frisur. 3 bare Geldpreise 50,-, 30,-, 20,- Mark.

Casino-Theater Lothringer Straße 57. Täglich 8 Uhr Ein neues Berliner Volksstück: Die olle Webern. Ur-Berl. Figuren, Ur-Berl. Humor! Einziges Theater in diesem Genre! Im Stile der alten Wallner-Bühne. Sonnt. 4 Uhr: Mädchenchöre. Reichshallen-Theater Stettiner Sänger Unsere süßen Dienstmädel. Curleste v. Weigel Anfang 8 Uhr. Nächst. Sonntag nachm. 3 Uhr: Der Nachtwächter v. Zerpenschleuse

Admiralpalast. Eis-Arena. Täglich: Die lustige Puppe. Großes Ballett auf dem Eis. Bis 6 Uhr und von 10 1/2 Uhr ab halbe Kassenpreise. Wein- u. Bier-Abteilung. Trianon-Theater. Täglich abends 8 Uhr: Er und der Andere. Sonntags 3 Uhr: Die Liebe wacht.

Reichstag.

232. Sitzung, Dienstag, den 10. März 1914, nachmittags 2 Uhr.

Am Tische des Bundesrats: Dr. Solf.

Kurze Anfragen.

Abg. Duffner (Z.)

fragt, ob der Reichskanzler der vor zwei Jahren vom Reichstage angenommenen Resolution Folge geben will, wonach für die Berechnung der Frachten gemäß § 22 des Reichsgesetzes als vierte Ausgangsstation Colmar (El.) festzusetzen sei.

Unterstaatssekretär Richter:

Die Festsetzung von Colmar als vierte Ausgangsstation kann erst in Erwägung gezogen werden, wenn die schiff- und lothringischen Kanalwerke ihre Produktion entsprechend gesteigert haben. Voraussichtlich wird dies in der zweiten Hälfte dieses Jahres der Fall sein.

Etat für das Reichskolonialamt.

Abg. Schwarze-Lippstadt (Z.):

Die schweren Angriffe, die von sozialdemokratischer Seite gegen die deutschen Kolonien und gegen die deutsche Verwaltung gerichtet worden sind, entbehren jedes Beweises. In den Kolonien und Schutzgebieten haben sich gut entwickelt, vor allem dank der Tätigkeit der Missionare, die die Schwarzen zu geregelter Arbeit erziehen. Bei den Bahnbauten darf man nicht die übliche Rentabilitätsberechnung zugrunde legen; die Bahnen werden gebaut, um den Handel und das gesamte Wirtschaftsleben in den Kolonien zu entwickeln. Die Eingeborenenkulturen wollen auch wir vor allem fördern. Die Missionsschulen müssen den Regierungsschulen vollständig gleichgestellt werden. Die Hüttensteuer ist ein gutes Mittel, um einen gewissen moralischen Zwang auf die Eingeborenen auszuüben. (Bravo! im Zentrum.)

Abg. Dr. Paasche (natl.):

Die Rede des Abg. Schwarze war in ganz anderer Tonart gehalten als die Rede des Abg. Erzberger und da Herr Erzberger sie mit Bravo begrüßt hat, glaube ich doch, daß die scharfen Worte des Herrn Erzberger nicht allzu ernst gemeint gewesen sind. Die Entwicklung der Kolonien wird zweifellos mit der Zeit auch die Sozialdemokraten zu einer anderen Haltung bringen. Von einem lebhaften Bauernstand ist in Ostafrika gar keine Rede. Die Leute bebauen ein Stück Land und nach ein paar Jahren gehen sie wo anders hin. Einen eigentlichen Eigentumsbegriff wie wir kennt der Neger nicht. Aus dem Regen, der auf sein Feld fällt und seine Frau arbeiten läßt, sind inzwischen durch die Einwirkung der Europäer vielfach fleißige Arbeiter geworden. Die große Mehrheit aber lungert noch immer zu Hause herum und läßt die Frau oder, wenn der einzelne es sich leisten kann, zwei Frauen für sich arbeiten. Die von den Sozialdemokraten so verurteilten Plantagen haben immerhin dazu beigetragen, daß für Hunderte von Millionen Naturprodukte jetzt in den Kolonien gewonnen werden, daß Produkte, die wir für unsere Industrie gar nicht einbeziehen können, in brauchbarer Gestalt in den Kolonien erzeugt werden. Das hätten die Neger aus eigenem Willen gelernt. Und da will man die Plantagen ganz verbieten. Man kommt mit den grauenhaftesten Schilderungen über die Zustände auf den Plantagen und tut gerade so, als ob wir die Inkultur in die Kolonien gebracht hätten. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie rufen auch noch sehr richtig! ich bedauere wirklich, daß kein Fonds im Etat vorhanden ist, auf dessen Kosten sich Abgeordnete die Kolonien selbst ansehen können. Dann würden Sie anders urteilen. Von einer Entvölkerung infolge der Plantagenkultur ist keine Rede. Sondern früher als die Neger in der Zeit, wo ein Stamm immer den anderen überfiel, zu ihrem Schutz ganz dicht in großen Massen zusammenzuwohnen mußten, bestand eine Ueberbevölkerung, die jetzt, wo eine Ansiedlungsmöglichkeit besteht, natürlich aufgehört hat. Für den Bau von Eisenbahnen müßten die Sozialdemokraten schon aus Menschlichkeit stimmen, denn sie sind für die Neger selbst von großem Vorteil. Daß man die Neger nach Möglichkeit schützen muß, ist selbstverständlich. Aber man soll den Leuten doch nicht nach dem Wunsch der Sozialdemokraten Land zu freiem Eigentum geben, denn die Leute würden das in ihrer freien Zeit — sie haben jeden vierten Tag frei — doch nicht bebauen, sie lehnen, wenn sie sich durch die Arbeit auf den Plantagen etwas erworben haben, viel lieber in ihre Heimat zurück. Wir wollen die Neger zu europäischer Kultur erziehen, den Arbeitswahn wollen wir nicht, aber ein gewisser Druck zur Arbeit ist unvermeidlich, auch bei uns. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Auch die Missionen arbeiten in dieser Richtung, daß die schwarzen Arbeiter den Segen der Arbeit und Kultur empfinden. Aber nicht nur für die Schwarzen wollen wir sorgen, sondern auch für die Weißen, die dort hinausgegangen sind, keineswegs als blutdürstige und habgierige Menschen, sondern um die Kultur hinauszutragen in jene Gegenden, zum Segen des Vaterlandes. (Lebhaftes Bravo! bei den Nationalliberalen.) Alle Rot und alles Elend in den Kolonien darf man nicht auf das Konto der Weißen setzen, sondern sehr viel fällt auf das Konto der Neger sitten, und unter der Herrschaft der Weißen ist es besser geworden. Auch bei uns trifft man ja ab und zu noch gedrehtliche Kameraden, die Syphilis grassiert in schrecklicher Weise; an Branntwein, Bier, Wein, Selt wird pro Kopf der Bevölkerung weit mehr getrunken als bei uns. (Zuruf bei den Sozialdemokraten: Saufkolonien!) Die Kolonialstrafbare sind zurückgegangen mit der Einschränkung des Alkoholkonsums, aber es muß noch auf weitere Einschränkung des Alkoholkonsums Bedacht genommen werden. — Auch der Forstbau sollte die Verwaltung ihre Aufmerksamkeit zuwenden. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Naumann (Sp.):

Solange die Kolonialinteressen auf einen Reichszuschuß nicht verzichten, werden sie ihr Ideal nicht erreichen, daß sie dem Reichstag sagen: Lerne zahlen, ohne zu reden. (Weiterkeit.) Oder dem Staatssekretär: Schaffe Geld und höre und nicht. In dem Anspruch der weißen Anführer, mitzureden, liegt ja ein berechtigter Kern, namentlich je mehr die eigenen Einnahmen der Kolonien wachsen und der Reichszuschuß sinkt. Freilich stammen die Einnahmen keineswegs von den Weißen allein. (Sehr wahr! b. d. Volksp.) Ein sehr beträchtlicher Teil stammt von den Schwarzen, man braucht ja nur an die Hütten- und Kopfsteuer zu denken. Dann überschätzen die Weißen in den Kolonien auch den Einfluß des Reichstages; er ist ebenso wie der Gouvernementsrat gegenüber dem Haushalt der Kolonien nur eine sozialigen gutachtliche Körperlichkeit. Der Staatssekretär hat uns eine optimistische Darlegung der Aktivität der Kolonien gegeben, auch Herr Schwarze und Herr Paasche haben auf die geschaffenen Kulturwerte hingewiesen. Bei der Tanganjabahn ist der früheren Gouverneure v. Rechenberg und v. Lindquist mit besonderem Dank gedacht worden. Ja, weiß nicht, ob Herr Dernburg in dieser Reihe nur zufällig fehlt. Wir würden heute sicher von der Tanganjabahn nicht reden können, wenn er nicht 1908 das Bahngesetz eingebracht und mit seiner ganzen Persönlichkeit dahinter gestanden hätte. (Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Mitgearbeitet haben aber auch Pfaffen von Deutschen, Ausländern und Farbigen, und ein ganz Teil von

Ingenieuren, Werkmeistern, einheimischen Arbeitern begrüßten die erste Lokomotive nur als Moribund (Sterbende). Menschen leben gehen eben in die Arbeit mit ein. Natürlich soll man deshalb solche Kulturarbeiten nicht unterlassen. In den Resolutionen wird von allen Seiten die Verhärkung der ärztlichen Versorgung verlangt. Wir versprechen uns auch viel davon. Aber da beginnen doch auch die Erwägungen, wie war es früher, als noch nicht einmal die Ärzte da waren, welche jetzt draußen sind, als noch der alte Schmutz, die alte Hauptlingswirtschaft bestand, noch das Afrika, das Livingstone, Stanley, Bismann, Emin Pascha entdeckt haben. Damals war alle Not vorhanden, und die Bevölkerung war trotzdem nicht so dezimiert, wie sie es heute zu sein scheint auf Grund der 30-jährigen Zivilisation. (Lebhaftes Sehr richtig! bei der Volkspartei.) Das ist der Punkt, auf den es ankommt. Bei den Pflanzern laßt das Gefühl auf, wenn man diese Frage erörtert, als seien sie persönlich angegriffen. Wir wollen gegen sie gar keine moralischen Anklagen erheben; aber gerade, wenn sie alles getan haben, was sie tun konnten, und das Endergebnis ist ein Minus an Bevölkerung, so muß man doch die Frage nach den Ursachen erheben. (Sehr wahr! links.)

Die Tatsache des Bevölkerungsrückganges befreit auch Dr. Rohrbach nicht. Ist das nun eine notwendige Folge der Zivilisation? Das Trägertum hat die Leute mobilisiert. Die 80 000 Soldaten von Kamerun sind als Träger ständig unterwegs. Die das auf Sitte und Gesundheit der Leute einwirkt, ist klar. 4 Proz. der Bevölkerung sind aus der Heimat weggeführt. Das heißt, verglichen mit der deutschen militärischen Einstellung das Bierfache. Wenn ein gestittetes Volk die Kolonien bewohnen soll, muß die Kolonisation Hand in Hand gehen mit dem Gedanken der Regenerhaltung; sie dürfen nicht in ein Klima versetzt werden, das sie nicht ertragen. Das Wanderarbeiterstystem muß ersetzt werden durch das Pflanzerdorf, durch Instleute und Kätner. Man kann von den Negern, die daran gar nicht gewöhnt sind, nicht plötzlich verlangen, daß sie 70 Tage im Jahre arbeiten. Wie lange hat es gedauert, bis die alten Germanen, die ihre Frauen den Acker bestellen ließen (Sehr gut!), zu dem jetzigen Arbeitsvolk geworden sind! Jetzt will man das fertige Schema einfach nach Afrika hinübertragen! Das Richtige ist, durch Kleinkultur die Neger allmählich zur Arbeit anzulernen. Auch die Tätigkeit der Missionen ist anerkenntniswert. Neben den bewundernswerten Missionsschulen sind aber auch die Regierungsschulen notwendig. — Wir sind Kolonialfreunde, aber nicht absolute Freunde dessen, was vorhanden ist, sondern dessen, was kommt. (Bravo! bei der Volkspartei.)

Abg. Roste (Soz.):

Herr Naumann scheidet der Meinung zu sein, der Reichstag könnte an dem Tage darauf verzichten, in koloniale Angelegenheiten hineinzureden, wo die Schutzgebiete finanziell selbständig geworden sind. Ich wäre auch dann dafür, daß die Kolonien der Kontrolle des Reichstags nicht entzogen werden, so lange in ihnen im Namen des Reichs gewirtschaftet wird. — Die begeisterten Lobreden, die man früher in diesem Hause für die Kolonialpolitik hörte, sind längst verschwunden. Man beginnt sich zu bescheiden, und lernt einsehen, daß das Richtige ist, was wir Sozialdemokraten früher so oft betont haben, daß man mit unendlich viel Geduld bestienfalls eine

allmähliche Förderung der Schutzgebiete

herbeiführen kann. Gewiß haben auch die recht, die darauf hinweisen, daß so scharfe Anklagereden, wie sie vor 10 Jahren hier gehalten worden sind, jetzt nicht mehr notwendig sind. Einiges ist in unseren Kolonien besser geworden, nicht zuletzt infolge unserer aubauernden scharfen Kritik. Wenn auch aus kapitalistischen Profitrückichten, so nähert man sich aber doch tatsächlich in den Kolonien den Anschauungen, wie wir sie seit Jahrzehnten bei der Beratung des Kolonialrats zum Teil allein vertreten haben. Man erkennt an, daß ein allmähliches und sorgfältiges Kulturprogramm in jenen fernen Gebieten durchgeführt werden muß. Von der Durchsetzung des deutschen Herrtums gegenüber den Negern ist heute nicht mehr die Rede. Man ist bei allen Parteien, kann ich wohl sagen, heute nicht mehr so rasch fertig mit einem Allgemeinurteil, weil eben immer neue Probleme auftauchen, an die früher niemand gedacht hat. Ich erinnere an die Diamantenfrage, an die Auffindung von Petroleumquellen in Neu-Guinea, die wir haben dafür gestimmt, daß der Regierung ein erheblicher Betrag zur Verfügung gestellt wird, damit Erkundigungen über den wirtschaftlichen Wert dieser Funde angestellt werden. Wir lassen uns bei unserer positiven Mitarbeit von dem Wunsche leiten, daß verhütet werden muß, daß etwa vorhandene reiche Naturkräfte in den Kolonien der privatkapitalistischen Ausbeutung überlassen werden (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten), daß einzelne Gesellschaften über 100 Proz. Dividende zahlen, während die deutschen Steuerzahler Tausende von Millionen als Reichszuschuß aufbringen müssen. — Ein Vorschlag, unsere Kolonien zu verstaatlichen, ist meines Wissens auf einem sozialdemokratischen Parteitag niemals diskutiert worden. Er lese ja darauf hinaus, die Schutzgebiete anderen kolonisierenden Völkern preiszugeben, auf die Gefahr hin, daß es den Eingeborenen dann vielleicht noch schlechter geht.

Es sind uns von der Verwaltung eine Reihe Denkschriften vorgelegt worden, die uns nur früher hätten zugehen sollen. In einer ist von dem Verhältnis der Zivil- und Militärverwaltung in den Schutzgebieten die Rede. Wir halten es für selbstverständlich, daß die Zivilverwaltung immer die letzte Entscheidung haben muß. Wenn in einer Denkschrift davon die Rede ist, daß es besser wäre, die Verwaltung vom grünen Tisch von Berlin aus nach den Kolonien zu verlegen und die Nachbesorgung der Gouverneure zu erweitern, so ist dem Staatssekretär von den Rednern aller Parteien bedeutet worden, daß davon nicht die Rede sein kann, weil eine solche Verwaltungsreform bedeuten würde, daß der Reichstag von seinem geringen Einfluß noch ein Stück preisgeben würde. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Herr Paasche hat es bedauert, daß kein Fonds vorhanden ist für Reichstagsabgeordnete, die die Kolonien aufsuchen wollen, um sich zu orientieren. Statt dessen sollen ja nun für den Kronprinzen nicht unerhebliche Mittel zu einer Reise nach den Kolonien bewilligt werden. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Interessant ist die Feststellung in einer Denkschrift, daß in einer Reihe anderer Länder für die allgemeine Kulturentwicklung der Eingeborenen in den Kolonien mehr geschieht als seitens Deutschlands. Die deutsche Kolonialverwaltung solle den Ehrgeiz haben, die übrigen Länder zu übertreffen in dieser Beziehung. Dabei wird der Staatssekretär unsere Forderung jederseits auf seiner Seite haben. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Der Frage des Bierbrauens in den Kolonien, vor allem des Schutzes der Paradiesvögel in Neu-Guinea muß auch größere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Das Schießverbot sollte nicht nur bis zum Mai 1914, sondern auf eine Reihe von Jahren ausgedehnt werden. — Die Haltung des Gouverneurs Dr. Schnee zur Aufhebung der Hausflaberei in Ostafrika hat mich sehr befremdet. Ginge es nach ihm, so würden noch weit über 1930 hinaus Sklaven in Deutsch-Ostafrika zu finden sein. Scharf zu verurteilen ist es, daß von deutschen Behörden jetzt noch ein regelrechter Menschenhandel abgehalten wird, daß die Schutzverwaltung dem Sklavenhandel erst die rechtsgültige Form gibt. Ein Kaufmann, der vor mir liegt, ist vom Bezirksamtmann unterzeichnet. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Das widerspricht aller sittlichen Anschauung der Mehrheit des deutschen Volkes. Um die Hausflaberei, diesen

Schandfleck der deutschen Kolonialpolitik zu beseitigen, wird es dem Reichstag sicher nicht auf ein paar Millionen ankommen. — Der Reichszuschuß beträgt nicht nur

20 Millionen, sondern dazu kommen die Ausgaben für Postverwaltung, für den Marineetat, die Schiffe, die besonders in der Südsee stationiert sind, ganz abgesehen von der Verzinsung der kolonialen Schulden. (Abg. Erzberger: Dampfer-subvention!) Gewiß, aber gerade Herr Erzberger war es, der betonte, daß der Zuschuß nur 20 Millionen beträgt. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dringend muß eine Verringerung der Militärausgaben der Kolonien vom Reichstag erstrebt werden, womit die Budgetkommission jetzt anzufangen hat. Zu begrüßen ist, daß Südwest und Ostafrika jetzt einen, wenn auch minimalen, Zuschuß zu den Militärausgaben zahlen sollen. Von eigentlichen Truppen kann ja in den Kolonien nicht gesprochen werden, ihre Aufgaben sind rein polizeilicher Natur.

Daß die Kolonialtätigkeit nicht unbedingt den Eingeborenen schaden muß, daß auch menschlich in den Kolonien gewirtschaftet werden kann, zeigt das Beispiel von Togo, das ich allerdings keineswegs als Musterkolonie bezeichne. Aber von Greneln, von Menschenjagden, wie sie aus Kamerun und Ostafrika gemeldet werden, ist in den letzten Jahren wenigstens aus Togo nichts bekannt geworden. Die Plantagenwirtschaft hat man dort so gut wie vollständig ferngehalten, und es ist eine allgemeine Vordrängungs-entwicklung der Bevölkerung zu verzeichnen.

Ganz unbegreiflich ist, daß der Staatssekretär auch nicht die Spur einer Reizung hat erkennen lassen, der zunehmenden

Prügelkultur

in den Kolonien entgegenzuwirken. (Lebhaftes Sehr wahr!). Daß es ohne Prügel geht, beweisen Neu-Guinea und Samoa, in den anderen Schutzgebieten haben aber die schrecklichen Prügelstrafen in empörender Weise zugenommen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Für derartige, jedem menschlichen Gefühl hohnsprechenden Dinge können wir eine Verantwortung nicht übernehmen.

Der Staatssekretär sollte endlich aufhören, davon zu reden, daß Südwestafrika in nennenswertem Maße als Siedlungskolonie für Weiße in Betracht kommt. Tatsächlich hat nur der Latifundienbesitz zugenommen, und die Kirche, die ja einen guten Namen hat, ist durch die Missionen sehr erheblich daran beteiligt. Neben dem Beten vergessen die frommen Patres keineswegs das Geschäftemachen. Entwickelt man das Gebiet nur werden durch Erschließung von Wasser und solchen Forderungen haben wir stets zugestimmt. Daneben aber stellen wir immer voran, daß mehr wie bisher für die wirtschaftliche und kulturelle Hebung der Eingeborenen in Südwestafrika getan werden muß. Hierfür ist ein Posten von im ganzen 6000 M. eingesetzt, und die Pflanzern hatten die Unverschämtheit, zu verlangen, daß dieser Posten gestrichen wird. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) In kultureller Bildung und Gesundheitsförderung ist den Eingeborenen in Südwestafrika nichts gebracht worden, sondern man hat ihnen das Land genommen, und sie haben die lindenquiritische Arbeitsordnung mit einem Arbeitszwang argster Art bekommen und dazu noch Gefängnis und Prügelstrafe. Deshalb treten wir mit allem Nachdruck dafür ein, daß ihnen wieder ein Teil des ihnen gehörigen Landes gegeben wird. Für das Schulwesen der Eingeborenen sind ganze 9000 M. ausgesetzt. Aber als Erziehungsbeihilfe für die Kinder der Weißen 200 000 M. Die Kommission hat die für die Eingeborenen ausgelegten 9000 M. wenigstens um 30 000 M. erhöht. Was die Missionen auf dem Gebiete des Schulwesens geleistet haben, erkennen wir an, aber dauernd darf die Schule nicht ihnen überlassen werden, sondern es müssen Regierungsschulen eingerichtet werden. — Die Behandlung der Bahnbauten wird in Zukunft nicht mehr zu trennen sein von der Eingeborenenpolitik. Der Staatssekretär meinte, auch wir werden uns zu den Bahnbauten betlehren. Natürlich sind wir

nicht prinzipiell gegen Bahnbauten,

und wann wir denen in den Kolonien zustimmen werden, wird lediglich von der Haltung der Regierung und der Mehrheit des Reichstages abhängen. Wir streiten nicht darüber, ob überhaupt Bahnen zu bauen sind, sondern darüber, ob die Länder die Bahnen wirtschaftlich schon tragen können, oder ob die Eingeborenen durch den Bahnbau nicht so belastet werden, daß die Gefahr eines Aufstandes in die Nähe gerückt ist. Der Herr Staatssekretär hat gesagt, es wäre eine Gewissenlosigkeit, wenn man aus den durch die Bahn zu erschließenden Gebieten die Eingeborenen auf die Plantagen führen wollte. Wir werden ihn daran erinnern. Uns fehlt jede Garantie, daß nicht trotz seiner Versicherung und seines guten Willens die größten Tollheiten verübt werden. (Sehr wahr! bei den Soz.) Die Sorge vor einem Aufstand ist bei meinen Freunden gewachsen, weil die Mehrheit die von uns gestellten Bedingungen für unsere Zustimmung zu den Bahnen abgelehnt haben, das ist die ausreichende ärztliche Versorgung der Arbeiter, die Garantie gegen eine Verschleppung der Eingeborenen aus den zu erschließenden Gebieten, das Verbot neuer Plantagen, die Unterdrückung des Arbeitszwanges, die Regelung des Arbeitsverhältnisses durch eine dem Reichstag vorzuliegende Arbeitsordnung, und ferner der Schutz des Eigentums der Eingeborenen. Auf dem Papier nimmt sich die neue Arbeitsordnung ganz gut aus, aber in der Praxis liegt es ganz anders, die Eingeborenen werden tatsächlich wie Sklaven behandelt. Solange solche Zustände bestehen, können meine Freunde die Verantwortung für eine Bewilligung des Kolonialrats nicht übernehmen. Wir sind gegen neue Plantagen, nicht etwa aus Feindschaft gegen den Großbetrieb, sondern um eine katastrophale Zerstörung primitiver Wirtschaftsformen zugleich mit einer

ungeheuren Vernichtung von Menschenleben

zu verhindern. An dem guten Willen des Staatssekretärs zweifeln wir nicht, aber es fehlt jede Garantie dafür, daß mit rücksichtsloser Energie gegen die grauenamen Brutalitäten, die gerade auch bei den Bahnbauten vorkommen, eingeschritten wird, und daß Besserung erzwungen wird. Weil wir fürchten müssen, daß die Kultur und die Menschlichkeit nicht zu ihrem Recht kommen, lehnen wir den Etat ab. Wir werden uns nach wie vor dafür einsetzen, daß eine menschliche Kolonisierung in die Wege geleitet wird. (Lebhafter Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Erzberger (Z.):

Es war ein gewisser Unterschied zwischen dem Staatssekretär in der Kommission und im Plenum. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Aber ich halte mich an sein Wort, daß er entschlossen ist, allen unangenehmen Erscheinungen in den Kolonien nachzugehen. Ich werde mich freuen, wenn er uns im nächsten Jahre recht viele Erfolge in der Eingeborenenpolitik aufweisen kann. — Unangenehm ist für uns der von dem Abg. Reinath gemachte Vorschlag, den verschiedenen Konfessionen bestimmte Gebiete zur Bearbeitung zuzuweisen. Die katholische Kirche ist in der ganzen Welt verbreitet.

Damit schließt die Debatte.

Die Resolutionen der Budgetkommission werden angenommen.

In der weiteren Beratung des Etats wünscht

Abg. Erzberger (Z.)

Gerausgabe einer Karte, wo das Gebiet der Kongoafrika schraffiert eingezeichnet ist.

Staatssekretär Dr. Solf

sagt dies zu für die neue Auflage des kleinen Kolonialatlas.

Der Rest des Etats wird bewilligt.

Das Haus vertagt sich.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 Uhr. (Etat für Togo, Neu-Guinea, Samoa, Ostafrika; Luftverkehrgesetz.)

Schluß 6 1/2 Uhr.

# Abgeordnetenhaus.

48. Sitzung. Dienstag, den 10. März 1914,  
vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: Dr. Sydow.

## Der Handelsetat.

Abg. Dr. Niepmann (natl.):

Es ist zu begrüßen, daß diesmal eine größere Summe zur Förderung der nichtgewerblichen Arbeitsvermittlung und Rechtsberatung für die minderbemittelten Beschäftigten in den Etat eingestellt worden sind. — In seinen weiteren Ausführungen bezieht der Redner anerkennend die Tätigkeit der preussischen Arbeitsnachweisverbände. Die Rechtsberatungsstellen müssen die Bevölkerung über das gemeingefährliche Umwehen der Schwindelfirmen aufklären, die mit lägenhaften Inseraten und Angeboten auf Bauernfang ausgehen. Es handelt sich dabei um den Schutz des Mittelstandes. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Dr. Fleisch (Sp.):

Die Arbeitsnachweise sollen auf paritätischer Grundlage aufgebaut werden. Der religiöse und politische Standpunkt darf nicht in Betracht kommen. Die freien Gewerkschaften aber haben die Grundlage der Parität für die Arbeitsnachweise aufgegeben. Der Holzarbeiterverband hat sogar an seine Mitglieder die Werbung ausgedehnt, nicht mehr die öffentlichen Arbeitsnachweise zu benutzen, sondern nur noch die Verbandsnachweise. Es ist ferner unzulässig, daß Innungen ihren Mitgliedern verbieten, andere als die Arbeitsnachweise der Innungen zu benutzen.

Geheimrat Franke:

Ich habe bereits vor einigen Tagen erklärt, daß die Gerichte in ihren Entscheidungen den Innungen diese Befugnis, die ihnen der Vorredner abstreift, zugestanden haben.

Abg. Reinert (Sp.):

Der wichtigste Teil der Rechtsauskünfte wird nicht durch die vom Staat unterhaltenen Anwaltsstellen erteilt, sondern von den Anwaltsvereinen, was sowohl aus deren Zahl, als aus den Anwaltszahlen der von ihnen erteilten Auskünfte herorgeht. In Preußen allein gibt es 185 Anwaltsvereine mit 44 000 Anwaltsstellen und 200 000 Schriftführern. Die Gewerkschaften geben dafür über 1/2 Million Mark aus — was fast doppelt so viel ist, als der Staat. Und dabei nähern diese Anwaltsvereine in gemeinnütziger Weise auch den Nichtorganisierten, nur 0,2 Proz. derjenigen, die Auskünfte erwirken, waren organisiert.

Am Arbeitsnachweis sind alle Arbeiter und alle Berufe interessiert. Die Regierung scheint paritätischen Arbeitsnachweisen durchaus nicht freundlich gegenüber zu stehen, sondern bürokratische oder einseitige Nachweise vorzuziehen. Die Gesetzgebung wird sich wohl mit der Frage des Arbeitsnachweises beschäftigen müssen, nachdem das Statistische Amt die Wichtigkeit eines Ausbaues und einer besseren Organisation der Arbeitsnachweise für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit hervorgehoben hat. Der Minister hat aber den preussischen Arbeitsnachweis belobt für die Erklärung, daß die paritätische Verwaltung nicht unparteiisch sei. Wir können nicht anerkennen, daß die bürokratisch geleiteten Nachweise unparteiisch garantiert. Wir stehen auf dem Standpunkt des Dresdener Gewerkschaftskongresses von 1911, daß nur

### Öffentliche paritätische Nachweise

zu empfehlen sind. Die den öffentlichen angegliederten Arbeitsnachweise, die doch auf den Tarifverträgen beruhen, müssen logischerweise paritätisch verwertet werden. Abg. Fleisch hat behauptet, daß die Gewerkschaften diesen Standpunkt verlassen und der Holzarbeiterverband seine Mitglieder aufgefordert habe, nicht die öffentlichen, sondern nur die Verbandsnachweise zu benutzen. Was war aber der Grund? Der öffentliche Nachweis hatte Arbeiter ohne ihr Wissen in besetzte Betriebe vermittelt! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dies beweist die Notwendigkeit der Mitbestimmung der Arbeiter bei der Verwaltung des Arbeitsnachweises und damit der Form der Verwaltung.

Sehr nötig wäre die Vereinheitlichung des so zersplitterten Arbeitsnachweises und dazu ein Verbot der Innungs- und Arbeitgeberarbeitsnachweise, die nicht gemeinnützig sind, sondern die Arbeiter unter den Willen der Unternehmer beugen oder gar sie maßregeln sollen, wie z. B. der Zeichenarbeitsnachweis. Wäre der Minister bereit, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu erhalten, so müßte er sich um die terroristischen Praktiken dieser Nachweise kümmern. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Das Kaiserliche Statistische Amt fordert zur Abstellung der Klagen die Einführung der Genehmigungsspflicht für alle privaten Arbeitsnachweise. An sich hätten wir nichts dagegen, aber die preussische Regierung würde ein solches Machtmittel ausschließlich zur Förderung der Arbeitsnachweise der Unternehmer ausnützen und dazu nehmen wir die Genehmigungsspflicht ab.

Welche Stellung nimmt Preußen zu dem von mir mehrfach erwähnten Verbot des Kaiserlichen Statistischen Amtes an den Staatssekretäre des Innern? Wir erwidern ihn, ich für das

### Verbot aller privatgewerblichen Nachweise

auszusprechen, die die Arbeitslosen ausbeuten, weiter zur Förderung der paritätischen tarifvertragmäßigen Vermittlungen und gegen eine allgemeine Genehmigungsspflicht. Eine einwandfreie Arbeitslosenstatistik wird nur von solchen Nachweisen zu erlangen sein, die kein finanzielles Interesse an den Arbeitslosen haben. Nach dem Stellenvermittlungsrecht müssen private entgeltliche Vermittlungen konfessioniert sein. Die Streikbrechervermittlungen der Hingel, Kackmarek, Keilung usw. können doch bei dem verbrecherischen Charakter dieser Unternehmungen nicht konfessioniert sein. Warum tritt ihnen die Regierung nicht entgegen?

Das Stellenvermittlungsrecht hätte auch die Handhabe gegeben, den Mädchenhandel in Rysowitz zu verhindern. Solange die privaten Vermittlungen überhaupt noch nicht verboten sind, muß die Regierung diesen privaten Vermittlungen scharf auf die Finger sehen und eventuell mit Konfessionierung vorgehen. Die Vermittlung überschleiflicher Arbeiter unter Vorwägung falscher Tatsachen in das Ruhrgebiet, wo sie oft dem Elend anheimfallen, kann auch nicht konfessioniert sein.

Wir wünschen ein gutes Funktionieren des Arbeitsnachweises, als Grundlage der Arbeitslosenversicherung. Die Unternehmerpresse hat übrigens selbst erklärt, daß auch zur Landarbeit Eignung und Vorübung gehören, daß also Arbeitslose nicht ohne weiteres auf das Land vermittelt werden dürften. Die Unternehmer wollen eben die lohnbrückende industrielle Reservearmee erhalten — die Arbeiter haben dieses Interesse nicht und fordern darum gut funktionierende Arbeitsnachweise. Das können aber bürokratische oder Maßregelungsnachweise niemals sein. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. Gröger (Sp.):

Die Handels- und Handwerkskammern schenken dem Seminar für Genossenschaftswesen an der Universität Halle nicht die erforderliche Beachtung. Auch das Genossenschaftswesen selbst wird von den Handwerkskammern nicht mit derjenigen Aufmerksamkeit behandelt, die es seiner hohen wirtschaftlichen Bedeutung gemäß verdient.

Minister Dr. Sydow:

Ich erkenne die Bedeutung jenes Seminars gerne an, aber für die Ausbildung von Fortbildungsschullehrern kommt es nicht in Betracht.

Zum Kapitel „Königliche Porzellanmanufaktur“ bemängelt

Abg. Belsin (Z):

den Mangel an kaufmännisch geschultem Betriebe der Verwaltung.

Abg. Schröder-Kassel (natl.):

Die Porzellanmanufaktur ist kein finanzielles sondern ein künstlerisches Institut.

Abg. Reinert (Sp.):

liest die von der Direktion der Porzellanmanufaktur festgestellten Lohnsätze für die dort beschäftigten Arbeiter und Handwerker vor. Mit dieser Festsetzung der Löhne sind die Handwerker und Arbeiter nicht zufrieden. Es ist darüber gesagt worden, daß die Porzellanmanufaktur kein Finanz- sondern ein Kunstinstitut sei. Das ist richtig. Es sind auch die dort angestellten Handwerker Künstler und sollten dementsprechend entlohnt werden. Und auch die ungelerneten Arbeiter werden erst angestellt, nachdem sie eine längere Prüfungzeit erlitten haben. Vor einiger Zeit wendeten sich die Arbeiter wegen einer Lohnzulage an den Betriebsleiter, der ein tüchtiger Künstler sein mag, es aber nicht versteht, sich mit den Arbeitern richtig zu stellen. Der Betriebsleiter wies die Arbeiter an den Direktor, der das Gesuch der Arbeiter ablehnte. Darauf wurde den Arbeitern gesagt, sie könnten sich mit ihren Wünschen an den Minister wenden, aber dann hätten sie größere Schwierigkeiten im Betriebe zu gewärtigen. Infolgedessen verzichteten die Arbeiter darauf, an den Minister heranzutreten. Ferner haben sich die Arbeiter über eine ungleiche Behandlung zu beklagen. Es wird nämlich in der „Porzellanmanufaktur“ auch noch nach Akkord gearbeitet; und zwar genießen einzelne beliebige Arbeiter die Akkordarbeit, bei der erheblich mehr verdient wird, als eine Vergütung durch die Vorgesetzten. Diese Günstlingswirtschaft muß aufhören. Da es den Arbeitern nicht möglich gewesen ist, ihre Lohnforderungen vor den Minister zu bringen, so tragen wir hier ihre Klagen vor. Die Löhne müssen höher werden. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Ein Regierungskommissar:

Der Betrieb der Porzellanmanufaktur ist mehrmals mit Erfolg kaufmännisch reformiert worden. Wenn die Arbeiter sich über die Lohnverhältnisse zu beklagen haben, mögen sie sich an die Direktion wenden, zu der sie stets in einem guten, vertrauensvollen Verhältnis gestanden haben. Der Arbeiterauschuss kann jederzeit mit der Direktion in Verhandlung treten. Uebrigens sind die Löhne bei der Porzellanmanufaktur höher als in den Erbsalzbetrieben. Die Verwaltung wird den berechtigten Wünschen der Arbeiter entgegenkommen.

Abg. Reinert (Sp.):

Nachdem der Direktor den Arbeitern keine Lohnerböschung gewährt hatte, fragten die Arbeiter, ob sie sich mit ihren Forderungen an den Minister wenden könnten. Sie wurden auf eventuelle nachteilige Folgen eines solchen Schrittes hingewiesen. Der Regierungskommissar hat das vorher indirekt bestätigt. Seine Ausführungen beweisen, daß die Zentraldirektion sich noch nicht mit den Lohnverhältnissen beschäftigt hat. Auch eine früher bestehende Nachmittagspause ist abgeheftigt worden. Die Arbeiter erwarten die Zulage, daß ihnen von der Verwaltung keine Schwierigkeiten im Betriebe bereitet werden, wenn sie sich an den Minister wenden.

Ein Regierungskommissar:

Die Arbeitszeit ist mit Zustimmung des Arbeiterausschusses festgesetzt worden. Ich kann die Zulage machen, daß die Arbeiter keine Schwierigkeiten zu erwarten haben, wenn sie sich an den Ministerialkommissar und an den Minister wenden.

Damit ist die zweite Lesung des Handelsetats beendet. Es folgt der

## Bergetat.

Zur Besprechung stehen die Ausfuhrtarife und die Preis- und Schuldzinspolitik.

Abg. v. Haffel (L):

Seit dem Jahre 1909 geht die Konjunktur langsam zurück, auch auf dem Kohlenmarkt. Hoffentlich ist das nicht anderes als ein Atemholen auf dem Wege, der uns bergan führt. Von allergrößter Bedeutung für unser Wirtschaftsleben ist das Kohlenhandels, auch für unsere Arbeiterklasse. Wir hoffen, daß es gelingen wird, das Kohlenhandels wieder zustande zu bringen. Der Sinn wird die Aufgabe haben, Auswüchse des Syndikats zu verhindern. Der Minister muß das Stilllegen von Zechen in Westfalen verhindern. Dadurch wird der arbeitssüchtigen Arbeiterbevölkerung ein schwerer Schaden zugefügt. Die Regierung möge alles Erforderliche tun, um Leben und Gedeihen unserer wackeren Bergarbeiter zu schützen. Die Vergütung der fiskalischen Bergwerke ist nicht glänzend, aber nur weil sie größere Ausgaben haben als die Privatindustrie.

Abg. Braß (Z):

Die Vergütung genügt, durch gute Gehälter und Löhne sollten Beamte und Arbeiter am Gewinn teilnehmen. Eine Rechtsenernung des Kohlenhandels wäre von den schlimmsten Folgen. Bei der Preisbildung muß Rücksicht auf die Konsumenten genommen werden. Scheitert das Syndikat an der Starckpöflichkeit einiger Grubenbesitzer, dann wird die Gesetzgebung eingreifen müssen, um einen Mißbrauch mit dem großen Nationalgut der Kohle zu verhindern. Gegen die Stilllegungen muß etwas geschehen. (Beifall im Zentrum.)

Abg. Althoff (natl.):

begrüßt die Steigerung der Produktion und die Wiedereinführung der billigen Kohlenausfuhrtarife nach Frankreich. Bewahrung müßten wir gegen eine Kalkabgabe einlegen. Den kleinen Salinen und Solbädern muß gegen die Kaliverte geholfen werden. Rentable Gruben wurden nicht stillgelegt. Die Regierung sollte seine Forderung stellen, die die Erneuerung des Kohlenhandels hindern. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Gaunter (Sp.):

bedauert die hohen Kohlenpreise und die billige Lieferung an das Ausland, das mit der deutschen Kohle der deutschen Industrie Konkurrenz macht. Wie sind gegen ein Kohlenhandels, das eine Monopolstellung zu errichten sucht. Wenn etwa schon Monopol, dann lieber noch Staats- als Privatmonopol. Der Preis muß auf das Syndikat größeren Einfluß haben als ihm nach seiner Förderung zukommen würde. Erfreulich ist, daß den Sicherheitseinstämmern in den Staatsgruben keine Schwierigkeiten gemacht werden. (Beifall bei der Volkspartei.)

Oberberghauptmann v. Belsen

(sehr schwer verständlich), scheint sich dahin auszusprechen, daß er über die Reichstagsentscheidung nichts sagen könne, und daß gesetzliche Bestimmungen gegen Stilllegungen nicht geplant seien.

Mittwoch 11 Uhr: Weiterberatung.

Schluß gegen 5 Uhr.

## Parlamentarisches.

Kolonialetat in der Budgetkommission.

Bei der Beratung des Etats für Südwestafrika wurde am Dienstag beim Kapitel Landespolizei zunächst ein Rechenheft der geforderten Summe, ebenso ein Rechenheft der für farbige Hilfskräfte eingezeichneten Summe von 150 000 M. geteilt.

Die Kolonie braucht für Landespolizei und Schutztruppe einen Reichszuschuß von 13,6 Millionen Mark. Um das Reich von Ausgaben und die Kommission von Detailberatungen zu entlasten, beantragte Erzberger, den vom Reiche zu deckenden Festbeitrag für die nächsten Jahre auf höchstens 10 Millionen Mark festzusetzen.

während Abg. Waldstein (Sp.) eine Qualifizierung des Reichsausschusses für zweckdienlicher hielt. Abg. Genosse Ledebour erklärte sich für den letzteren Vorschlag, warnte aber davor, durch Verzicht auf Detailberatungen in der Kommission dem Landrat allzusehr freie Hand zu lassen. Vertreter anderer Parteien pflichteten ihm hierin bei. Der Reichstag dürfe, so wurde betont, unter keinen Umständen das Staatsrecht aus den Händen geben. Die Staatssekretäre Dr. Solf und Kühn stimmten im Prinzip der Qualifizierung zu, wollten aber die definitive Festsetzung der Quote der Regierung überlassen wissen. Man einigte sich schließlich auf eine Resolution Waldstein, die für 1915 eine Quote von 2:1 (für Reich und Schutzgebiete) verlangt.

Die Verpflegung der Schutztruppe erfordert über 3 000 000 M. (47 800 M. mehr), da den Farmern Futterartikel usw. zu teuren Preisen abgekauft werden müssen. Gelegentlichen Verlusten, die Bedürfnisse der Schutztruppe an landwirtschaftlichen Produkten aus eigenem Anbau unter Verwendung von Soldaten der Schutztruppe zu decken, in das Gouvernement untergeordnet. Die Kommission tabelte das Verhalten des Gouvernements und nahm einstimmig eine Resolution an, in der Anordnungen gefordert werden, um die Deckung des Bedarfs der Schutztruppe an landwirtschaftlichen Artikeln aus eigenem Anbau zu ermöglichen.

Bei Beratung des Einnahmewirtschafts wurde die bereits 1908 erhobene Forderung einer direkten Verbrauchssteuer, und zwar einer Einkommensteuer, erneut erhoben. Der Staatssekretär erklärte die Steuer im Hinblick auf die hohen Erhebungskosten für undurchführbar, erklärte sich aber schließlich bereit, die Frage einer Einkommensteuer nochmals dem Gouvernement zur Erwägung zu empfehlen.

Die Einnahmen aus der Bergverwaltung sind 174 700 M. geringer als im Vorjahre. Die Debatte darüber warf bezeichnende Schlaglichter auf die in Südwestafrika seit Jahre und Tag geübte Konzeptionspolitik und die zwischen der Regierung und reichlichen blutigen Gründungen bestehenden Beziehungen; sie wird im Plenum ihren entsprechenden Nachhall finden.

## Änderung des Militärstrafgesetzbuchs.

Die Kommission des Reichstages, der diese Materie zur Vorbereitung überwiesen ist, schickte am Dienstag die Beratung über den Antrag, der sich auf die Kontrollüberwachungen bezieht, fort. Die Debatte ergab keine wesentlichen neuen Momente. Angenommen wurde dann der Antrag der Fortschrittler:

„Die zu einer Kontrollüberwachung einberufenen Personen des Verurteiltenstandes unterziehen dem Militärstrafgesetzbuch nur für die Dauer der Kontrollüberwachung.“

Diese Bestimmung soll dem § 8 des Militärstrafgesetzbuchs angefügt werden. Eine ähnliche Bestimmung soll nach einem Antrage des Zentrums, der ebenfalls angenommen wurde, dem § 38 des Reichsmilitärstrafgesetzes zugefügt werden. Der Kriegsminister erklärte, daß für die Militärverwaltung diese Änderung nicht annehmbar sei. Die sozialdemokratischen Anträge, den Soldaten bei Beledigungen und Körperverletzungen das Recht der Notwehr einzuräumen, wurden abgelehnt.

## Der Kampf um die Sonntagsruhe.

Die Sonntagsruhekommission des Reichstages wurde am Dienstag von den bürgerlichen Kompromißparteien wieder mit neuen Verschlechterungsanträgen überhäuft. Die zehn Ausnahms-sonntage, die man geschicklich festlegen will, sollen jetzt auch für einzelne Geschäftszweige verschoben bewilligt werden können, für „Gabeorte, Luftkurorte und Plätze mit starkem Touristenverkehr“ soll der Handel an jedem Sonntag für „Erinnerungsgegenstände und geringwertige Gebrauchsgegenstände“ ganz bis abends 7 Uhr freigegeben werden. Bezeichnend war auch in dieser Sitzung, daß lediglich die Sozialdemokraten gegen den Unfug der übertriebenen Ausnahms-sonntage eintraten, allerdings durchaus unterstützt von den zwei Eingängern der bürgerlichen Parteien, den Abg. Graf Rodzowski und Marquardt. Die Abstimmung ergab mit den Stimmen des Ober der bürgerlichen Parteien gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Abg. Graf Rodzowski, Marquardt und Burckhardt die Annahme der bürgerlichen Verschlechterungsanträge, zum Teil allerdings nur mit einer Stimme Mehrheit.

## Leben für konservative Wahlhilfe.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages beschloß am Dienstag mit der Wahl des Grafen v. Westarp, der im Wahlkreise Westerbomm mit einem Mehr von 834 Stimmen gewählt worden ist. Gegen die Gültigkeit der Wahl haben die Reformen Protest erhoben, deren Kandidat der Zeitungsbesitzer Grohmann war. In dem Protest wird u. a. gesagt, daß die Bürgermeister von Untzshausen und Kothenburg a. d. Obra den Reformen die Versammlungslokale abgetrieben haben. Im Orte Schwalim soll auch der dort anässige Prinz zu Lippe-Deimold, ein Bruder des regierenden Fürsten, in die Wahlkämpfe eingegriffen haben. Er hat einen Agitator der Reformen zu sich bestellt und dieser habe von da ab gegen Grohmann und für Westarp agitiert. Obendrein habe dieser gefühnigwürdige Mann von dem Prinzen resp. dessen Bruder einen Orden erhalten. Die Protestgründe waren jedoch nicht ausreichend, um die Wahl Westarps zu erschüttern — ihm blieb, selbst wenn die unangenehmsten Folgen aus den gestrichelten Beschlüssen gezogen würden, noch eine Mehrheit von reichlich 300 Stimmen — weshalb die Wahl für gültig erklärt wurde.

## Jugendbewegung.

Der Lehrerberuf und nationale Jugendpflege.

Im „Amtlichen Schulblatt des Regierungsbezirks Königsberg“ wird vom Schulvorstand zu Trausiau (Kreis Fischhausen) die einzige Lehrerstelle des Ortes folgendermaßen ausgeschrieben:

„Werber, die zum Zweck der Jugendpflege des Harmoniums-spiels huldig sind und in militärischer Beziehung gute Zeugnisse aufzuweisen haben, werden bevorzugt.“

Es kommt also nicht auf die pädagogische Befähigung, auf die wissenschaftlichen Leistungen an, sondern der militärische Drill ist heute maßgebend. Und nicht das, was der Lehrer auf dem Seminar, sondern was er auf dem Kasernenhofe gelernt hat, soll er der Jugend beibringen. Das verlangt die „nationale“ Jugendpflege.

Ortskrankenkasse  
der Görtler  
zu Berlin.

Vom Montag, den 16. h. Mts.,  
ab befindet sich unser Kassenlokal  
Oranienstr. 138 v. l. links.  
Des Umzuges wegen bleibt das  
Lokal Wallstraße 10/11 am Sonn-  
abend, den 14. März cr., geschlossen.  
Der Vorstand. 209/18  
H. K.: E. Liesack, Vorsitzender.

Zu freien Stunden  
Die  
Wochenschrift für Arbeiterfamilien  
Wöchentlich 1 Heft für 10 Pf.

Sie bleiben  
gesund,  
wenn Sie schnupfen  
Milo-Rund  
Bester russischer Augen-  
Schnupftabak  
in  
Dosen und Päckchen a 10 Pf.  
durch den Zigarettenhandel.